

Stenographischer Bericht

9. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

III. Periode.

17. und 18. November 1927.

Inhalt:

Tagesordnung: Ergänzung durch die Punkte 1, 3, 4, 6 und 7 (113, 114 u. 152).

Personalien: Abwesenheitsanzeige Roth (113); Wahl eines Sonderausschusses zur Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei der G.-K. B. (126 u. 136).

Aufgabe: Die Beilagen Nr. 29 bis 31 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 113 bis 124, 134, 141 und 142 (114).

Zuweisungen: Die aufgelegten Beilagen Nr. 29 bis 31, die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 113 bis 124, 134, 141 und 142 und der eingebrachte Dringlichkeitsantrag (siehe Punkt 1 der Verhandlungen (114)).

Verhandlungen: 1. Antrag Rainer, E.-Zl. 144, betreffend Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Weststeiermark mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse bei der G.-K. B. — Dringliche Behandlung (113). — Berichterstatter Gariner (114 u. 126). — Redner: Elser (115), Dr. Kammerer (121), Dr. Minarik (121), Dr. Serneß (122), Wolf (122), Böhl (124), Arenn (125). — Annahme des Antrages (126).

2. Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über den Antrag Dr. Hübler, E.-Zl. 64, betreffend die Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der Republik. — Berichterstatter Hornik (137). — Redner: Regner (137), Leichin (144 u. 153), Aust (157), Elser (168), Pjoriner (174), Thoma (180). — Annahme des Antrages (181).

3. Mündlicher Bericht des Volksbildungsausschusses über die Reg.-Vorl., Blg. Nr. 23 A, Gesetz, betreffend die Errichtung einer öffentlichen Anabenbürgerschule (Anabenhauptschule) im Markte Weiz. — Dringliche Behandlung (152). — Berichterstatter Dr. Enge (152). — Annahme des Antrages (153).

4. Mündlicher Bericht des Volksbildungsausschusses über die Reg.-Vorl., Blg. Nr. 23 B, Gesetz, betreffend die Errichtung je einer öffentlichen Bürgerschule (Hauptschule) für Anaben und Mädchen im Markte Eisenez. — Dringliche Behandlung (152). — Berichterstatter Wolf (153). — Annahme des Antrages (153).

5. Bericht über die Anträge des Kreisgerichtes Leoben vom 3. Oktober und 31. Oktober 1927 wegen Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Koloman Wallisch (E.-Zl. 98 und 112; Landtagsbeschluss vom 3. November 1927). — Berichterstatter Dr. Koschak (181). — Redner: Machold (181), Riegler (185), Aust (185). — Annahme des Antrages auf Auslieferung (188).

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Reg.-Vorl., E.-Zl. 93, betreffend die Erwerbung des Waldheimat-Schutzbezirkes im Alpl bei Krieglach (Rofleggers Heimatsgut). — Dringliche Behandlung (114). — Berichterstatter Ing. Wihany (189). — Annahme des Antrages (190).

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Reg.-Vorl., E.-Zl. 78, betreffend Zuwendungen an die Landesangestellten. — Dringliche Behandlung (114). Berichterstatter Dr. Sillig (190). — Annahme des Antrages (191).

Anträge: Millwisch, E.-Zl. 145, betreffend den Ausbau der Straße über den Pachtstall und Einführung einer Autobuslinie nach Kärnten (191);

Dr. Koschak, E.-Zl. 146, betreffend die Grenzänderung zwischen der Gemeinde Gralla im Gerichtsbezirk Leibnitz und den Gemeinden Haslach und Ragnitz im Gerichtsbezirke Wildon (191);

Dr. Hübler, E.-Zl. 147, wegen Gewährung von Steuererleichterungen für die Bewohner der Städte und Märkte des Grenzgebietes (191);

Hornik, E.-Zl. 148, betreffend Notstandsunterstützung der durch die Unwetterkatastrophe in der Gemeinde Föhl bei Asten Geschädigten (191);

Hornik, E.-Zl. 149, betreffend Maßnahmen zur Linderung der Kreditnot des Gewerbestandes (191);

Köfler, E.-Zl. 150, betreffend die hauswirtschaftliche Ausbildung begabter, vermögensloser junger Mädchen (191).

Anfragen: Wihany, Nr. 12, an den Landeshauptmann, wegen Abergriße der Gendarmen in St. Katharein a. d. L. bei Festsetzung des Milchpreises (114). — Dringliche Behandlung (114). — Begründung Ing. Wihany (126). — Beantwortung Ing. Paul (127);

Pjoriner, Nr. 13, an den Landeshauptmann, wegen ungezügelter Handlungen und Eingriffe von Beamten des Landesbauamtes bei der Ennsregulierung im Bauabschnitt Pruggern (114). — Dringliche Behandlung (114). — Begründung Pjoriner (127). — Beantwortung Ing. Paul (130);

Fohringer, Nr. 14, an den Landeshauptmann wegen Schaffung einer Eisenbahnverbindung mit Mariazell (114). — Dringliche Behandlung (114). — Begründung Fohringer (130). — Beantwortung Ing. Paul (130). — Redner: Wallisch (131 u. 135), Gabl (132), Oberzaucher (133), Riegler (135);

Dr. Minarik, Nr. 15, an die Landesregierung, bezw. den Herrn Gewerbereferenten, wegen schwerer Schädigung der Privatautounternehmer durch unnötige Schaffung von Konkurrenzlinien seitens der Postdirektion und mißbräuchliche Ausübung des Postregals (191).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 17 Uhr.

Präsident: Herr Abgeordneter Roth hat seine Abwesenheit wegen Krankheit entschuldigt.

Es liegt mir vor ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rainer, Dr. Kammerer, Doktor Minarik, Pongraf, Dr. Serneß und Genossen, betreffend Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Weststeiermark mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse bei der G.-K. B.

Ich erlaube die Abgeordneten, welche der dringlichen Behandlung dieses Gegenstandes einstimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist mit der erforderlichen Zweidrittel-Majorität angenommen und kommt daher auf die heutige Tagesordnung. Die Zuweisung werde ich sofort bei den Zuweisungen vornehmen. (Ing. Winkler: „Welchem Ausschuss?“) Bei den Zuweisungen werde ich es zur Verlesung bringen.

Weiters beantrage ich über Beschluß der Obmännerkonferenz die heutige Tagesordnung noch im dringlichen Wege durch folgende zwei Punkte zu ergänzen:

Punkt 4, mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 93 (verliest die Überschrift). Punkt 5, mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 78 (verliest die Überschrift).

Ich ersuche die Abgeordneten, welche der dringlichen Behandlung dieser beiden Gegenstände, die bereits im Finanzausschusse erledigt sind, ihre Zustimmung geben, die Hand zu erheben (Geschicht).

Dieser Antrag ist mit der erforderlichen Zweidrittel-Majorität angenommen.

Es liegt mir weiters vor eine dringliche Anfrage der Abg. **Wizany** und der übrigen Mitglieder des Landbundes an den Herrn Landeshauptmann wegen Übergriffe der Gendarmerie in St. Katharein a. d. L. bei Festsetzung des Milchpreises.

Die Anfrage entspricht den Anforderungen der Geschäftsordnung. Ich werde dieselbe am Beginne der Tagesordnung, nachdem bereits die fünfte Tagesstunde verstrichen ist und ich daher der diesbezüglichen Bestimmung der Geschäftsordnung nicht mehr voll entsprechen kann, zur Verhandlung bringen.

Desgleichen liegt vor eine dringliche Anfrage der Abg. **Pfortner**, **Esüller**, **Rosenwirth** und **Genossen** an den Herrn Landeshauptmann wegen ungesetzlicher Handlungen und Eingriffe von Beamten des Landesbauamtes bei der Ennsregulierung im Bauabschnitt Pruggern.

Die Anfrage entspricht den Anforderungen der Geschäftsordnung, sie weist die nötige Anzahl von Unterschriften auf. Ich werde auch diese Anfrage vor Beginn der Tagesordnung zur Verhandlung bringen.

Weiters liegt vor eine dringliche Anfrage der Abg. **Fohringer**, **Wallisch** und **Genossen** an den Herrn Landeshauptmann, wegen Schaffung einer Eisenbahnverbindung mit Mariazell. Die Anfrage entspricht den Anforderungen der Geschäftsordnung. Ich werde dieselbe im Anschlusse an die anderen dringlichen Anfragen zur Verhandlung bringen.

Aufgelegt wurden heute die Beilagen Nr. 29 bis 31 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge E.-Zl. 113 bis 124, 134, 141, 142.

Zugewiesen werden, wie folgt (verliest auch die Überschrift der einzelnen Vorlagen): der Dringlichkeitsantrag dem volkswirtschaftlichen Ausschusse. — Der Ausschuss wird ersucht, sich sofort, nachdem ich die Zuweisungen vorgenommen habe und die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrechen werde, mit dieser Vorlage zu beschäftigen.

Weiters Beilage Nr. 29 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusse.

Beilage Nr. 30 dem Finanzausschusse.

Beilage Nr. 31 dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse, ferner die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, und zwar E.-Z. 113, 114, 116, 117, 119, 120, 123, 124, 134, 141 und 142 dem Finanzausschusse.

E.-Z. 115 und 118 dem Volksbildungsausschusse.

E.-Z. 121 und 122 dem Landeskulturausschusse.

Hat jemand zu diesen Zuweisungen etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Um dem volkswirtschaftlichen Ausschusse Gelegenheit zu geben, den Dringlichkeitsantrag, den ich anfangs verlesen habe, in Beratung zu ziehen, unterbreche ich die Sitzung auf eine Viertelstunde. (Die Sitzung wird um 17 Uhr 10 Minuten unterbrochen und vom Präsidenten **Kölbl** um 17 Uhr 45 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung nach der Unterbrechung wieder und trete in die Tagesordnung ein.

Über Beschluß der Obmännerkonferenz beantrage ich den

Dringlichkeitsantrag der Abg. Rainer, Dr. Kammerer, Dr. Minarik, Pongrafz, Dr. Sernez und Genossen, betreffend die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Weststeiermark mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse bei der Graz-Köflacher Bahn

als Punkt 1 der Tagesordnung zu behandeln und betrachte meinen Antrag, wenn kein Widerspruch erhoben wird, als angenommen. (Zustimmung.)

Berichterstatter Herr Abg. **Gartner**.

Berichterstatter **Gartner:** Hohes Haus! Namens des volkswirtschaftlichen Ausschusses habe ich über den Dringlichkeitsantrag folgenden Bericht zu erstatten. Der Antrag hat folgende Begründung:

Wie aus öffentlichen Besprechungen, Presseverlautbarungen und verschiedenen Versammlungen und Tagungen der letzten Zeit hervorgeht, ist durch die verwerrene rechtliche und wirtschaftliche Lage der Graz-Köflacher Bahn die Weststeiermark wirtschaftlich auf das ärgste bedroht. Im besonderen wurden in der letzten Versammlung in Wies und in der Tagung zu Lieboch die dort anwesenden Abgeordneten des steierischen Landtages aufgefordert, sofort alle Schritte zu unternehmen, um der Verelendung der betroffenen Gebiete Einhalt zu gebieten. So hat die Volkstagung in Wies am 13. d. M. folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Die heute, den 13. November 1927 in Wies tagende, von allen Bevölkerungsschichten und Parteikreisen der Weststeiermark besuchte Volksversammlung fordert:

1. Es ist im Interesse einer gedeihlichen Fortführung sämtlicher Betriebe der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft anzustreben, daß die Majoritätsbesitzverhältnisse ungesäumt einer Klärung zugeführt werden, wobei darauf zu achten ist, daß die künftigen Besitzer der Mehrheit der Graz-Köflacher darauf festgelegt werden, die Betriebe der Graz-Köflacher im allgemeinen Interesse der nationalen Volkswirtschaft und zum Nutzen und Frommen der Gesamtbevölkerung zu führen.

2. Die tagende Volksversammlung bringt der treuhändigen Geschäftsführung durch die Alpine Montangesellschaft aus gewichtigen Erwägungen schärfstes Mißtrauen entgegen und verlangt, daß die öffentlichen Stellen die sofortige Enthebung der Alpinen Montangesellschaft von der Betriebsführung durchführen; mit Entrüstung wird zur Kenntnis genommen, daß die Alpine Montangesellschaft als Treuhänderin den Versuch unternommen hat, durch Sabotageakte das Vermögen der Graz-Köflacher und damit die allgemeinen wirtschaftlichen Interessen des ganzen Landes

auf das empfindlichste dauernd zu schädigen, um dadurch ihre eigenen Interessen im zukünftigen Konkurrenzkampf zu fördern. Dabei wird festgestellt, daß nach der Lage des Kohlenmarktes diese Interessen der Alpinen Montangesellschaft mit der heimischen Volkswirtschaft im schärfsten Widerspruche stehen; es wird daher auch verlangt, daß die für den geplanten Sabotageakt verantwortlichen Persönlichkeiten sich zu rechtfertigen haben.

3. Aus den in der heutigen Versammlung geschilderten allgemeinen, großen volkswirtschaftlichen Erwägungen und im Interesse der Gesamtbevölkerung des Landes, die durch eine Stilllegung der Betriebe geradezu der Verelendung preisgegeben ist, wird im allgemeinen die größtmögliche Förderung aller auf Intensivierung und Modernisierung der Betriebe der Graz-Köflacher Bahn gefordert, weil das gewünschte Endziel, das ist volle Beschäftigung aller sonst arbeitslos werdenden, Möglichkeit des Absatzes von landwirtschaftlichen Produkten an die Arbeiterschaft, deren Kaufkraft gehoben werden muß, und Verbilligung in jeder Form erreicht wird; es wird daher gefordert:

Verhinderung des Ersäufens einzelner Gruben, insbesondere von Bergla und Steyeregg; das Ersäufen von Steyeregg bringt die Gefahr des nicht gewollten Ersäufens von Bergla und Kalkgrub.

Kohlenveredlung, um gegenüber den anderen Gruben konkurrenzlos zu bleiben.

Sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Bundesbahn, um ein Einvernehmen mit dieser wegen eines stärkeren Absatzes von Kohle zu sichern.

4. Die Frage der Tarifreduktionen auf den Bahnen der Graz-Köflacher ist einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

5. Die Abgeordneten aller Parteien, die heute anwesend sind, werden aufgefordert, dieses Programm in ihren Parteikreisen, in der Öffentlichkeit und an den maßgebenden Regierungsstellen zu vertreten.

6. Die heutige Versammlung wählt eine Delegation aus allen Bevölkerungs- und Parteikreisen, die die hier niedergelegten Forderungen ungesäumt bei den höchsten Regierungsstellen des Bundes und des Landes vorzubringen hat und die auch das Einvernehmen mit allen politischen Parteileitungen zu pflegen hat, damit das geforderte, in dieser Entschliebung niedergelegte Endziel erreicht wird."

Im Namen des volkswirtschaftlichen Ausschusses erlaube ich mir dem hohen Hause folgenden Antrag zu unterbreiten (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag wählt aus seiner Mitte einen zwölfgliedrigen Sonderauschuß zur Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Weststeiermark mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse bei der Graz-Köflacher Bahn.

2. Dieser Sonderauschuß hat die derzeitigen Rechts- und Besitzverhältnisse der Graz-Köflacher Bahn, sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse der Weststeiermark auf das gründlichste zu überprüfen und zu studieren. Zu diesem Zwecke hat er mündlich oder schriftlich Gutachten von Sachverständigen einzuholen. Hierauf hat der Sonderauschuß ungesäumt über das Ergebnis der Sachverständigengut-

achten und die sich hieraus ergebenden Folgerungen dem Landtage zu berichten und die am zweckmäßigsten erscheinenden Vorschläge zu erstatten."

Ich erlaube das hohe Haus um Annahme dieses Antrages.

Esler: Hohes Haus! Wenn man die Verhältnisse in der Weststeiermark richtig beurteilen will, so ist es vor allem notwendig, daß man die Verhältnisse bei der Graz-Köflacher des näheren bespricht. Es ist überhaupt meiner Ansicht nach notwendig, einmal in diesem hohen Hause mit aller Sachlichkeit und Ruhe die Vorgänge bei der Graz-Köflacher zu behandeln. Die Graz-Köflacher war bekannterweise vor dem Kriege, während des Krieges und einige Jahre nach dem Kriege ein äußerst gut fundiertes Unternehmen. Ich verweise darauf, daß die Graz-Köflacher eine Menge von ergiebigen Kohlengruben ihr eigen nannte; es waren dies die Gruben im Köflacher Reviere, Rosenthal, Piber 1, 2 und 3, Kohle und Erz; im Voitsberger Revier, die Gruben in Oberdorf und Zangtal, und außerdem einige kleinere Gruben; im Wieser Revier, Kalkgrub und Steyeregg und noch einige kleine Gruben. Mit einem Worte in allen diesen Gruben arbeitete man besonders nach dem Kriege Jahre hindurch mit voller Ausnützung ihrer Kapazität, besonders nach dem Kriege infolge der Kohlennot im kleinen Österreich nahmen die Geschäfte einen unerhörten Aufschwung. Man war damals in einer Situation, daß der Generaldirektion der Graz-Köflacher förmliche Bittgesuche der österreichischen Industrie überreicht werden mußten, man möge ihr um Gottes willen Kohle liefern. Infolge der valutaren Verhältnisse konnte man an eine Einfuhr ausländischer Kohle in diesem Maße, wie es nach der Stabilität der Krone der Fall war, nicht denken, im Gegenteile, und ich erinnere daran, daß die Regierung in den Jahren 1918 und 1919 mehrmals Bittfahrten in die Tschechoslovakei und andere Staaten unternahm, daß man Österreich die unbedingt notwendigen Kohlenmengen vom Ausland bewillige. Das war eine Zeit, in der überhaupt die Kohlen-situation Österreichs ihren Höhepunkt erreichte, allerdings künstlich deswegen, weil es keine normale Kohlenwirtschaft gab, sondern sie war gestützt durch die valutaren Verhältnisse in diesen Jahren. Wie schon erwähnt, hatte in diesen Jahren 1918, 1919, 1920, 1921 und 1922 die Graz-Köflacher eine besonders reiche Ernte, hohe Profite. Ich erinnere daran, daß besonders in diesen Jahren die Bergarbeiter Österreichs, besonders aber in Steiermark und speziell in der Weststeiermark, dem jungen schwachen Staate Österreich kolossale Hilfe angedeihen ließen. Ich erinnere mich als Bergarbeitersekretär, daß man die Belegschaften von allen möglichen Seiten ansah, man möge 12 Stunden arbeiten, man möge keinen Sonntag feiern, weil man einfach auf jeden Waggon Kohle, der herauskam, angewiesen war. In dieser Zeit konnten die Bergarbeiter durch ein Jahr hindurch keinen Sonntag feiern, sondern sie haben Tag für Tag für dieses kleine Österreich unter der Erde geschuftet. Ich will dies feststellen, weil man nachträglich, nach der Zeit der Stabilisierung der österreichischen Währung, den Bergarbeitern meiner Ansicht nach nicht jenen Dank abstattete, den sie in

dieser schweren Zeit Österreichs eigentlich verdiente. Ich muß aber darauf verweisen, daß man eigentlich schon zur Zeit der Blüte der Graz-Köflacher eine förmliche Verschwendung in den Betrieben durchführte. Ich verweise darauf, daß man in den Jahren 1919, 1920, 1921 überall angebliche Arbeiterkolonien baute. Ich erinnere Sie daran, daß die Regierung den österreichischen Bergbauunternehmungen gestattete, auf den Preis der Kohle einen sogenannten Wohnungskostenzuschlag zu erheben und das Erträgnis dieses Zuschlages sollte verwendet werden zum Bau von Arbeiter- und Angestelltenwohnungen. Nun, ich will Ihnen kurz hier erklären und erläutern, wie eigentlich die Graz-Köflacher diese übernommene Verpflichtung eingehalten hat. Hat sie tatsächlich Arbeiterkolonien, Angestelltenwohnhäuser gebaut? Ja! Einige Wohnhäuser sind gebaut worden, aber im allgemeinen ist das Gros des für bestimmte Zwecke, also für Wohnbauten, hereingebrachten Erträgnisses für ganz andere Zwecke verwendet worden. Ein großer Teil ist nicht für Wohnbauten verwendet worden, sondern einfach in den Taschen einiger gewissenloser Leute der Graz-Köflacher verschwunden. Was hat man eigentlich mit diesem Geld angefangen? Man hat nichts besseres zu tun gewußt, als ein Heer von Bauleitungen zu schaffen, nichts besseres zu tun gewußt, als hundert der damals abgebauten monarchistischen Offiziere in diese Revierbauleitungen zu setzen und alle diese Herrschaften haben nichts zu tun gehabt, als nachzustudieren, wie man am besten unserem Herrgott den Tag abfehlen könnte, nichts zu tun gehabt, als wie Berechnungen anzustellen, ob man nicht vielleicht doch eine größere Arbeiterstadt erbauen soll, oder der Bau in einem anderen Orte zweckmäßiger ist. In Wirklichkeit ist es aber zu einer Ausführung dieser schönen Pläne nicht gekommen. Ich verweise darauf, daß diese Bauleitungen, die Hunderte von Beamten, Protektionskindern, beschäftigt hatten, letzten Endes nichts anderes hervorgebracht haben, als wie im Wieser Revier den Bau von zwei Villen, in die sich dann einige Betriebsleiter hineingesetzt haben; ansonsten wurde im Wieser Revier, im Hauptrevier der Graz-Köflacher, nichts geleistet. Wenn Sie sich heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Arbeiterkolonien in Pölsing-Brunn und Steyeregg ansehen, dann wissen Sie überhaupt nicht, befinden Sie sich in Galizien oder in einem Kulturstaate. Lokal verwahrlöste, zusammengebrochene Hütten, Wohnhäuser kann man dies nicht nennen. Im Kohlenrevier Köflach-Boitsberg hat die Graz-Köflacher einige große Arbeiterwohnhäuser gebaut. Das ist aber in Anbetracht des großen Erträgnisses der Kohlenaufgabe für Wohnbauten viel zu wenig. Man hat in Kalkgrub ein oder zwei Arbeiterwohnhäuser und einige Villen gebaut, kurzum, es wurden aus diesem ungeheuren Erträgnisse vier oder fünf Arbeiterwohnhäuser und einige Villen gebaut, ansonsten ist nichts geschehen. Hätte man dieses Erträgnis tatsächlich Wohnungsbauten zugeführt, dann müßten eben andere Wohnungsverhältnisse sein, dann müßten Duzende von Arbeiterkolonien entstanden sein. Das, betreffend die Verwendung dieses Zuschlages.

Die ganze Angelegenheit der Graz-Köflacher, wie sie bereits dem Ende entgegengeht, hat seinen Anfang genommen als Viktor Wutte, der ehemalige großdeutsche Abgeordnete und angeblich große Volkswirtschaftler, sich der Graz-Köflacher bemächtigte. Es war dies, wenn ich nicht irre, im Jahre 1922, und es ist nicht ganz uninteressant, wenn man einmal um sich schaut. Aus was bestand eigentlich die Tätigkeit des Dr. Wutte? Es ist immerhin interessant, sein Betätigungsfeld mit kritischem Blicke etwas abzuleuchten. Seit Viktor Wutte in die Graz-Köflacher eingetreten, seit er ihr Präsident geworden ist, haben die Schiebungen größten Stiles ihren Anfang genommen. Ich will Ihnen nur einiges hervorzeigen. Da ist zum Beispiel die Angelegenheit der Norika. Sie erinnern sich, daß man vor Viktor Wuttes Eintritt in die Graz-Köflacher von dieser Holzgroßunternehmung Norika nichts hörte, sie bestand ja gar nicht. Es ist jedem erklärlich, der mit den Bergbauverhältnissen vertraut ist, daß der Bergbau, besonders der weststeirische, besonders viel Grubenholz benötigte. In der Vorkriegszeit und während des Krieges und bis Wuttes Eintritt hat die Graz-Köflacher ihren Holzbedarf folgendermaßen gedeckt. Sie haben bei jedem Werke einige Leute angestellt, damit sie bei den Bauern Holz einkaufen. Diese sind zu den Bauern gekommen und haben gesagt: „Wir brauchen Grubenholz, wieviel kostet das Kubikmeter? Wir geben so und soviel.“ Und es wurde so der Holzbedarf direkt bei den produzierenden Bauern gedeckt. Als Wutte kam, hat er gleich gedacht, da wär eine Schiebung zu machen. Was brauchen wir direkt zu den Bauern zu gehen. Wir gründen eine eigene Holzunternehmung, kaufen sie „Norika“ und die Norika soll für mich einfach Holz einkaufen. Der Präsident der Graz-Köflacher war zugleich Präsident der Norika. Die Norika hat den Holzbedarf der Graz-Köflacher bei den Produzenten gekauft und hat ihn mit bedeutendem Gewinn der Gesellschaft wieder weiter angehängt, das heißt mit gutem Deutsch, der Präsident Wutte der Norika, beschummelte den Präsidenten Wutte der Graz-Köflacher. Das ist ein Beispiel, welches zeigt, wie man hintenherum das Erträgnis der Gesellschaft auf diese Art und Weise abschöpfte und in die Taschen verschiedener Leute laufen ließ. Man hat dann allerdings gegenüber der Öffentlichkeit, und besonders Wutte verstand das ausgezeichnet, gesagt, ja, die Bergbaue tragen immer weniger, sie geben kein Erträgnis. Wenn ein Steuerbeamter gekommen ist, hat man erklärt: „Schau doch hinein in unsere Bücher, was wir für Gesehungskosten haben; die Bergarbeiterlöhne, der Holzpreis bringen uns um.“ Ganz erklärlich, wo solche Schiebungen vorgekommen sind.

Ein anderes Beispiel. Die Graz-Köflacher hat vor Wuttes Eintreten die Kohlen direkt an die Konsumenten verkauft. Der Industrielle ging zur Generaldirektion und sagte: „Ich brauche soundso viel Waggons Kohle. Welcher Preis? Abgeschlossen! Das hat mit Wuttes Eintritt ein Ende gefunden. Da könnte man auch, dachte Wutte, Ertrageschäfte machen. Man hat durch seine Initiative die sogenannte Verkaufsgenossenschaft steirischer Kohlenbergbaue gegründet und die Graz-Köflacher durfte nicht

direkt an den Konsumenten die Kohle abgeben. Dieser mußte bei der verehrlichen, hochlöblichen Verkaufsgenossenschaft anfragen, ob er Kohlen bekomme. Diese hat dann die Kohle von den Gruben um einen Spottpreis übernommen und mit Wucherpreisen an die Industriellen und die kleinen Konsumenten mit Gewinn abgegeben. Den Gewinn hat in dem Falle nicht die Graz-Köflacher eingesteckt, sondern die Verkaufsgenossenschaft. Diese war ebenfalls wieder in den Händen des Großschiebers Wutke, der mit diesen Jonglierungsstücken das Erträgnis der Gesellschaft abschöpfte.

Eine andere Sache. Der Bergbau braucht bekanntlich viel Eisenschienen und anderes Eisen, sowie neue Maschinen. Als Wutke sich auch in die Greinitz-Aktiengesellschaft hineingeschoben hatte, hat man auch da folgende Schiebung gemacht. Früher hatte die Graz-Köflacher bei Eisenbedarf, Maschinenbedarf, sich Offerte von verschiedenen Maschinenfabriken geben lassen. Das günstigste wurde akzeptiert. Wutke hat es anders gemacht. Er schreibt der Graz-Köflacher Bergbaugesellschaft vor, bei der Greinitz-Aktiengesellschaft habt ihr den Bedarf einzudecken und mögen andere Offerte auch bedeutend günstiger sein. Sie haben nur dort einzukaufen, wo er es befiehlt. Er war auch dort der Hauptmacher und diese Unternehmung hatte es daher leicht, einfach teilweise wahnsinnige Preise für ihre Produkte von der Gesellschaft zu fordern und auf diese Art und Weise sind der Gesellschaft bedeutende Gelder entzogen worden.

Eine andere Sache. Man hat unter anderen, an der Spitze Dr. Wutke, eine Torf-Aktiengesellschaft gegründet. Wo dieser Torf zu finden war oder wo er sich befinden soll, weiß heute noch niemand recht. Es war eine Luftunternehmung, ein Gründungsschwindel, es gab in Wirklichkeit gar keine Torf-Aktiengesellschaft. Diese wurde um viel Geld der Graz-Köflacher angehängt, von Wutke, der zugleich Präsident dieser Gesellschaft war. Man hat zum Beispiel in den Jahren 1919 und 1920 in der Nähe von Köflach einen großen Tagbau betrieben. Dieser war im ersten Stadium im Besitze des Wutke-Konzerns und nicht der Graz-Köflacher, es war dies die Grube „Kohle und Erz.“

Als die Stabilität der Krone eintrat und dadurch die Konkurrenz der ausländischen Kohle fühlbar wurde und dadurch diese minderwertige Kohle von „Kohle und Erz“ nicht mehr an den Mann gebracht werden konnte, wo der Eingeweihte bereits sah, daß diese Kohlengruben überhaupt nichts mehr wert sind, und daß man die Kohlen nicht verkaufen kann, hat der Wutke-Konzern diesen Betrieb, der überhaupt keinen Wert darstellte, der Graz-Köflacher um viele Milliarden angehängt. Diese konnte nichts anderes damit tun, als letzten Endes den umliegenden Bauern für alle möglichen Grundschäden Riesenbeträge auszahlen. Kein einziger Waggon Kohle wurde von ihr mehr aus diesen Gruben gefördert.

Ein anderes ähnliches Beispiel. Kalkgrub war anfangs auch nicht Eigentum der Graz-Köflacher, sondern Eigentum des Wutke-Konzerns. Kalkgrub war ein Unternehmen, das aus verschiedenen Grün-

den, die ich nicht näher anführe, auch nicht mehr recht florieren wollte. Auch Kalkgrub hat man der Graz-Köflacher um teures Geld angehängt. Und so könnte ich noch einige Kohlenbergwerke anführen, die der Graz-Köflacher zur Zeit der Präsidentschaft Wutkes angehängt wurden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf eine Aktienschiebung zu sprechen kommen. Der Gesellschaft wurden auch auf diese Art und Weise ungeheure Werte entzogen. Da ist z. B. die Anlegenheit der Trifailer-Aktien. Die Graz-Köflacher hat bekannterweise 100.000 Stück Trifailer-Aktien im Besitze gehabt und deponierte diese beim Bankhaus P o j a ž i & Co., ein Bankhaus, bei dem Wutke auch Hauptaktionär war. Eines schönen Tages, ohne daß die Herren des Verwaltungsrates davon wußten, ohne daß die Gesellschaft eine Ahnung hatte, wurde einfach vom Bankhaus P o j a ž i & Co. dieses Aktienpaket verkauft. Den Erlös dieses Aktienpaketes hat heute die Gesellschaft noch nicht gesehen. Dieses Geld ist verloren, ist verschwunden. Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß das Bankhaus P o j a ž i & Co. gnädigst einen 10prozentigen Ausgleich den Gläubigern, also auch der Graz-Köflacher, vorschlägt. Das allein hat der Graz-Köflacher Duzende von Milliarden, in diesem Falle rund 60 Milliarden, gekostet, die man ihr buchstäblich entzogen hat, die ihr von Wutke meiner Ansicht nach buchstäblich gestohlen wurden.

Eine andere Geschichte. Die Bahn der Graz-Köflacher war ja einst in der Verwaltung der Südbahn. Der kleine Staat Österreich, als der Rechtsnachfolger der Südbahn, hat Jahre hindurch diese Graz-Köflacher Bahnlinie in Verwaltung gehabt. Als Wutke Präsident war, hat er gedacht, wir werden selbst die Bahn verwalten und so kam es zur Übernahme der Bahn durch die Graz-Köflacher selbst. Bei dieser rechtlichen Auseinandersetzung hatte die Graz-Köflacher Forderungen an den Bund in der Höhe von rund 21 Milliarden ö. K. Es wurde damals ausgemacht, daß die erste Rate der Gesellschaft zu überweisen ist, in der Höhe von rund 10 Milliarden. Die zweite Rate sollte etwas später überwiesen werden. Was geschah mit diesem Gelde? Es ist wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die erste Rate tatsächlich die Graz-Köflacher erhalten hat. Die zweite Rate wurde auf ausdrückliches Verlangen des Präsidenten Wutke auf sein gesondertes Bankkonto bei P o j a ž i & Co. gebucht. Die zweite Rate, also rund 10 Milliarden ö. K., hat die Graz-Köflacher bis heute noch nicht gesehen, bezahlt jedoch wurde sie. Sie ist ebenfalls in die weiten Taschen der Wutke-Leute geflossen, also der Tatbestand der direkten Veruntreuung.

Eine besondere Angelegenheit bildet die Preispolitik des Dr. Wutke. Er war überhaupt im Plusmachen ein Meister und wenn ich da seine Kohlengeschäfte berühre, so muß ich sagen, daß die Kohlenpreise in dieser Zeit, als die österreichische Industrie angewiesen war auf die inländische Kohlenförderung, ungeheuer hoch waren und daß die Preispolitik einfach eine wucherische war. Man hat beispielsweise für eine minderwertige Braunkohle bereits 35 bis 40 K ver-

langt, die heute mit 16.000 bis 18.000 K abgegeben wird. Daraus können Sie schon ermaßen, wie hoch seinerzeit von Wutte die Kohlenpreise hinaufgeschraubt worden sind. Das ging aber nur solange, solange die ausländische Konkurrenz diesen Wucherpreisen nicht ein Ende setzte.

Ebenso wie Wutte es mit den Kohlenpreisen gemacht hat, hat er es auch mit den Bahnтарifen der Graz-Köflacher gemacht. Als er Präsident dieser Gesellschaft war, hat man alle Vierteljahr eine bedeutende Tarifierhöhung erfahren und diese Bahnтарifpolitik der Graz-Köflacher seit Wuttés Herrschaft in dieser Gesellschaft hat in erster Linie auch dem ganzen weststeirischen Industriegebiete den Todesstoß versetzt. Bedenken Sie, daß durch diese Bahnтарifpolitik, durch diese Wucherpolitik eine Reihe blühender Fabriken zugrunde gingen. Ich verweise da zum Beispiel auf die Glasindustrie. Es mag vielleicht richtig sein, daß das Stilllegen der Glashütten in der Weststeiermark auch allgemein wirtschaftlichen Ursachen entsprang, aber hauptsächlich wurde diese Stilllegung erzwungen durch die Tarifpolitik der Graz-Köflacher. Ich verweise darauf, daß die Glashütten in Wies, in Eibiswald vor dem Eintritte Wuttés in die Graz-Köflacher in voller Blüte waren, daß Hunderte von Glasarbeitern ihr Brot gefunden haben. Heute arbeitet von diesen Glashütten in der Südweststeiermark keine einzige mehr. Die Köflacher Glashütte steht, auch in Oberdorf, in Voitsberg erklären die Hütten, daß, wenn in Bezug auf die Tarifpolitik der Graz-Köflacher nicht eine Änderung geschieht, eine Angleichung an die Bundesbahnтарife erfolgt, sie gezwungen seien, ihren Betrieb einzustellen.

Auch der Holzhandel wurde durch diese Preispolitik aufs schwerste getroffen. Es mag richtig sein, daß einzelne große Holzunternehmungen sich Frachtermäßigungen erkämpft haben. Aber für die kleinen Holzhändler, die von den Bauern das Holz kaufen, für die gibt es keine Frachtermäßigung und die müssen die hohen Frachtsätze bezahlen, so daß auch der Holzhandel durch diese Tarifpolitik schwer gedrosselt wurde. Wenn man nun bedenkt, daß weite Kreise der Bauernschaft überhaupt nur im Holzverkauf ihre einzige Einnahme sehen, kann man ermaßen, wie schwer durch diese Tarifpolitik auch weite Kreise der Landwirtschaft getroffen wurden.

Es gab in der Weststeiermark auch eine Reihe von Ziegeleien. Auch diese Unternehmungen sind durch die Tarifpolitik der Graz-Köflacher Bahn in schwerste Bedrängnis gekommen und so könnte ich Ihnen noch eine Reihe anderer Betriebe anführen. Die Kaufleute sind ebenfalls durch diese Tarifpolitik schwer betroffen, die Waren verkaufen sich durch die hohen Frachtsätze und muß der Konsument, der beim Kaufmann seinen Bedarf deckt, diese hohen Tarifsätze bezahlen, so daß es eigentlich dazu kommt, daß man in der Weststeiermark dank dieser Tarifpolitik teurer lebt als vielleicht in Graz oder in Wien.

Ich komme nun auf ein anderes Gebiet. Ich habe durch die Aufzählung dieser einzelnen Schiebungen die Art und Weise aufzeigen wollen, wie man durch die Jongleurkünste Wuttés die Erträgnisse der Graz-

Köflacher abgeschöpft hat. Ich habe vordemonstrieren wollen, daß die Graz-Köflacher eigentlich ein sehr gutes Unternehmen war, und daß dieses Unternehmen auch Erträgnisse abwarf. Aber diese Riesengewinne zur Zeit der Inflation sind für die Gesellschaft verloren gewesen, denn die flossen, wie ich schon ausgeführt habe, nicht der Gesellschaft zu, sondern einzelnen Verwaltungsräten und besonders dem Präsidenten Wutte. Anstatt diese Erträgnisse zur Zeit der Inflation, zur Zeit als die Auslandskonkurrenz, die ausländische Kohle den Inlandsmarkt nicht drücken konnte, zu verwenden, um großzügige, technische Investitionen in den Graz-Köflacher Kohlenruben durchzuführen, hat man diese Erträgnisse verschleppt, und was sehen wir heute? Heute herrscht ein erbitterter Konkurrenzkampf der Inlands- mit der Auslandskohle, heute können die Inlandskohlenruben nur bestehen, wenn sie ausgerüstet sind mit allen Erfordernissen der modernen Technik. Schauen wir uns die Graz-Köflacher an, hauptsächlich in Bezug auf jene Ausrüstungen, die man unter allen Umständen verlangen muß. Wir sehen, daß Mayr-Melnhof in Piberstein, in Lankowitz während der Inflationszeit die großzügigsten Investitionen gemacht hat, Separationsanlagen und andere Einrichtungen geschaffen hat, wir sehen, daß die Alpine am Werke Karlschacht großzügige Investitionen gemacht hat, während die Graz-Köflacher nichts tat. In Köflach, in Voitsberg sind die Ruben heute ebenso unmodern ausgerüstet als sie es schon in der Vorkriegszeit eigentlich waren. Lediglich beim Werk Kalkgrub hat man eine Investition gemacht, einen neuen Schacht gebaut und dann in Bergla. In Bergla wurde ebenfalls eine neue Schachtanlage begonnen, konnte aber nicht vollendet werden, weil das Geld dazu nicht mehr vorhanden war. Ich werde auf diese Sache noch besonders zurückkommen.

Wir sehen daraus, daß diese Verschleppung der Graz-Köflacher dazu beigetragen hat, daß die ganzen Kohlenruben der Konkurrenz nicht standhalten konnten und dieser Umstand ist auch die Ursache, weshalb es zu diesen ganzen Massenentlassungen kommen mußte. Es wird unter anderm behauptet, daß es nicht richtig sei, daß bei der Graz-Köflacher allein, durch diesen Umstand 10.000 Menschen ihr Brot verloren haben. Man kann dies aber ohneweiters beweisen. Es ist nicht abzuleugnen, daß die Graz-Köflacher seit dem Jahre 1923 bis heute 4000 aktive Bergarbeiter abgebaut hat; wenn man nun die Familienangehörigen dazurechnet, sind es tatsächlich 10.000 Menschen, die durch diese Schiebungen um ihre Existenz gebracht wurden, abgesehen von den sonstigen Auswirkungen für die Geschäftswelt und für die Landwirtschaft, für die in erster Linie die Bergarbeiter und ihre Familien als Abnehmer in Betracht gekommen sind. Ich will bei dieser Gelegenheit auch nicht unerwähnt lassen, daß Wutte es nicht unterlassen hat, in geradezu schamloser Art und Weise die ohnehin niedrigen Bergarbeiterlöhne zu drücken unter der Devise „Die Kohle muß konkurrenzfähig gemacht werden“, und so hat er die Löhne im Jahre 1923 und 1924 gedrückt. Wir haben bei den noch in den Kohlenruben beschäftigten Arbeitern der Graz-Köflacher 70 Prozent der Belegschaft, die heute, sage und schreibe pro Schicht

5 S verdienen; es gibt aber auch eine Reihe von Familienvätern, die 4 S und 4 S 50 g verdienen. Daraus wollen Sie ermessen, wie ungeheuer die Not dieser Bergarbeiter ist. Wenn man einerseits sehen muß, wie vielleicht Hunderte von Milliarden von diesen Verwaltungsräten, von Wutte gestohlen wurden und andererseits die Notlage ansieht, muß ein dieser Zustand empören, da braucht man kein Sozialdemokrat zu sein. Es wird eingewendet werden: „ja es ist richtig, daß wir 4000 Arbeiter abgebaut haben, aber das ist nicht darauf zurückzuführen, weil in unserer Wirtschaft manches vorgekommen ist, was nicht in Ordnung ist, sondern das sind die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse der österreichischen Kohlenindustrie.“ Ich gebe zu, daß vielleicht 40 Prozent der Massenentlassungen bei der Graz-Köflacher auf diese allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen sind, auf die ein Wutte keinen Einfluß nehmen konnte, aber 60 Prozent dieser wirtschaftlichen Auswirkung, dieser Massenentlassungen sind zurückzuführen auf die Schiebungen des Dr. Wutte in dieser Gesellschaft. Wir müssen daher konstatieren, daß dieser Wutte, dieser einfügige großdeutsche Abgeordnete, der in weiten Kreisen, besonders der bürgerlichen Welt als ein tüchtiger Volkswirtschaftler angesehen wurde, alles eher als ein solcher war, er war mit einem Worte ein Schieber, ein Valutenspekulant ärgster Sorte. Seine ganzen Taten laufen nicht darauf hinaus, der Volkswirtschaft zu dienen, ja laufen nicht einmal darauf hinaus, seiner Gesellschaft zu dienen, sondern lediglich seinen persönlichen Vorteil zu wahren.

Durch den Zusammenbruch der Zentralbank deutscher Sparkassen stand die Graz-Köflacher vor dem Konkurs. Die Zentralbank war die Bank der Gesellschaft, sie lieferte der Gesellschaft die Betriebskredite und durch den Zusammenbruch dieser großen Bank wäre ja die Graz-Köflacher in den Konkurs gedrängt worden. Nur durch das Eingreifen der Bundesregierung, des Finanzministeriums und anderer Kreise ist dieser Konkurs vermieden worden. Man hat von Seite der Bundesregierung die Geschäftsaufsicht über die Graz-Köflacher verhängt, man hat gesagt, man kann diese Gesellschaft nicht mehr von diesen Leuten führen und verwalten lassen, wir werden Treuhänder bestellen. Ich habe schon seinerzeit hier in dieser Angelegenheit diese Treuhänder einer Kritik unterzogen und ich will nochmals betonen, daß diese Treuhänder meiner Ansicht nach alles andere vor Augen hatten als wie die sorgsame Betriebsführung der ihnen anvertrauten Güter. Wer sind diese Treuhänder? Es ist die Bodenkreditanstalt des Herrn Sieghard, die Alpine, die Eskomptegesellschaft und es sind das die alten Verwaltungsräte der Graz-Köflacher. Was die Bodenkreditanstalt dabei zu tun hat, ist ebenfalls sehr leicht begreiflich. Sie wollte trachten, die Graz-Köflacher an sich zu reißen. Ich bemerke aber, daß die Bodenkreditanstalt zugleich Hauptaktionär verschiedener tschechischer Kohlengruben ist und man ganz mit Recht den Verdacht schöpfen kann, daß die Bodenkreditanstalt, wenn sie den Betrieb an sich reißt, durchaus nicht ohne weiteres bestrebt sein wird, die Kohlengruben voll auszunützen, sondern es kann

ihr einfallen, wenn es ihren Interessen entspricht, die erworbenen Kohlengruben zugunsten der Förderung in ihren Gruben in der Tschechei lahmzulegen. Die Alpine Montangesellschaft, die eigentlich die technische Leiterin im Treuhänderkomitee ist, ist ein alter Konkurrent der Graz-Köflacher, also auch nicht recht geeignet zum Treuhänder. Sie sucht das Kohlenmonopol für ihre Gesellschaft zu sichern. Wenn sie die Kohlengruben an sich bringt, hat sie das Kohlenmonopol in Österreich in ihren Händen. Sie hat dann die größten Kohlengruben in Obersteiermark, sie ist koalitiert mit den anderen Kohlengruben, wenn es ihr gelingt, die Kohlengruben an sich zu reißen. Es ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß auch die Alpine Montangesellschaft bei allen diesen Maßnahmen, die sie jetzt einleitet und durchführt, nicht lediglich von den Interessen des ihr anvertrauten Unternehmens leiten läßt, sondern daß gewaltige, eigene gesellschaftliche Interessen eine Rolle spielen. Sie hat auch, als sie in das Treuhänderkomitee hineingekommen ist, erklärt, es müssen noch einige Betriebe aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt werden. Sie hat verfügt, daß die Kohlengrube Oberdorf und die Grube in Steyeregg, welche 700 Leute beschäftigt hat, stillgelegt werden, so daß von dem Duzend Kohlengruben der Graz-Köflacher nur mehr zwei im Betriebe bleiben, Rosental und Kalkgrub. Nun soll für die Graz-Köflacher eine Sanierungsaktion eingeleitet werden. Ich befürchte, daß da weniger die volkswirtschaftlichen Interessen berücksichtigt werden, sondern glaube, daß bei dieser Sanierung, wie bei vielen anderen Sanierungsaktionen, wieder einige Großkapitalisten sich einen bedeutenden Schab machen. Jetzt wäre es eigentlich bei der Graz-Köflacher Angelegenheit meiner Ansicht nach ein Leichtes, von Seite des Finanzministeriums, der Bundesregierung eine Lösung zu erzwingen, die den volkswirtschaftlichen Interessen entspricht. Wir haben gesprochen, daß Österreich ein kohlenarmes Land ist, es kann seinen eigenen Kohlenbedarf durch die Inlandproduktion nicht decken. Wenn man hört, daß im Wieser Revier ein ungeheures Glanzkohlenvorkommen liegt, wenn man weiß, daß Glanzkohlen vorkommen, die einen Heizwert von 5600 bis 6000 Kalorien haben, dann muß man sich an den Kopf greifen, daß es möglich ist, daß man dieses hochwichtige Glanzkohlenvorkommen unausgebeutet lassen soll. Wenn man immer wieder liest, daß alljährlich von Österreich über 200 Millionen Schilling ins Ausland gehen, um die eingeführte Auslandskohle bezahlen zu können, so muß man es als einen volkswirtschaftlichen Wahnsinn bezeichnen, daß man einerseits Kohlengruben stilllegt und andererseits nach Kohle schreit. Die Gesellschaft, vor allem das Treuhänderkomitee erklärt, wir wollen die Kohlengruben deshalb stilllegen, weil wir keinen Absatz haben. Ich erkläre, daß diese Behauptung falsch ist, irreführend ist, nicht wahr ist. Wenn man in Österreich von anderen Gruben Kohlen an den Mann bringen kann mit einem Heizwerte von 4000 und weniger Kalorien, dann wird man Glanzkohle mit einem Heizwerte von 5000 und 6000 Kalorien auch an den Mann bringen. Wenn Kalkgrub keine Kohle mehr liefert infolge Erschöpfung, dann werden wir in

dem stillgelegten Bergla die Förderung vollziehen. Das ist der Gegensatz, der sich in letzter Zeit auch in der Öffentlichkeit bemerkbar machte, daß hier in diesem Falle zwei Gegensätze gegenüberstehen, der eine ist die Auffassung der Graz-Köflacher, daß über diese Angelegenheit lediglich die Gesellschaft selbst zu entscheiden hat, es geht weder die Bevölkerung, noch den Staat etwas an, ob diese Glanzkohlengruben in Betrieb zu setzen sind. Diese Gruben sind in Privatbesitz. Das wäre eine Antastung des Eigentums, wenn man sich herausnehmen wollte, der Gesellschaft vorzuschreiben, welche Produktionspolitik zu betreiben ist. Auf der anderen Seite wird der Bevölkerung erklärt, ja eine solche Frage berührt letzten Endes die gesamte Wirtschaft in diesem Lande. Wir können nicht einzelnen Privatleuten die Lösung dieser volkswirtschaftlichen Frage überantworten. Es ist ein volkswirtschaftliches Interesse, ob wir ungeheure Mengen von Kohle aus dem Auslande einführen müssen. Wir müssen eine Lösung finden, die den Interessen der weststeirischen Bevölkerung, vor allem den gesamten Volksinteressen entspricht, daher die Förderung der Inbetriebsetzung des Glanzkohlenbetriebes Bergla. Man hat beispielsweise zuerst gesagt, wir wollen die Gruben überhaupt ersäufen. Wenn die Gesellschaft die Absicht hat, die Gruben in 5 oder 6 Jahren in Betrieb zu setzen, dann ist es eine Verschwendung am gesellschaftlichen Gelde, wenn man den Bau aufrecht erhält. Wir werden die Gruben zur Ersäufung bringen, und wenn wir von unserer Gesellschaft es für zweckentsprechend erachten, die Kohlengruben in Gang zu setzen, dann erlaubt es die Technik ohne weiteres, daß wir innerhalb eines Jahres die Aufrichtung der Förderung in Gang setzen können. Wir sehen es nicht ein, daß wir die Gruben aufrecht erhalten sollen ohne Förderung durch Jahre hindurch. So hat man bei der Revierbergbehörde um Ersäufung angebracht. Infolge Erregung und Protestes der weststeirischen Bevölkerung ist es nicht zur Ersäufung gekommen und es wurde die Graz-Köflacher verpflichtet, die Bauaufrechterhaltung beider Gruben durchzuführen. Das Treuhänderkomitee hat gesehen, mit der Ersäufung wird es nichts, da muß ich versuchen, auf anderem Wege zum selben Ziele zu kommen. Da ist letzten Endes der Plan aufgetaucht und dieser Plan ist von der Bergbaubehörde genehmigt worden, daß man in den beiden Gruben die Bauhaltung einstellt bis auf einen kleinen, in Beton ausgeführten Steig. Dann ist noch eine Pumpe weiter erhalten, damit das Wasser herausgepumpt werden kann. Im übrigen können die beiden Gruben dem Verfall preisgegeben werden. Dieser Plan, der bereits genehmigt ist und durchgeführt werden soll, bedeutet nichts anderes, als wie die Betriebsunfähigmachung dieser Kohlengruben. Wenn dieser Plan ausgeführt wird, dann hat das Treuhänderkomitee das erreicht, was es mit der Ersäufung will. Ob hier ein Verbrechen an der Volkswirtschaft begangen wird, das spielt in der Praxis keine Rolle. Für die Volkswirtschaft bedeutet das nichts, ob die Gruben unter Wasser gesetzt werden oder so zusammenbrechen. Wir haben auch in der letzten Zeit gegen diesen Plan Stellung genommen. In der Volksversammlung in Wies haben alle Par-

teien feierlich das Versprechen gegeben, es darf weder zur Ersäufung kommen, noch darf es dazu kommen, daß Jahre hindurch keine Kohle gefördert wird. Wir werden Sorge tragen, daß diese Glanzkohlengrube Bergla in Betrieb gesetzt werde aus volkswirtschaftlichen Gründen, im Interesse des Landes Steiermark. Und siehe da, als Antwort auf diese Volksversammlung hat die Bergbehörde vor einigen Tagen die Genehmigung erteilt, die Abdämmung der Grube vorzunehmen, die Bewilligung erteilt zur Verbrüchung dieser beiden Gruben. Wir haben heute beim Herrn Landeshauptmann vorgesprochen, und es haben an dieser Vorsprache Bürgermeister der weststeirischen Gemeinden teilgenommen und andere Herren. Wir haben mit dem Herrn Landeshauptmann eingehend diese Sachlage besprochen, und es ist gelungen, daß man die Gesellschaft der Graz-Köflacher und das Treuhänderkomitee bestimmen konnte, mit dieser Abdämmung noch ein Monat zuzuwarten. Wenn innerhalb eines Monats in der ganzen Angelegenheit, vor allem die Frage der Absatzmöglichkeit der Kohle nicht befriedigend gelöst wird, wird die Gesellschaft die Abdämmung vornehmen. Die Sachlage ist so, daß, wenn ein Monat verstreicht und es bei allen diesen Verhandlungen zu keinem positiven Ergebnisse kommt, dann wird diese Glanzkohlengrube Jahre hindurch betriebsunfähig sein. Da möchte ich betonen, daß das Schwergewicht im Lande so liegt, daß die befriedigende Lösung die Bundesregierung in Händen hat. Der Herr Finanzminister Kienböck hat den Hebel in der Hand, denn, wie ich aus dem Munde des Herrn Landeshauptmannes hörte, versucht man ja, sich rechtlich auch mit dem ehemaligen Präsidenten Dr. Wutte auseinanderzusetzen. Es ist eigentlich kurios, der Präsident Wutte behauptet heute noch, er ist Besitzer der Graz-Köflacher, ihm gehört die Gesellschaft. Man muß sich mit Wutte auseinandersetzen, ob man überhaupt eine Sanierungsaktion durchführen kann. Es soll diese rechtliche Auseinandersetzung in einigen Tagen abgeschlossen sein. Da kommt es wahrscheinlich zur Zwangsversteigerung des Mehrheitspaketes der Aktien und es hat daher die Regierung es in der Hand, bei den Versteigerungsbedingungen dem Ersteher auch vorzuschreiben, daß unter allen Umständen diese Glanzkohlengruben in Betrieb zu setzen sind. Daher möchte ich besonders betonen, daß vor allem in Wien der Angelpunkt der ganzen Angelegenheit liegt. Gelingt es, die Bundesregierung und andere Kreise in Wien dazu zu bringen, daß sie endlich einmal einsehen, daß es ein Wahnsinn ist, Tausende von Waggons Kohle vom Auslande einzuführen, die nicht einmal den Wert repräsentieren, wie die Wieser Kohle, und andererseits man daran geht, diese Glanzkohlenlager Österreichs stillzulegen, so hoffe ich, daß wir bei diesen Verhandlungen doch zu einem positiven Ergebnis kommen, und es ist erfreulich, daß sich in dieser Angelegenheit alle Parteien zusammenschließen zu einem Antrage, der nichts anderes besagt, als daß man gegenüber der Bundesregierung einmütig vorzugehen hat. Dieser Einmütigkeit ist es vielleicht zuzuschreiben, daß irgend ein Erfolg in dieser Sache noch in letzter Stunde erfolgen kann.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Chef der Landesverwaltung, den Herrn Landeshauptmann ersuchen, daß er mit allem Nachdruck in diesem Falle die Interessen des Landes Steiermark und besonders das Interesse der Weststeiermark vertritt. Die Erledigung der Graz-Köflacher Angelegenheit wird schließlich zeigen, ob in diesem österreichischen Staate noch Wirtschaftspolitik betrieben wird oder ob in diesem kleinen Lande nur mehr einige wenige Menschen, Großbanken, regieren und die Verwaltung des Staates eigentlich de facto die Direktoren der Großbanken haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Kammerer: Hohes Haus! Die Zustände, wie sie heute bei der Graz-Köflacher sind, sind tatsächlich trostlos und nicht mehr länger ertragbar. Schon seit Jahren hat die Weststeiermark gegen die Frachttarispolitik der Graz-Köflacher angekämpft, aber immer mit einem negativen Erfolg, indem uns gesagt wurde, daß die Graz-Köflacher nicht jene Zuschüsse vom Bund hat, wie die Bundesbahnen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit feststellen, daß es nicht den Tatsachen entspricht, wie sehr häufig behauptet wird, daß die Bundesbahnen einen jährlichen Zuschuß von 150 Millionen Schilling erhalten. Tatsache ist, daß der Bund lediglich die Pensionslasten der Bundesbahnen im Betrage von 2 Millionen Schilling übernommen hat, sonstige Subventionen erhalten die Bundesbahnen nicht. Daher darf die Graz-Köflacher mit dem Einwand nicht kommen, daß sie nicht dieselben Zuwendungen vom Bund bekommt, wie die Bundesbahnen. Nun sind die Frachttarife auf der Graz-Köflacher derart kras, daß zum Beispiel eine Strecke von 45 km einer Strecke von 120 km bei den Bundesbahnen entspricht. Daß bei diesem Umstande die Weststeiermark gegenüber anderen Teilen des Landes wirtschaftlich weit ins Hintertreffen gerückt ist, ist wohl einleuchtend. Nun stehen wir aber auch noch vor der Tatsache der Einstellung der Bergbaubetriebe Steyeregg und Bergla, ganz abgesehen von den bereits im Laufe der Zeit eingestellten Industriebetrieben auf den Strecken Köflach und Wies. Welche Wirkungen dies auslöst, kann sich jeder selbst ausmessen, besonders aber, wenn man sich das Ansteigen der Zahl der Arbeitslosen, die Vermehrung der Lasten bei den Gemeinden und Bezirken vor Augen hält. Die Bezirke stehen vor dem Bankerott, weil sie die an sie herantretenden Lasten nicht mehr ertragen können, ganz abgesehen von den trostlosen Verhältnissen bei den abgebauten Arbeiterfamilien. Diese Zustände schreien nach einer raschen Abhilfe. Nun sind unglücklicherweise, wie der Herr Vorredner bereits ausgeführt hat, die Besitzverhältnisse bei der Graz-Köflacher sehr verworren und es hat bisher zu keiner raschen Lösung kommen können. Die Aktien sind verpfändet und es bedarf einer umfangreichen Auseinandersetzung zwischen den maßgebenden Faktoren, um Klarheit zu schaffen, damit die Aktien frei werden und erworben werden können. Wir hoffen, daß durch die Einsetzung eines Ausschusses die ganze Aktion beschleunigt wird. Es sind in letzter Zeit sehr gute Erfolge erzielt worden durch die Bemühungen der Vertreter aller Parteien, indem es doch schon so weit gekommen ist, daß wir uns der

Hoffnung hingeben können, daß schon in nächster Zeit die Besitzverhältnisse derart geklärt sind, daß der Bund die Graz-Köflacher Bahn übernimmt und ein neuer Eigentümer für die Kohlenbergwerke gefunden wird. Besonders müssen wir darauf hinarbeiten, daß der Betrieb wieder aufgenommen wird bei den eingestellten Betrieben, soweit dies bei den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Bei der heutigen Vorsprache beim Herrn Landeshauptmann ist zum Ausdruck gekommen und wurde uns die Versicherung gegeben, daß wenigstens noch einen Monat mit der Abtätigung, der Ersäufung der Betriebe zugewartet werden soll zur Aufrechthaltung der Kohlenproduktion. Wir hoffen, daß es uns inzwischen gelingen wird, auch einen entsprechenden Absatz für die Wieser Kohle zu gewinnen und außerdem auch noch einen Kredit für den Ausbau des Werkes in Bergla und ich gebe mich der weiteren angenehmen Hoffnung hin, daß wir dieses Ziel möglichst bald erreichen werden. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Dr. Minarik: Hohes Haus! Die Wieser Tagung vom letzten Sonntag hat in einer Entschliebung, die heute in dem Antrage wiedergegeben ist, darüber Beschluß gefaßt und alles aufgezählt, was die Bevölkerung in dem Aktionsradius der Graz-Köflacher drückt und worüber sie Beschwerde führt. Es wurden insbesondere konkrete Vorwürfe über die Art der Betriebsführung erhoben, die dahingehen, daß ganze Orte und Stände, insbesondere der Gewerbestand dem Ruine preisgegeben sind, daß weite Kreise des Arbeiter- und Angestelltenstandes brotlos werden. Es ist auf der Hand liegend, daß die Tatsache, daß man eine konkurrierende Gesellschaft als Treuhänderin bestellt hat, schon von vorneherein berechtigtes Mißtrauen hervorrufen muß. Es sind, wie behauptet wird, Sabotageakte von Angestellten dieser Treuhändern, behufs Erzwingung der Stilllegung von Betrieben vorgekommen, die aufs schwerste zu verurteilen sind. Diesbezüglich ist ein Strafverfahren eingeleitet und es wird unsere Sache sein, das Ergebnis dieses Strafverfahrens abzuwarten. In den letzten Tagen hat nun die beabsichtigte Stilllegung des Wieser Beckens die solange niedergehaltene Erregung der Bevölkerung zum Ausbruche gebracht und das Ergebnis war die große Entrüstung auf der Wieser Tagung. Einzelheiten hier vorzubringen, halte ich in diesem Stadium nicht für notwendig, weil der Untersuchungsausschuß das Forum sein wird, vor welchem alle Einzelheiten zu verarbeiten, vorzubringen und zu verhandeln sein werden. Dieser Untersuchungsausschuß, den wir beantragen, soll eben der Bevölkerung zeigen, daß die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten einmütig zusammenstehen, um Ordnung zu schaffen, um der weststeirischen Bevölkerung zu zeigen, daß man sich ihrer annimmt, daß Abhilfe geschaffen werden muß. Dieser Ausschuß, den wir beantragen, hat die Funktion eines Untersuchungsrichters, er ist berechtigt, Sachverständige einzuvernehmen, und das ist der wichtigste Punkt des Antrages, weil Klarheit in die Verhältnisse gebracht, über die Sache verhandelt, Behauptungen und Einwände geprüft werden sollen. Es ist heute schon durch die Aussprache mit dem Herrn

Landeshauptmann eine gewisse Klärung eingetreten und es wird dann, wenn die Frage der Aktienmehrheit der Graz-Köflacher endlich zur Lösung gekommen sein wird, leichter sein, eine volle Klärung zu schaffen, weil ein verhandlungsberechtigter Faktor vorhanden sein wird, mit dem man endgültige Abschlüsse und Vereinbarungen wird machen können. Wir betrachten die Einsetzung des Ausschusses als das geeignetste Mittel, um die Bevölkerung zu beruhigen und um die Sache meritorisch in Ordnung zu bringen, und deshalb werden wir für den Antrag stimmen. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Dr. Sernek: Hohes Haus! Es hat nicht umsonst in der letzten Zeit die Öffentlichkeit in der leidigen Frage der Graz-Köflacher ernste Worte gesprochen, die ganze Parteipresse hat sich genügend mit dieser Frage beschäftigt, dies wohl aus dem Grunde, damit dokumentiert werden soll, daß die Angelegenheit und die Zustände in dem Betriebe der Graz-Köflacher heute nicht mehr eine Privatsache ist, sondern daß öffentlich-rechtliche Interessen dadurch schwer getroffen werden. Ich kann nicht umhin, darauf zu verweisen, daß wir hier heute wieder ein typisches Beispiel des Widerstreites der Interessenkollision zwischen Privatwirtschaft und öffentlichen Interessen zu verzeichnen haben und das hat sich besonders in den letzten Jahren in unserer ganzen Kohlenwirtschaft, in die ja auch die Frage der Graz-Köflacher hineinfällt, abgespielt. Wir haben in unserer ganzen Kohlenwirtschaft durch Jahre hindurch das Bestreben zu verzeichnen gehabt, daß sich diese einzig und allein vom privaten Standpunkt leiten läßt. Und da ist es ganz komisch, daß gerade unsere Bundesbahnen, welche ja eigentlich das öffentlich-rechtliche Interesse zu vertreten hätten, unter der Devise einer kaufmännischen Geschäftsführung beispielgebend vorgegangen sind. Es wird Ihnen bekannt sein, daß die Bundesbahn zirka 80 Prozent ihres Bedarfes aus dem Auslande bezogen hat. Wenn man aber dabei bedenkt, welch großen Ausfall unsere nationale Volkswirtschaft dabei erlitten hat, dann ist dieses Vorgehen nicht als richtig, als national denkend zu bezeichnen. Wenn man aber weiters bedenkt, daß pro Waggon eingeführter Kohle 15 Bergleute eine Schicht feiern mußten, daß die übrige produzierende, arbeitende Bevölkerung den Lebensunterhalt für diese feiernden Bergarbeiter durch ihre Hände verdienen mußte, wenn man weiters bedenkt, daß den Bundesbahnen pro Waggon Kohle die allen anderen Käufern vorgeschriebene Warenumsatzsteuer nachgelassen wurde, so muß man sich offen sagen, daß unsere Wirtschaft gerade in den wichtigsten Bundesbetrieben nicht vom nationalökonomischen Standpunkte aus geleitet wird. Ich liebe es nicht, in der Vergangenheit herumzustiefeln, die ganze Vergangenheit der Graz-Köflacher ist uns genügend bekannt und wurde politisch genügend ausgewertet. Wenn ich aber die Vergangenheit berücksichtige, so tue ich es aus dem Grunde, um aus ihr zu lernen, und die Erfahrungen sagen uns, daß wir in Österreich erst recht darauf angewiesen sind, alle Momente in Erwägung zu ziehen, die einer großangelegten Volkswirtschaft zugrunde zu legen sind. Betrachten wir einmal unsere Um-

gebungsstaaten. Was hat die Industrie in ÖS geleistet, um sich unabhängig von der ausländischen Industrie zu machen? Speziell unsere Industrie spürt diese Bestrebungen außerordentlich. Auch die anderen Staaten versuchen es, die Wirtschaft auf neuen Grundlagen festzulegen, eine autokrate, aus sich selbst heraus schaffende Wirtschaft zu gründen. Gerade auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft wird bei uns Verkehrtes geleistet. Jetzt, wo es dazu kommen soll, bei der Graz-Köflacher eine Entscheidung zu treffen, sehen wir wieder, daß rein spekulative Momente dem rein volkswirtschaftlichen Empfinden gegenüber in den Vordergrund gestellt werden. Wir sehen den Kampf in den Revieren, wo sich die Bevölkerung um Arbeitsmöglichkeit bewirbt, denn die Gruben sind nationales Gut, sind die Möglichkeit des Schaffens nationaler Güter. Deshalb sollten die Verhandlungen nach zwei Richtungen geführt werden. Der neu einzusetzende Ausschuss soll sich damit beschäftigen, zu untersuchen, in welcher Richtung können die Gruben draußen, von denen immer wieder behauptet wird, daß sie unrentabel sind, selbst unter kleinen Opfern, die man der nationalen Volkswirtschaft zu bringen hat, rentabel gemacht werden, welche Mittel sind notwendig, um die Rentabilität dieser Gruben herbeizuführen. Und das zu untersuchen, haben nicht Politiker, sondern Fachmänner, die auch ein sachmännisches Gutachten abzugeben haben. In zweiter Linie müssen wir uns auch damit beschäftigen, ist es möglich, aus den rentabel gemachten Gruben, die unsere heimische Industrie zu beliefern haben wird, ein Absatzgebiet zu schaffen. Das wird möglich sein. So hat gerade in dieser Frage die breite Öffentlichkeit uns den Weg gewiesen, nationale Aufbauarbeit zu leisten. Die Männer, die sich damit beschäftigen werden, haben getreu der Devise, deutsch sein, heißt treu sein, zu handeln, treu unserem armen Österreich, treu unserer Scholle und unserer Heimat, die gerade da uns unermessliche Güter deutschen Schaffens und deutschen Fleißes zur Verfügung stellt.

Wolf: Hohes Haus! Bei der Tagung in Wies wurde betont, daß es Pflicht und Aufgabe aller Parteien und aller Abgeordneten ist, zu dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit, die die ganze Weststeiermark betrifft, Stellung zu nehmen. Ich kann wohl annehmen, daß sich alle Mitglieder dieses hohen Hauses, soweit sie das Vertrauen der Weststeiermark hieher geschickt hat, eingehend mit dieser Frage beschäftigen werden. Ich glaube aber nicht, daß es genug ist, durch Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, dem hier übrigens eine Bedeutung beigemessen wird, die er nicht haben wird, daß durch diesen Untersuchungsausschuss irgend welche besondere Ergebnisse gezeitigt werden können. Ich meine, wenn heute zu diesem Punkte der Tagesordnung, hier in diesem Hause etwas länger gesprochen und in größerer Zahl gesprochen wird, soll damit dokumentiert werden, wie vom steierischen Landtage die Hilfe für die Weststeiermark als dringlich und als unaufschiebbar behandelt wird. Die zwei Bezirkshauptmannschaften Voitsberg und Deutschlandsberg empfinden diese Krise der Graz-Köflacher auf das allererschwerlichste. Ich kann sagen, daß es wie ein Fluch auf der Weststeiermark lastet,

daß diese Verhältnisse bei der Graz-Köflacher, wie sie durch die Machinationen des Volkswirtschafters Wutte herbeigeführt wurden, daß diese Verhältnisse wie eine Gottesgeißel daselbst wirken. Wollen Sie mir gestatten, das in einigen Beispielen aufzuzeigen.

Mir sind vorher hier in diesem Saale Glendsgestalten aus der Weststeiermark aufgefallen, die aus „Interesse“ hiehergekommen sind. Man hört manchmal, daß die naturalistischen Bilder auf den Bühnen übertrieben seien, man liest in Zeitungen manchmal, man müsse mehr idealen Schwung haben, es sei nicht gut, wenn man das elende Milieu allzu drastisch darstelle. Ich glaube, kein naturalistischer Schriftsteller kann das auf der Bühne darstellen, was man täglich im weststeirischen Gebiet beobachten kann. Ich möchte die Mitglieder des hohen Hauses einmal durch die Quartiere führen, die ich in der Weststeiermark besucht habe, in die Gebiete von Köflach, Pölsing-Brunn oder Steyeregg. Ich möchte Sie in die Arbeiterwohnungen führen, Ihnen die Verhältnisse zeigen. Sie sind tatsächlich unbeschreiblich. Vor einiger Zeit war ich dort; es war ein kalter Tag im vorigen Herbst. Da sitzt ein kleines Kind von etwa vier Jahren vor einer Tür und kaut an einer Rübe. Es ist ein frostiger Tag. Ich schau mir das Kind an, es ist halb erfroren, hat kein ordentliches Kleid, keine Wäsche; ganz zusammengekauert sitzt es da und beißt an einer kalten Rübe herum. Ich besichtige die Wohnung. Es leben acht Personen zusammen in einem elenden ungeheizten Raume. Eine andere Wohnung, die ähnlich aussieht: Keine Kleider, keine Wäsche. Wenn die Leute auf die Straße gehen, so ist es begreiflich, daß sie nicht einen so elenden Eindruck machen, weil jeder Mensch da sein Letztes zusammensucht, um doch einigermaßen so auszufahren, daß er nicht auffällt. Wenn man diese Quartiere besucht, dann sieht man, was an Elend aufgestapelt ist. Und sehen Sie jetzt einmal diesen Kampf der weststeirischen Bergarbeiter. Die Leute schreien nach Arbeit: „Ersäuft nicht unsere Gruben, schickt uns hinein in diese Löcher, wir wollen acht Stunden schufteln!“ Es ist ein bitteres Los Kohlenbergarbeiter geworden zu sein. Man muß nur sehen, wie der Bergarbeiter bei der Arbeit steht mit dem Spitzkrampen, was er dort im Wasser stehend zu leisten hat, wie viele mit 40, 50 Jahren gichtisch sind usw. Sie werden sagen: „Die Bergarbeiter haben eben ein recht bitteres Los gezogen!“ Diese Leute, deren Schicksal es ist, unter so traurigen Verhältnissen normalerweise diese schwere Arbeit zu leisten, die rufen heute nach Arbeit in den Gruben. Und da möchte ich Sie bitten, in den Protokollen dieses Landtages nachzublättern, und Sie werden finden, daß hier öfter gesagt wurde, die Arbeitslosenunterstützung belaste unsere Volkswirtschaft derart, daß sie unerträglich ist. Die Menschen sollen arbeiten. Es sind hier auch schon schwere Worte gefallen, es gebe viele Leute, die heute nicht arbeiten wollen. Wir haben immer die Arbeitslosenunterstützung verteidigt. Ich bringe Ihnen diese öfters gebrachten Äußerungen in Erinnerung, weil ich sagen will: Sie sehen dort in der Weststeiermark Tausende von Arbeitern, die

keinen anderen Wunsch haben, als hinein in die Gruben zu gehen und acht Stunden um einen elenden Lohn zu arbeiten. Das ist ein gigantischer Kampf, der sich da abspielt. Arbeit wollen die Leute haben. Schauen Sie sich die Dinge an, wie sie ausschauen. Voitsberg in Steiermark, immerhin eine Stadt von nennenswerter Größe, hat einen scheinbar schönen Aufstiege genommen, ist ein Städtchen, das jetzt brach liegt, das einen Rückgang aufweist. Der Bergbau Zangtal hatte normalerweise 2000 oder 2500 Bergarbeiter beschäftigt. Im Betriebe stehen heute 80 Bergleute, die nur mit den notwendigsten Instandhaltungsarbeiten beschäftigt werden. „Kohle und Erz“ ist eingestellt. Das ist das Werk des Volkswirtschafters Wutte, das ist das Werk der Graz-Köflacher. Aber betrachten wir nicht nur die Kohlenindustrie, sehen wir uns auch die Glasindustrie an, die im Gefolge der Kohlenindustrie noskend geworden ist. In Köflach steht die Glashütte schon seit Juli vorigen Jahres, schon über ein Jahr geht die Glashütte nicht mehr. Oberdorf feiert wieder, Voitsberg ist momentan noch auf einem Ofen beschäftigt, der andere Ofen steht still. Wies ist ein toter Ort, weil dort die einzige Glashütte nicht in Betrieb ist. Nibl ist nicht in Betrieb. Dazu kommt in der Weststeiermark ein weiteres Unglück, daß auch die „Solo“ ihren Betrieb reduziert hat. Der Betrieb der „Solo“ in Stainz ist eingestellt, Deutschlandsberg so reduziert, daß nur 120 Menschen arbeiten, während früher 400 Leute gearbeitet haben. Mit einem Worte, es ist, als ob dort wirklich das Unglück maßlos hereingebrochen wäre, als ob es scheinbar keine Hilfe gebe. Betrachten Sie, wie die Gebietskörperschaften unter dieser Krise leiden. Die Einnahmen der Gemeinden sinken in dem Augenblicke, wo die Betriebe stille stehen. Die Ausgaben nehmen im gleichen Verhältnis zu. Köflach, Voitsberg, Lankowitz, Rosenthal, Gradenberg, Bärnbach, Pölsing-Brunn, Deutschlandsberg: diese Gemeinden sind so hart betroffen von der Krise, daß sie nicht wissen, wo sie die notwendigsten Einnahmen herbeischaffen sollen. Von Ausgaben für die dringendsten Fürsorgeeinrichtungen kann natürlich gegenwärtig gar keine Rede sein. Die Gebietskörperschaften haben weit geringere Einnahmen und weit bedeutendere Ausgaben wie bei normalen Verhältnissen.

Nun wird heute hier ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Dr. Minarik war es, der gemeint hat, dieser Ausschuß sei das Instrument, mit dem man die Ordnung schaffen können. Ich glaube, er sieht die Dinge nicht richtig. Ich kalkuliere, der Untersuchungsausschuß wird beraten, er wird Sachverständigenutachten einholen, er wird Protokolle fabrizieren. Aber dieser Untersuchungsausschuß wird nicht in der Lage sein, sagen wir, wirklich bestimmend in diese Verhältnisse einzugreifen. Die Möglichkeit hierzu hat gegenwärtig der Herr Finanzminister Dr. Kienböck, weil er gegenwärtig das Aktienpaket der Graz-Köflacher-Aktiengesellschaft verwaltet. Ich glaube, die Regierungsparteien haben es in der Hand, auf den Bundesfinanzminister, der ja der Regierungspartei angehört, bestimmenden Einfluß zu nehmen, wie sich die Verhältnisse bei der Graz-Köflacher gestalten sollen. Ich

weiß, daß dieser Untersuchungsausschuß des Landtages mit Fleiß seiner Arbeit nachgehen wird. Man wird dort nichts vernachlässigen, man wird alles tun, um diesem bedrängten Gebiete womöglich rasche Hilfe zu bringen. Wir möchten aber warnen vor einer Überschätzung dieses Untersuchungsausschusses. Wir möchten von vornherein die Kompetenz dieses Untersuchungsausschusses klargelegt wissen. Sie ist nicht so, daß, wie hier ausgesprochen wird, irgend etwas Wirkliches zum Vorschein kommen kann. Eine Zeugenpflicht gibt es für diesen Ausschuß nicht. Wir haben mit den Untersuchungsausschüssen im Landtage schon einige Male Erfahrungen gemacht, wir wissen, daß dieser Untersuchungsausschuß nur ein Beruhigungsmittel für die Bevölkerung der Weststeiermark sein kann und sein soll. Wir Sozialdemokraten fassen unser Mandat nicht auf als Beruhigungsmandat, und ich glaube, wir müssen die Dinge so angreifen, daß damit für die bedrohte Weststeiermark eine tatsächliche Hilfe erwächst. Um mit einem Untersuchungsausschuß ein Ablenkungsmanöver zu betreiben, dafür sind wir nicht zu haben. Ich will den Parteien des hohen Hauses nicht unterschieben, daß das beabsichtigt ist. Ich glaube, daß dieser Antrag wirklich geboren ist aus dem ehrlichen Bestreben, Hilfe zu schaffen. Aber ich warne davor, ich warne auch die Bevölkerung dieses Gebietes, daran zu glauben, daß der Untersuchungsausschuß des steiermärkischen Landtages imstande wäre, den nötigen Einfluß zu nehmen und die kapitalistischen Kräfte, die wirksam sind, genügend stark zu beeinflussen, oder sie im Sinne der Bevölkerung der Weststeiermark zu beeinflussen. Ich möchte von vornherein die Dinge so hinfstellen, wie sie tatsächlich sein werden.

Wir Sozialdemokraten sind in erster Linie berufen, einzutreten für die Bergarbeiter, weil uns die Bergarbeiter mit ihrem Vertrauen beehrt haben, weil wir die Vertreter hauptsächlich der Bergarbeiter in diesem Gebiete sind, weil wir sie zu dem festen Besitzstand der sozialdemokratischen Partei zählen dürfen. Wir sehen nun unter unseren Bergarbeitern in der Weststeiermark täglich Not und Elend und Jammer, wir sehen die skrupellosen Manipulationen des Wulfskonzerns, wir sehen, wie gar nicht der Blick auf die Volkswirtschaft gelenkt wird, sondern wie der eine oder andere trachtet, wie er noch einen Felsen herausreißen kann, mitten im Zusammenbruche sich persönlich zu bereichern. Da geht man aber glatt darüber hinweg, wenn auch Tausende von Existenzen brotlos werden, tausende Familien zerstört werden, und schafft Unglück, Jammer und Not, wenn man nur seine eigenen Taschen irgendwie mit Profit anfüllen kann. Ich möchte insbesondere auch die bürgerlichen Parteien bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß sich jetzt einmal Gelegenheit bietet, alle ihre schönen Worte vom Schutze der Familie usw. wahr zu machen und in die Tat umzusetzen. Jetzt gibt es die Gelegenheit, Familienschutz zu betreiben, Kinderfürsorge usw. Wenn Sie dieses Elend sehen, wie wir es sehen, wie wir es uns anschauen müssen, weil wir in diesen Gebieten viel zu tun haben, dann müßten Sie alles tun, damit dieser Jammer ehe baldigst beseitigt wird. Ich glaube, nicht Ausschüsse des Landtages nützen, sondern die scharfen Angriffe sämtlicher steierischen Parteien bei

der Wiener Regierung und vor allem die Angriffe der Regierungspartei gegen ihren eigenen Parteimann, den Finanzminister Dr. Kienböck. Das ist der Weg, auf dem man Hilfe schaffen kann. Ich möchte Sie darum bitten. — Wir Sozialdemokraten werden, soweit es in unserem Vermögen steht, in diesem Untersuchungsausschusse mitarbeiten. — Wir Sozialdemokraten werden alles tun, um diesen Bergarbeitern draußen in der Weststeiermark zu helfen. Die ganze Weststeiermark erwartet vom steierischen Landtag eine Tat. Raffen wir uns dazu auf. So muß es möglich sein, diesen Moloch Kapitalismus zu bekämpfen, der sich hier mit seiner vollen Fresse zeigt, sehen wir die Menschen und trachten wir, daß die Profitgier hier einmal beiseite bleibt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Pörtl: Hohes Haus! Als Abgeordneter der Weststeiermark interessiert mich diese Angelegenheit nicht nur vom Standpunkte der Bergarbeiter, sondern auch vom Standpunkte der Landwirtschaft. Es hat bereits der Herr Berichterstatter und auch mein Kollege Elser darauf aufmerksam gemacht, daß am 13. November in Wies eine massenhaft besuchte Volksversammlung stattgefunden hat. In dieser Volksversammlung haben die Vertreter aller Parteien gesprochen und insbesondere versprochen, der Bevölkerung der Weststeiermark in ihrer großen Bedrängnis Hilfe angedeihen zu lassen.

In der weiteren Folge hat eine Konferenz in Lieboch stattgefunden, die sich ebenfalls mit dieser Sache beschäftigt hat. Es war dies eine Konferenz, an der alle Interessenten teilgenommen haben. In dieser Konferenz mußte jeder einzelne der Teilnehmer die Beobachtung machen, daß in diesem Gebiete nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Bauernschaft, der Gewerbestand und die Kaufleute einmütig auf dem Standpunkte stehen, daß es hier unter allen Umständen gilt, die ganze Bevölkerung vor dem völligen Untergang zu bewahren. Ich habe in dieser Konferenz in Lieboch gehört, wie der Vertreter der christlich-sozialen Partei, Bundesrat Kandler, den Teilnehmern versicherte, es werde schon gehen, wenn endlich richtig angepackt werde. Und wir sind auch der Meinung, daß das Anpacken notwendig ist und wir zweifeln auch gar nicht daran, daß der einzusetzende Untersuchungsausschuß auch anpacken wird. Aber ich hege einigermaßen Zweifel, ob er, wenn er schon anpackt, nicht wieder auslassen wird. Wir versprechen uns von diesem Untersuchungsausschuß nicht besonders viel, weil wir genau wissen, nicht in irgend einem Komitee, nicht in einem Ausschusse, sondern in der Bundesregierung allein liegt der Hase im Pfeffer. Es haben viele Besprechungen und Konferenzen stattgefunden, sowie auch diese Volksversammlung am 13. November in Wies. Nach den Zeitungsberichten waren in Wies 1400 Menschen beisammen. Arbeiter und Bauern sind dagewesen in großer Anzahl, auch Kaufleute und Gewerbetreibende. Alles war da, alles erwartet von den gewählten Vertretern, daß sie endlich anpacken wie es sich gehört, damit etwas herauskommt. Schauen Sie, es haben meine Kollegen Elser und Wolf schon darauf hingewiesen, wie es früher war in den Gebieten da draußen, in Deutschlandsberg,

Wies, Steyeregg, Pölsing-Brunn in den Jahren 1920, 1921, 1922, wo man fast täglich beobachten konnte, wenn in Graz, oder irgendwo anders ein Kohlenwagen durch die Straßen der Stadt geführt wurde, wie die kohlenhungrigen Menschen, und das war ja die ganze Bevölkerung — es war keine Kohle zu bekommen — wie sie dem Kohlenwagen förmlich nachgeschlichen sind, um nur ein Bröckel Kohle auf der Straße zu erhaschen. Damals, wo die Kohle so ein gesuchter Artikel war, wie in jedem Haushalte ein Stück Brot, damals haben die Bergarbeiter keinen freien Sonntag und keinen Feiertag gehabt, da haben sie gearbeitet, da haben sie arbeiten müssen, Monat für Monat, Jahr für Jahr, um nur einigermaßen den riesigen Kohlenbedarf zu decken. Dann, wie es nach und nach wiederum besser geworden ist, vom Auslande Kohle hereinkam in großen Mengen, dann hat diese furchtbare Politik der Graz-Köflacher eingeseht und die Bergarbeiter stehen tatsächlich heute vor der Gefahr des Abbaues. Es wurde bereits von Kollegen Eiser ausgeführt, daß 4000 Arbeiter abgebaut wurden, wenn man die Frauen und Kinder hinzunimmt, so kommen 10.000 Menschen oder darüber hinaus in Betracht, die sich in einer geradezu furchtbaren Notlage befinden, und jetzt sollen auch noch die wenigen Bergarbeiter in diesem Gebiete der Arbeitslosigkeit anheimfallen.

Wie ich bereits bemerkt habe, daß uns die Sache nicht nur vom Standpunkte der Bergarbeiter interessiert, sondern auch vom Standpunkte der bäuerlichen Bevölkerung, da habe ich ein paar schüchterne Zwischenrufe von der Gegenseite vernommen „Aha“. Wenn man das Wort Bauer ausspricht, dann nehmen wir auf der rechten Seite und auch in der Mitte des hohen Hauses eine Nervosität wahr. (Zwischenruf Zenz). Den Bauern geht es schlecht! Ja, wirklich wahr, da draußen, lieber Herr Pfarrer, in der Weststeiermark geht es den Bauern sogar sehr schlecht! Dort findet man nicht viele große Bauern, auch nicht viele mittlere Bauern, sondern der ganz überwiegenden Mehrheit nach Kleinbauern. Infolge der Tatsache, daß ihre Grundfläche, ihre Wiesen und Ackerböden viel zu klein sind, um so viel anbauen und ernten zu können, um den Lebensunterhalt das ganze Jahr für ihre Familie bestreiten zu können, sind viele Kleinbauern und deren Söhne, Herr Pfarrer, angewiesen, dem Verdienste nachzugehen und sie gehen in den Bergbau. Da haben wir Hunderte, Tausende, möchte ich nahezu sagen, in den großen und kleinen Betrieben, sozusagen bodenständige Leute, die aus der Landwirtschaft kommen, die dem Bauernstand angehören und die beruflich als Bergarbeiter tätig sind.

Es ist schon darauf verwiesen worden, daß infolge der furchtbaren Tarifpolitik der Graz-Köflacher, der Frachtsatz, wie festgestellt wurde, um 80 Prozent höher ist als auf den Linien der Bundesbahn, die Bauern als Produzenten schwer die Möglichkeit haben, ihre Produkte überhaupt an die Bahn zu bringen und zu befördern. Und so haben sie hauptsächlich ihre Produkte, vor allem Milch, Obst, Most, Kartoffeln u. dgl. bei den Arbeiterfamilien verkauft, diese waren ihre beständigen Abnehmer, das waren die Konsumenten, die Käufer. Wenn es nun dazu kommen sollte, die Berg-

baubetriebe der Graz-Köflacher stillzulegen, dann werden auch noch die restlichen Arbeiter, die da draußen in den Bergbaubetrieben noch beschäftigt sind, der Arbeitslosigkeit anheimfallen, sie werden ohne Verdienstmöglichkeit dastehen und sie können sich darauf verlassen, die furchtbare Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Folgeerscheinungen würden sich in sehr unangenehmer Weise auch auf die Landwirtschaft, auf die Bauernschaft, die auf die Arbeiterschaft vielfach angewiesen ist, auswirken. Und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtend, ist es notwendig, daß sich dieser Sonderausschuß, um mit seinen Arbeiten zu beginnen, ehestens zusammensindet. Er wird Sachverständige einvernehmen, und anhören, es werden vielleicht durch Tage hindurch Beratungen stattfinden, es wird umfangreiche Protokolle geben, Gutachten, eine ganze Reihe, werden vorliegen usw., und dann zum Schluß bleibt erst nichts anderes übrig, als sich an die Bundesregierung zu wenden. Die Bundesregierung ist vor allen anderen in dieser Sache die kompetente Stelle, und ich hätte aufs lebhafteste gewünscht, wenn die Bundesregierung auf dieser Konferenz in Lieboch, die von Abgeordneten und Bürgermeistern aller politischen Parteien, sowie von gewerblichen und landwirtschaftlichen Personen so zahlreich beschickt war, vertreten gewesen wäre, um die Stimmung des ganzen Volkes der Weststeiermark kennenzulernen.

Es war eine große Anzahl von Bürgermeistern aus Stadt und Land versammelt, von Sozialdemokraten, Christlichsozialen, Landbündlern, Udeanern, alles war dort. Die Stimmung war eine teuflische. Aber auch in der Volksversammlung in Wies ist die Stimmung eine überaus erregte gewesen. Ich erinnere mich, daß da sogar bolschewistische Anwandlungen zu beobachten waren. In der Konferenz in Lieboch haben ein paar Bürgermeister gesagt, wenn da ausgelassen wird, wenn uns nicht Hilfe zuteil wird und wenn die Bevölkerung der Weststeiermark nicht bewahrt wird vor dem Untergang, dann meine Herren, möchte ich empfehlen, rufen wir die ganze Bevölkerung auf, ohne Unterschied der Parteischattierung, marschieren wir auf, wenn es notwendig sein wird zu Hunderttausenden. Dann werden wir der Bundesregierung mit ihren fortwährenden Steuerbegehren auch etwas pfeifen, dann zahlen wir keine Steuern mehr, Steuerstreik! Meine Herren! Sie alle, die an dieser Konferenz teilgenommen haben, werden sich erinnern, wie rebellisch die Leute da draußen waren (Heiterkeit), die mit Steuerstreik gedroht haben. Also ich möchte schließen und das hohe Haus aufmerksam machen, daß die Erregung in der ganzen Weststeiermark unter allen Bevölkerungsschichten eine tiefgehende ist und ich möchte an das hohe Haus die ernste Mahnung richten: Sehen wir daran und packen wir an, ordentlich anpacken wie es sich gehört und nicht auslassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Krenn: Hohes Haus! Der Landtag wird nach Abführung dieser Debatte einen Antrag annehmen, der die Einsetzung eines zwölfgliedrigen Ausschusses zur Bearbeitung und Beschlussfassung über diesen Dringlichkeitsantrag vorsieht. Gestatten Sie, daß ich einiges dazu bemerke. Wir sind als Bergarbeiter durch 15 Jahre die Leiden und Beschwerden der Bergarbeiter zur Genüge bekannt. Es ist vielleicht nichts

trauriger als ein zusammengebrochener Bergbau, nichts trauriger als ein stillstehendes Bergwerk. Und alle Kreise der Bevölkerung sind daran interessiert, daß die Betriebe, und besonders die Produktion, im Gange bleiben, florieren und gedeihen mögen. Wenn die gesetzgebende Körperschaft der betreffenden Gegend mit allen Mitteln trachtet, dazu beizutragen, die Inbetriebsetzung der Betriebe zu erreichen — wir müssen und sollen diese Bestrebungen unterstützen —, und wenn der einzusetzende Ausschuß nur einiges beiträgt, den Wünschen der Bevölkerung und der Wirtschaft des ganzen Landes etwas nachzuhelfen, so soll es uns freuen. Es haben verschiedene Redner die Bedeutung und die Wichtigkeit dieser Fragen eingehend gewürdigt, und ich brauche dem nichts hinzuzufügen als den Wunsch, daß es dem hohen Landtage und dem Ausschusse gelingen möge, einen Ausweg aus diesen sicher traurigen Zeiten zu finden und die Schuldtragenden, die für die Entwicklung dieser Dinge verantwortlich sind, zur Verantwortung zu ziehen. Der hohe Landtag wird diesem Antrage zustimmen und in einigen Tagen, so hoffen wir, darüber Bericht erstatten. Die Anregungen, die er zu geben hat, müssen auf mannigfachem Gebiete liegen. Es ist nicht nur festzustellen, wie die Besitzverhältnisse sind, es ist auch festzustellen, wie die Absatzfähigkeit dieser Industrie, dieser Bergbaue zu heben sein wird. Wir alle sind daran interessiert; vielleicht ergeben sich auch Mittel und Wege, daß die Landesregierung Absatzgebiete schafft, um diesen sonst sicher zugrunde gehenden Gebieten unserer schönen Steiermark wieder aufwärts zu helfen. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Berichterstatter Gartner (Schlußwort): Hohes Haus! Aus der einmütigen Stellungnahme der Redner der verschiedenen Parteien geht wohl gründlich die Dringlichkeit dieses Antrages hervor. Ich bitte daher das hohe Haus nochmals um einstimmige Annahme dieses Antrages.

Im Namen des volkswirtschaftlichen Ausschusses erlaube ich mir, noch die Mitglieder des zwölfgliedrigen Untersuchungsausschusses zu beantragen, und zwar:

„Dr. Ernst Kammerer, Zenobius Riemer, Dr. Zdenko Koschak, Dr. Alfons Minarik, Peter Krenn, Josef Rainer, Dr. Alois Serneß, Viktor Elser, Richard Wolf, Ludwig Pörtl, Karl Jira, Alois Rosenwirth.“

Präsident: Ich werde die Abstimmung getrennt vornehmen lassen. Ich werde zuerst über den Antrag abstimmen lassen und dann die Wahl der Mitglieder vornehmen. Der zweite Teil beinhaltet eine Wahl. Ich werde daher hernach die Wahl dieses Ausschusses vornehmen. Ich ersuche die Abgeordneten, welche dem Antrage, wie er vorliegt, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Abgeordneten, welche der vorgeschlagenen Wahl in den Sonderausschuß ihre Zustimmung geben, ihre Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Hiermit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Es kommt nun zur Verhandlung zunächst die dringliche Anfrage der Abg. **Wihany** und der übrigen Mitglieder des Landbundes an den Herrn

Landeshauptmann wegen Übergriffe der Gendarmerie in St. Katharein a. d. Laming bei Festsetzung des Milchpreises.

Zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Ing. **Wihany** das Wort.

Ing. **Wihany**: Hohes Haus! Seit Aufgabe der Zwangswirtschaft im Jahre 1921 bis zum Herbst 1926 wurde in St. Katharein a. d. L. der Milchpreis immer im Einvernehmen zwischen Erzeugern und Verbrauchern festgesetzt. Im Herbst 1926 sind nun kleine Unstimmigkeiten aufgetreten, weil der Milchpreis zwischen 40 g und 48 g geschwankt hat. Auf Grund dieser kleinen Reibungen ist es wieder zum Zusammenbrechen der Produzenten und Konsumenten gekommen, und es ist wieder zur einvernehmlichen Lösung in dieser Frage gekommen. Die Landwirte aus dem Gebiete von St. Katharein a. d. Laming sind angeschlossen der großen land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaft „Landforst“ in Bruck a. d. Mur. Nun haben die Bauern dieses Gebietes, um den Konsumenten einen Milchpreis vorzuschlagen zu können, bei ihrer zuständigen Genossenschaft ersucht, sie möge einen Richtpreis bekanntgeben. Die „Landforst“ hat 45 g genannt, und der Obmann der Filiale in St. Katharein a. d. L. hat diesen Richtpreis seinen Mitgliedern in Form eines Rundschreibens bekanntgegeben. In diesem Rundschreiben hat nun die Gendarmerie von St. Katharein a. d. L. eine Verabredung gesehen und hat nun die Anzeige wegen Preistreiberei gegen 20 Besitzer eingebracht. Meine Damen und Herren! Wenn in diesem Rundschreiben eine Verabredung gesehen werden kann und wurde, so müßten wir wohl in vielen anderen und besonders im Tarife vieler Berufsstände ebenfalls eine Verabredung sehen. Wir können durchaus nicht einsehen, daß diese wirklich auch im Interesse der Konsumenten durchgeführte Festsetzung des Milchpreises die Grundlage für Preistreiberei abgeben könnte. Die Gendarmerie von St. Katharein a. d. L. hat dann auch gleichzeitig ein Urteil der Grazer Preisprüfungsstelle eingefordert und diese hat als Erzeugungskosten 38 g genannt. Nun kommen aber bei allen Produkten zu den Erzeugungskosten auch Manipulationsgebühren, Arbeit, und schließlich und endlich braucht auch der Bauer einen kleinen Unternehmergewinn zur Fristung seiner Wirtschaft, und die Preisprüfungsstelle in Graz hat gesagt: Erzeugerpreis 38 g, dazu 15 Prozent für Manipulation und kleinen bürgerlichen Gewinn. Es kommt also auch die Preisprüfungsstelle in Graz dem Richtpreise ziemlich nahe. Trotzdem hat die Gendarmerie von St. Katharein a. d. Laming am nächsten Tage sofort wieder erklärt, alle diejenigen, die mehr als 38 g fordern, und diejenigen, die mehr als 38 g bieten, setzen sich ebenfalls der Gefahr aus, wegen Preistreiberei angezeigt zu werden. Nun haben die Bauern dieses Gebietes an die Bezirkshauptmannschaft in Bruck a. d. M. eine Eingabe gerichtet, sie möge behördlich einen Milchpreis festsetzen. Die Bezirkshauptmannschaft von Bruck hat erklärt, sie fühle sich dazu nicht veranlaßt. Weil aber in dieser Eingabe erwähnt wurde, daß die Bauern dieses Gebietes das Vorgehen der Gendarmerie für eigenmächtig ansehen, wurden sie wegen des Ausdrucks „eigen-

mächtig" wegen Amtsehrenbeleidigung angezeigt. Allerdings wurden beide am 22. Dezember 1926 freigesprochen. Bei dieser ganzen Milchpreisregelung in diesem Gebiete kam es zu Versammlungen von Erzeugern und Verbrauchern gemeinsam, und in der Regel hatte die Menge der Verbraucher bei diesen Versammlungen weitaus die Mehrheit. Zu einer ist auch der Obmann der „Landforst“, Ökonomierat Bayer, geladen worden. Er ist auch den Herren der sozialdemokratischen Fraktion bekannt, weil auch sozialdemokratische Konsumentenvertreter dort sitzen, und allen in Bruck ist bekannt, daß gerade Ökonomierat Bayer ein äußerst ruhiger Mensch ist. Er hat sich aber in dieser Versammlung zu einer etwas schärferen Kritik hinreißen lassen, indem er gesagt hat, er hat das Gefühl, die Verbraucher und Erzeuger sind einig und die Gendarmerie drängt sich unnötigerweise ein. Er hat gesagt, er habe das Gefühl, der Milchpreistreit sei von der Gendarmerie angezettelt. Auch er ist wegen Amtsehrenbeleidigung angezeigt und verurteilt worden. (Machold: „Schade, daß er nicht Abgeordneter ist, wir könnten ihn dann ausliefern.“ — Heiterkeit.) Dieser Mann wurde aber wegen dieser Ausdrücke nicht bedingt verurteilt, sondern unbedingt verurteilt und mußte erst im Berufungsverfahren die unbedingte Verurteilung dann in eine bedingte umgewandelt werden. Gegen die von der Gendarmerie wegen Preistreiberei angezeigten Besitzer läuft das Verfahren weiter. Bisher wurde erst gegen den Liffenführer der Preistreiber in Leoben verhandelt, und dieser ist sowohl vom Schöffens- als auch vom Einzelgericht freigesprochen worden. Er hat aber ungefähr 5 Millionen Advokatenkosten und fünf Fahrten nach Leoben bezahlen müssen. Interessant ist, mit welcher Begründung der Freispruch erfolgt ist. In der Begründung heißt es, daß die Genossenschaft „Landforst“ unter den Augen der Behörden im Einvernehmen zwischen Erzeuger und Verbraucher die Milchpreissetzung zur Zufriedenheit vorgenommen hat. Damit hat auch das Gericht anerkannt, daß das Auftreten der Gendarmerie zumindestens zwecklos war. Gegen die 19 weiteren Besitzer schwebt aber noch das Verfahren und ist auch bis nun darüber noch nicht verhandelt worden. Wir sind der Meinung, daß es durchaus nicht Aufgabe der Gendarmerie sein kann, daß sie sich dann, wenn Verbraucher und Erzeuger einvernehmlich zur Festsetzung, zur Regelung von Preisen schreiben, einmengt. Wir sind aber auch der Meinung, daß es nunmehr, wo fast bei allen anderen Produkten der Preis durch Angebot und Nachfrage geregelt wird, durchaus nicht möglich erscheint, daß irgendeine Preisprüfungsstelle von Graz aus, vom grünen Tisch aus den Preis für die Milch in St. Katharein festsetzen soll. Wir lehnen die Zuständigkeit einer solchen Stelle unter allen Umständen ab. Es wirft sich auch die Frage auf, ob es notwendig ist, daß das Preistreibereigesetz überhaupt noch besteht. Wir sind der Meinung, daß es zeitgerecht wäre, mit diesem Gesetze, das vielleicht nur in der Nachkriegszeit Berechtigung hatte, aufzuräumen. Aus diesen Gründen haben wir uns erlaubt, an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage zu richten, ob er bereit ist (liest) :

1. den Fall einer Untersuchung zuzuführen und die Schuldigen der Bestrafung zu überantworten ;
2. bei der Bundesregierung die Auflassung der Preisprüfungsstelle in Graz zu erwirken und als Wunsch des steirischen Landtages die Aufhebung des Preistreibereigesetzes zu unterbreiten."

Es ist vor ganz kurzer Zeit durch Herrn Landesrat Machold hier im Landtage eine Reihe von Urteilen der Gerichte aufgezeigt worden. Herr Landesrat Machold hat sich bemüht, nachzuweisen, daß gerade dann, wenn ein Arbeiter vor Gericht steht, ganz besonders harte Strafen erlassen werden. Diese Urteile wurden als Klassenjustiz bezeichnet. Das, was ich heute aufgezeigt habe, soll ein kleines Bild geben, wie schlecht es einem Bauern geht, wenn er vor Gericht kommt und wir hätten allen Grund, solche Urteile als Klassenurteile zu bezeichnen. Wir tun es trotzdem nicht. Wenn ich heute das Vorgehen der Gendarmerie in St. Katharein kritisiert habe, so bin ich weit davon, diesen Fall zu verallgemeinern. Wir sind der Überzeugung, daß es in der weitaus größten Zahl der Fälle die Gendarmerie ihren schweren Dienst ohne Klasseneinstellung erfüllt und wir sind aus diesem Grunde nicht der Meinung, daß man sagen kann, daß dies ein allgemeiner Fall wäre. (Beifall bei den Landbündlern.)

Präsident: Zur Beantwortung dieser Anfrage erleihe ich dem Herrn Landeshauptmann Ing. Paul das Wort.

Ing. Paul: Hohes Haus! Ich bin selbstverständlich bereit, die verlangte Untersuchung einzuleiten. Ich halte die Angelegenheit für sehr wichtig und möchte nicht vor dieser gründlichen Untersuchung die Anfrage beantworten. Ich bitte daher, mir zu gestatten, daß ich in einer der nächsten Sitzungen nach Beendigung der Untersuchung dem hohen Hause Bericht über diese Angelegenheit erstatte. (Beifall.)

Präsident: Damit ist dieser Punkt erledigt.

Der nächste Punkt ist die

dringliche Anfrage der Abg. Pfortner, Gföller, Rosenwirt und Genossen an den Herrn Landeshauptmann wegen ungesetzlicher Handlungen und Eingriffe von Beamten des Landesbauamtes bei der Ennsregulierung im Bauabschnitt Pruggern.

Zur Begründung dieser Anfrage erleihe ich dem Herrn Abg. Pfortner das Wort.

Pfortner: Hohes Haus! Oben im Ennstale in der Nähe von Pruggern hat die Ennsregulierung begonnen, einen Durchstich vorzunehmen. Diese Durchstichsarbeiten haben natürlich die Aufnahme einer größeren Anzahl von Arbeitern erfordert. Es sind ungefähr 90 Arbeiter zusammenberufen worden, zum Teile aus den umliegenden Orten, zum Teile andere Arbeitslose, die vom Arbeitslosenamte Kottenmann zugewiesen wurden oder sonst von der Bauleitung freihändig aufgenommen worden sind. Diese Anzahl von Arbeitern hat nach geraumer Zeit begonnen, darüber Beschwerde zu führen, daß sie unregelmäßig und nach dem Willen des dortigen Partieführers entlohnt wird. Sie haben sich in einer Organisation zusammengeschlossen und sind daran gegangen, Betriebsräte zu wählen, damit der alte Mißstand, daß jeder einzelne der Leute mit dem Partieführer und mit dem Bauleiter

verhandeln soll, abgestellt wird und diese Verhandlungen den Betriebsräten überantwortet werden sollen. Es ist überall üblich, daß in größeren Betrieben — und das Betriebsrätegesetz sagt das ausdrücklich, daß es ein gutes Recht der Arbeiterschaft ist, Betriebsräte zu wählen — die Betriebsräte die Mittelspersonen zwischen dem Betriebsleiter oder dem Unternehmer und der Arbeiterschaft darstellen, beziehungsweise daß diese Betriebsräte diejenigen sind, die für die richtige Auszahlung der Löhne und für die richtige Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften Sorge zu tragen haben. Man sollte nun meinen, das, was für die einzelnen kleineren oder größeren Unternehmen nur recht und billig ist, müßte natürlich auch für die Betriebe des Landesbauamtes Geltung haben. Wir haben leider die Erfahrung machen müssen, daß in so manchen Fällen, wo das Landesbauamt Arbeiten vergeben hat oder Arbeiten durchführt, Organe dieses Landesbauamtes entweder unbewußt sich um alle gesetzlichen Bestimmungen nicht kümmern oder bewußt alle gesetzlichen Bestimmungen des Arbeiterschutzes sabotieren und zunichte machen. Wie hat man das in Pruggern gemacht? Als die Organisation oben noch nicht bestanden hat, war alles recht und schön, hat der Partieführer den Lohn bestimmt, hat die Kubatur der ausgehobenen Erde ausgerechnet und hat es infolgedessen keine besonderen Differenzen gegeben. Als diese unregelmäßige Behandlung der Arbeiter die Schaffung der Organisation, die Schaffung der Betriebsräte erforderte, dann natürlich war es der Bauleitung auf einmal eingefallen, wir können eine Organisation und organisierte Arbeiter und insbesondere Betriebsräte nicht brauchen. Das war also einem Unterläufer des Landesbauamtes nicht recht; ich sage nicht, daß der Herr Landesbaudirektor oder sonst ein höherer Beamter des Landesbauamtes von den Machinationen dieses Unterläufers Kenntnis hatte. Ich behaupte, daß es lediglich die Machenschaften dieser Organe waren und sind, die oben in Pruggern die Arbeit zu führen und zu überwachen hatten. Diese Organe sind daran gegangen, als die erste Versammlung der organisierten Bauarbeiter stattgefunden hat, am nächsten Tage an den Abbau dieser 90 Bauarbeiter zu schreiben und merkwürdigerweise hat man alle diejenigen zuerst abgebaut, die der Organisation beigetreten sind; aber nicht nur die Arbeiter selbst, die der Organisation beigetreten sind, um ordnungsmäßige, richtige Zustände im Betriebe zu schaffen, die ein Interesse daran hatten, daß das gegenseitige Ausspielen von Arbeitern aufgehört, daß eine wirkliche Ordnung auf dieser Landesbauaufstelle herrscht, nicht nur diese Arbeiter hat man entlassen, sondern mit ihnen auch die bei der Versammlung nominierten Betriebsratskandidaten. Die Betriebsratskandidaten sind natürlich zu entlassen, wenn es der Bauleitung beliebt. Die Betriebsräte, wenn sie gewählt sind, sind nicht mehr so einfach von der Baustelle oder dem Betriebe fortzubringen. Deshalb hat man getrachtet, noch bevor die Wahl der Betriebsräte wirksam wird, diese lästigen Proponenten der Arbeiterschaft, diese lästigen Betriebsratskandidaten auf die Abbauliste zu setzen. Solange sie nicht kandidierten, waren sie wirklich brave Arbeiter. Der Herr Baurat Keller, der nebenbei bemerkt, wiederholt schon

gegenüber der österreichischen Baugewerkschaft Prozesse verloren hat und dem Landesfädel schon sehr viel Unkosten verursacht hat, der schon vor einigen Jahren bei der Wildbachverbauung in Obllarn beschäftigt war und versetzt werden mußte, weil zwischen ihm und den Arbeitern kein Auskommen war, der dann nach Liezen versetzt wurde, derselbe Baurat, der kein Entgelt auszahlen will, der keine Arbeiterurlaube kennt, keine gesetzlichen Bestimmungen in puncto Arbeiterschutz kennt, derselbe Baurat ist Inspizient der Baustelle in Pruggern und noch ein untergeordneter Ingenieur des Landesbauamtes. Diese beiden haben, nachdem die Betriebsratswahlen ausgeschrieben waren, den sofortigen Abbau von 40 Arbeitern veranlaßt. Selbstverständlich sind andere Arbeiter, die nicht organisiert waren und die dem Partieführer, dem Ingenieur und dem Baurat Keller in den Kram gepaßt haben, wieder aufgenommen worden. Das ist eine feine Taktik. Die Unorganisierten nimmt man auf, weil die ein willfähiges Werkzeug des Ingenieurs und des Baurates Keller sind, die Organisierten bilden in den Augen des Ingenieurs und des Baurates Keller eine Gefahr für diese Unternehmung deswegen, weil sie vielleicht den Mut aufbringen, dem Partieführer, dem Baurat Keller und dem Ingenieur gegenüber auf der Auszahlung der rechtmäßigen, kollektivvertragsmäßigen Löhne zu beharren. Infolgedessen hat der Ingenieur und der Baurat Keller den größten Teil dieser organisierten Arbeiter entlassen und auch die Betriebsratskandidaten auf die Abbauliste gestellt.

Ich will nun aufzeigen, mit welcher Methode hier vorgegangen wird und es ist direkt eine Schande, daß gerade an den Baustellen des Landesbauamtes die schäbige Methode eines Unternehmens angewendet wird. Ich kann Ihnen aus Überzeugung versichern, daß in keinem anderen Betriebe derart schuftig von einzelnen Organen Arbeitern gegenüber vorgegangen wird, wie dies bei der Ennsregulierung seitens der Stelle des Landesbauamtes der Fall war. Da oben ist ein Arbeiter, der schon fünf Jahre bei der Ennsregulierung beschäftigt war, er war schon Vorarbeiter, als Betriebsrat für die Bauarbeiter in Pruggern vorgeschlagen worden. Nachdem man ihm qualitativ in seiner Arbeit nichts nachweisen konnte, so wie man es bei den andern Arbeitern zu machen beliebte, ist man hergegangen und hat diesen Arbeiter versetzen wollen nach Liezen zum Faschinenhacken. Das ist eine sehr leichte Beschäftigung. Es werden Weidenruten heruntergeschnitten, zusammengebunden, es werden also Bündel gemacht, die zum Uferschutz usw. verwendet werden. Das ist aber eine Arbeit, zu der man keinen Vorarbeiter beschäftigen muß, das ist eine Arbeit, die jeder Jugendliche, der letzte Hilfsarbeiter ohne weiteres versteht und ohne weiteres machen kann. Aber man wollte systematisch diesen Betriebsratskandidaten, der ein gewisses Ansehen bei der Arbeiterschaft genießt, der beliebt ist und der auch scheinbar vom Ingenieur und der Bauleitung in Pruggern gefürchtet wird, einfach aus dem Kreis der organisierten Arbeiter in Pruggern entfernen auf eine Baustelle, wo er nicht mehr, um hier mit den Worten

des Ingenieurs zu reden, aufreizend und aufhezend auf die übrigen Arbeiter einwirken könnte. Also eine sehr schädige Methode, um den gewählten Betriebsrat wegzubringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Art und Weise, diese Methode, wie hier versucht wird, auf den Baustellen des Landes Steiermark das Betriebsrätegesetz zunichte zu machen, die Arbeiter willfährig zu machen, diese Methode muß angekreidet werden. Nun trifft folgendes ein. Nachdem es nicht ganz gelingt, alle Betriebsräte hinaus zu werfen und man den Schein wahren mußte oder versuchen mußte, den Schein zu wahren, war es möglich, den Betriebsrat mit Erfahrmännern zu konstruieren und als der letzte Erfahrmann von der Baugewerkschaft der Bauleitung nominiert wurde, hat der Ingenieur erklärt, „diese Nominierung geht mich einen Schmarren an. Das brauche ich nicht zur Kenntnis zu nehmen, ich wähle mir meinen Betriebsrat selbst.“ (Rufe: „Hört!“) Ich verstehe voll und ganz, daß es den Herrn Ingenieur Baurat Keller nicht angenehm ist, wenn er von einem Arbeiter geklagt wird und das Recht beim Einigungsamte angefordert wird. Und ich verstehe voll und ganz, daß es dem Herrn Baurat Keller sehr unangenehm ist, daß er den Prozeß verspielt, weil er ihn verspielen muß, weil er im Unrecht ist und er infolgedessen erklärt, er brauche einen Betriebsrat, mit dem er arbeiten kann. Aber so stehen die Dinge nicht, daß die Bauleitung das Recht hat, den Betriebsrat auszuwählen und ich möchte nicht fragen, wie es in dem Betriebe zugehen würde, wo das Unternehmen sagen würde, ich will nur den Betriebsrat, der mir einfach in den Kram paßt und dessen schöne blaue Augen oder dessen Nase mir gefallen. Aber was sonst nirgends möglich ist, daß ist in Pruggern möglich. Als der letzte Betriebsratsersahmann vorgeschlagen wurde, da erklärte Baurat Ingenieur Keller, ich wähle mir selbst den Betriebsrat.

Es ist ein interessantes Symptom, hier in diesem hohen Hause wird heute sicher noch von Terror gesprochen werden, von Bedrückung, von Beeinflussung, von Beraubung der persönlichen Freiheit und von allen diesen anderen Redensarten, die wir seit dem 15. Juli nicht los werden. Aber wie machen es die Herrschaften da oben? Die Arbeiter werden einer nach dem andern in die Baukanzlei gerufen. Man legt ihnen die vom Ingenieur Baurat Keller ausgearbeitete Betriebsratsliste vor und sagt: „Bitte unterschreiben Sie, daß Sie einverstanden sind, sonst . . .“ und das „sonst“ kann man sich denken, bedeutet nichts anderes als: „Sonst fliegen sie hinaus!“ Das ist die praktische Übung, wie es Baurat Keller zum wiederholtenmale gemacht hat.

Wenn beim Landesbauamte ein solcher Terror geübt wird, wo jeder organisierte . . . (Zen 3: „Deutschlandsberg, Papierfabrik!“) Herr Pfarrer Zen 3, Sie verstehen von allen diesen Dingen nichts, bleiben Sie auf der Kanzel, bleiben Sie bei Ihren Geschäften, wir greifen auch nicht nach Ihren Weibbrunnkessel. (Zen 3: „Täte Ihnen aber sehr gut!“)

Im übrigen ist es sehr interessant, daß es gerade dem Herrn Pfarrer Zen 3 hier beliebt, die Darstellung von diesen Terrorakten und von diesen Unter-

drückungen mit höhnischen Bemerkungen zu umkränzen. (Zen 3: „Ich habe nur ein Beispiel des Terrors von Ihrer Seite entgegengehalten, die Verhältnisse in der Papierfabrik Deutschlandsberg; ich glaube, daß Sie nicht gerne daran erinnert werden!“) Wir können noch solange darüber reden, aber es wird jedenfalls nicht möglich sein, Ihnen beizubringen, daß die Arbeiter das Recht haben, den Betriebsrat zu wählen, daß sie das Recht haben, auf ihren Forderungen und gesetzlich gewährleisteten Rechte zu bestehen. Das ist scheinbar bei Ihnen nicht möglich. (Zen 3: „Auch die christlichen Arbeiter haben das Recht auf Arbeit und Organisation!“) Aber noch ganz anderes ist hier zu verzeichnen. Nicht nur dadurch, daß man hier mit Drohungen arbeitet, daß man Arbeiter einzeln in die Baukanzlei beruft und von ihnen die Unterschrift erpreßt, damit sie den vom Baurate vorgeschlagenen Betriebsrat anerkennen, ist diese Vorgangsweise überhaupt ungesetzlich. Nicht nur, daß die Arbeiter gepreßt werden, einen Betriebsrat anzuerkennen, mit dem sie nicht einverstanden sind, man entläßt andere Arbeiter, die kein Heim, kein Gut besitzen, die der Arbeitslosigkeit anheimfallen, und stellt zugleich Besitzer und Besitzersöhne in den Dienst (Rufe: „Hört!“), also solche, die gar nicht aus dem Stande der Arbeitslosen sind, die gar nicht bedürftig sind. Diese Besitzer und Besitzersöhne stellt man in Arbeit und die anderen armen Teufel wirft man auf das Pflaster, und dann regt man sich auf, daß soviel Arbeitslose die Straße bevölkern. Das ist ein unhaltbarer Zustand und wir verlangen ganz energisch Abhilfe. Wir können nicht zusehen, daß gerade auf den Baustellen des Landes solche Dinge vorkommen, daß man selbst Betriebsräte aufstellt, ohne die Arbeiter in Vollversammlungen zu befragen, daß man die Arbeiter vor ein fertiges Diktat stellt und daß man auf der einen Seite wirklich Bedürftige hinauswirft und andererseits Besitzer und deren Söhne, die nicht bedürftig sind, in den Dienst der Landesregierung stellt.

Wir haben uns daher gestattet, an den Herrn Landeshauptmann folgende dringliche Anfrage zu stellen (liest):

1. Sind dem Herrn Landeshauptmann die kurz geschilderten Zustände bei der Ennsregulierung in Pruggern bekannt?

2. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, dafür Sorge zu tragen, daß dem Betriebsratsgesetz in jeder Beziehung entsprochen und dem Rechte der Arbeiter auf freie Betriebsratswahl Rechnung getragen wird?

3. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, zu verfügen, daß bei der Ennsregulierung und allen öffentlichen Bauten in allererster Linie arbeitslose, bedürftige Arbeiter angestellt und Besitzer, die nicht bedürftig erscheinen, entlassen werden?

4. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, dem Baurat Keller und dem Ingenieur der Baustelle Pruggern die Wahrung der gesetzlich gewährleisteten Rechte der Arbeiter aufzutragen?

Wir hoffen, daß der Herr Landeshauptmann auf die Darlegungen, die wir heute rein sachlich gehalten haben, und die notwendig waren, um sie den Herren aufzuzeigen, bereit ist, hier Abhilfe zu schaffen. Wir

wissen, daß der Herr Landeshauptmann wiederholt bei anderen Anlässen versichert hat, daß er für Recht und Ordnung und Freiheit der einzelnen Personen stets eintreten werde, und ich sehe voraus, daß auch in dieser Beziehung der Herr Landeshauptmann ein Mann sein wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Ing. Paul das Wort.

Ing. Paul: Hohes Haus! Obwohl ich der Referent über Wasserbauangelegenheiten in Steiermark bin, wurden mir Beschwerden in dieser Richtung bisher nicht bekanntgegeben. Ich höre von ihnen heute zum ersten Male und bin daher auch nicht in der Lage, das Ergebnis einer Untersuchung bekanntgeben zu können, die ich sofort veranstaltet hätte, wenn mir schon früher etwas bekanntgegeben worden wäre. Ich werde aber nach Abschluß der Untersuchung dem hohen Hause das Ergebnis mitteilen. (Beifall.)

Präsident: Hiemit ist dieser Punkt erledigt.

Der nächste Punkt ist die

dringliche Anfrage der Abg. Fohringer, Wallisch und Genossen an den Herrn Landeshauptmann wegen Schaffung einer Eisenbahnverbindung mit Mariazell.

Zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Fohringer das Wort.

Fohringer: Hohes Haus! Wir haben heute ein Elendsbild von der Weststeiermark bekommen. Sie können versichert sein, daß jedesmal, wenn der Herbstmonat erscheint, wenn der Betriebsstillstand eintritt, zum Beispiel bei der Bundesbahn zufolge Beendigung der Saison, daß die Frage immer greller aufgerollt wird von der Bevölkerung, vom Ursprung der Mürz bis zur Mündung bei Bruck in die Mur und den Seitentälern, was eigentlich mit dem projektierten Bahnbananschlus Mariazell—Bundesbahn Mürzthal ist. Es ist bekannt, daß drei Projekte erwünscht sind, und zwar ein Projekt anschließend Mariazell—Mürz-zuschlag, ein Projekt Mariazell—Weitsch über Rof-suhl und ein Projekt Mariazell—Turnau—Thörl—Kapsenberg. Welches Projekt davon volkswirtschaftlich am bedeutendsten ist, darüber wollen wir heute als sozialdemokratischer Klub kein Urteil fällen. Aber eines ist sicher, daß es sich um die Erschließung eines Gebietes handelt, das von außerordentlicher Wichtigkeit für die Belebung der Volkswirtschaft in diesen Gegenden ist. Wenn wir ins Auge fassen, daß gerade im oberen Mürztales, so ähnlich wie in der Weststeiermark, namenloses wirtschaftliches Unglück über die Arbeiterschaft hereingebrochen ist durch Stilllegung größerer Betriebe, zum Beispiel verweise ich auf den Betrieb der Alpinen Montangesellschaft in Neuberg, der 500 Arbeiter beschäftigte, und auf die Gußstahlwerke Bleckmann in Mürzzuschlag, welche über 900 Arbeiter beschäftigen und wo heute nur mehr 60 bis 100 Mann in Tätigkeit sind, so ist es klar, daß Hunderte und Hunderte von Arbeitern, die Jahrzehnte an diesen Arbeitsstellen verbracht haben, vielleicht auf Jahre hinaus oder nie mehr in die Lage kommen werden, ein anderes Domizil oder Aufenthaltsort suchen zu können, sondern gezwungen sind, mit der kargen Arbeitslosenunterstützung, oder wie es leider

sehr viele betrifft, mit der Altersrente ein elendes Dasein zu fristen. Nicht nur, daß die alten Leute dabei besonders in Betracht kommen, müssen wir aber auch in Erwägung ziehen, daß deren Kinder, die heute die Stütze der alten Leute sein sollen, genau so arbeitslos wie die Alten selbst sind. Die Folge davon ist erklärlich. Wenn heute irgendwo davon gesprochen wird, daß der Bund oder das Land öffentliche Arbeiten in Angriff nimmt, wird sofort eine heftige Nachfrage an die öffentlichen Vertrauenspersonen, die sich in der öffentlichen Wirtschaft oder politisch betätigen, fortlaufend ergehen.

Wenn wir das Gebiet Mürzzuschlag, Mariazell mit Anschluß an Kernhof usw. betrachten, so fällt dabei besonders ins Auge die Frage des Fremdenverkehrs und ich meine, diese Frage ist für beide Seitentäler von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Erschließung des Fremdenverkehrs durch Anschluß von Bahnen gibt uns die Überzeugung, daß der Fremdenverkehr besonders von den Tälern der Donau herunter, außerordentlich an Zulauf zunehmen möchte. Wir wissen aber zu gleicher Zeit, daß der weitere Ausbau der Bahn, ob sie nun nach Mürzzuschlag geht, oder nach Weitsch oder Turnau oder Au-Seewiesen, daß der Anschluß einer derartigen Bahn auch zugleich die weitere Verbindung mit der Tschechoslowakei und mit dem Deutschen Reiche ergeben würde.

Wir haben daher das Bedürfnis und haben uns heute dazu entschlossen, eine Anfrage in dringlicher Form zu stellen, damit wir wissen, was wir unserer Bevölkerung sagen sollen, nachdem erst in letzter Zeit bekannt geworden ist, daß an einem sehr ernstern Projekte gearbeitet wird und daß erst vor einigen Tagen beim Bundeskanzler eine Vorschläge stattgefunden hat, worüber die Bevölkerung wahrscheinlich erst in jener Form aufgeklärt wird, daß sie befriedigt in die Zukunft blicken kann.

Wir hoffen, daß die Landesregierung etwas mehr wissen dürfte, und stellen daher die dringliche Anfrage (lies):

„Ist der Herr Landeshauptmann bereit, eine Stellungnahme der Landesregierung zu den verschiedenen Projekten zu veranlassen?“

Präsident: Zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Ing. Paul das Wort.

Ing. Paul: Hohes Haus! Es wird gewiß von allen wirtschaftlichen Kreisen und von allen Personen, denen das Wohl des Landes am Herzen liegt, sehr schmerzlich empfunden, daß der größte Teil Steiermarks mit einem seiner schönsten und wichtigsten Orte, mit Mariazell, ohne unmittelbare Eisenbahnverbindung, ja einige Monate des Jahres überhaupt ohne die Möglichkeit eines direkten Verkehrs ist.

Umso mehr ist dies zu bedauern, als nicht technisch unüberwindliche Schwierigkeiten die Schaffung einer Eisenbahnverbindung verhindern. Ja, es sind sogar, wie schon mein Herr Vorredner ausgeführt hat, bereits drei Lösungen dieses so maßgebenden Verkehrsproblems möglich und in Projekten bereits durchgearbeitet.

Ich möchte wiederholen, einerseits die Verlängerung der bestehenden Schmalspurbahn Kapsenberg—Au-Seewiesen, weiters die Verlängerung der bestehenden Linie Mürzzuschlag—Neuberg nach Mariazell, beziehungsweise Kernhof in Niederösterreich und endlich eine Normalspurbahn von Mitterdorf im Mürzthal über Weitsch nach Mariazell. Jede dieser Lösungen hat naturgemäß ihre besonderen Vorteile und es ist klar, daß jedes Gebiet, welches in den Wirtschaftskreis des Landes durch den Bahnbau einbezogen wird, bemüht ist, sein Projekt an erster Stelle zu reihen. Andererseits kann aber ein Erfolg bei den Bemühungen, auch die übrigen maßgebenden Behörden für einen solchen Bahnbau zu interessieren, nur dann eintreten, wenn sich alle Interessenten auf eine Linie einigen. Um daher aus dem gewiß edlen Wettstreit der verschiedenen, sehr verdienstvollen und zu großen finanziellen Opfern bereiten Eisenbahnausschüssen heraus und der Durchführung eines Bahnbaues näherzukommen, hat die Landesregierung in einer der letzten Sitzungen beschlossen, ein Komitee von Sachverständigen einzusetzen, welches die Aufgabe hat, ein Gutachten darüber zu erstatten, welche der drei genannten Varianten für eine direkte Bahnverbindung von Steiermark nach Mariazell vom bautechnischen, volkswirtschaftlichen und tarifarischen Standpunkte aus die empfehlenswerteste ist. Nach dem Studium dieser Frage wird die Landesregierung endlich in der Lage sein, in einheitlicher Richtung vorzugehen und die Verwirklichung dieser mit Recht immer wieder aufgestellten Forderung des ganzen Landes Steiermark weiter zu verfolgen und — wie ich zuversichtlich hoffe — einer befriedigenden Lösung zuführen zu können. (Beifall.)

Machold: Ich beantrage die Eröffnung der Wechselrede.

(Der Antrag wird angenommen.)

Wallisch: Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann hat auf die Anfrage die Antwort erteilt, daß die Landesregierung ein Komitee einsetzen werde, welches Sachverständigengutachten einholen soll, Gutachten darüber, welches Projekt im Interesse der Volkswirtschaft das bessere sei, welches Projekt vom Standpunkte des Landes zu fördern sein wird. Uns liegt sehr viel daran, daß in dieser Frage ein einheitlicher Standpunkt zum Ausdruck kommen soll. Die gesamte Bevölkerung dieses Gebietes ist sehr lebhaft daran interessiert und ist ständig in Aufregung versetzt. Einmal kommt man damit, daß über das Projekt Mürzzuschlag—Kernhof verhandelt wird, daß mit dem Ministerium in Wien das Einvernehmen hergestellt ist und daß dieses Projekt bereits der Verwirklichung nahesteht. Darüber sind die Bewohner des Alfenzertales ungehalten und verlangen, daß ihre Sache auch wieder energisch betrieben werde. Wenn dann wieder der Bahnbau Au-Seewiesen—Mariazell der öffentlichen Erörterung zugeführt wird, so wird sofort die Bevölkerung des Mürztales, von Mürzzuschlag erregt, dann kommen wieder die Einwohner aus dem Gebiete der Hohen Weitsch, daß ihr Projekt der Erörterung unterzogen und der Verwirklichung zugeführt werden soll. Ich, als Vertreter des Bezirkes Bruck, habe die Aufgabe, mich besonders für das Projekt

Au-Seewiesen—Gußwerk—Mariazell einzusetzen. Wir mußten mit Bedauern konstatieren, daß, wenn irgend eine Deputation bei den maßgebenden Stellen erscheint, dann immer automatisch die gleiche Antwort erteilt wird. Wenn die Deputation des Komitees zur Erbauung der Bahn Au-Seewiesen—Mariazell beim zuständigen Referenten oder dem Herrn Landeshauptmann oder anderen Stellen erscheint, dann wird automatisch erklärt „Ich bitte, ich bin mit diesem Projekte einverstanden, das ist im Interesse des Landes Steiermark gelegen.“ Kommt dann eine Deputation des anderen Komitees, dann wird auch wieder die gleiche Antwort erteilt, kommt dann wieder eine Deputation eines anderen Komitees, so erhält sie die gleiche Antwort. Es ist begreiflich, daß sich der Landeshauptmann oder der Fachreferent nicht im Widerspruch mit den Vertretern großer Bevölkerungsschichten setzen will, aber es geht auf die Dauer nicht an, daß man so viele Kräfte zwecklos vergeuden läßt. Es kostet die Ausarbeitung des Projektes Mürzzuschlag—Kernhof einige 100.000 K — oder 10.000 S — die Kosten der Ausarbeitung des Projektes Au-Seewiesen—Mariazell kommen auch wieder auf einige 10.000 S zu stehen, die auch wieder von der Bevölkerung aufgebracht werden müssen. Es geht nicht an, daß diese Sache in so leichtfertiger Weise behandelt wird. Man kann nicht immer Fachgutachten verlangen, wir wissen, wie es sich mit den Fachgutachten, die erstattet werden, verhält, es vergeht eine Woche, ein Monat, ein Jahr, und dann werden wir wieder vor der gleichen Situation stehen, es wird wieder auf drei Geleisen gefahren, man wird auf der 1. Stelle Tausende von Schilling hinauswerfen und auf der 2. und 3. ebenfalls. Wir haben für die Bahn Au-Seewiesen—Mariazell bereits ein fertiges Projekt, dieses ist frassiert, die Trasse ist ausgearbeitet und man könnte jeden Tag mit den Arbeiten beginnen. Es sind sogar schon Finanzkreise da, die bereit sind, das notwendige Geld herzugeben, wenn vom Bunde oder einer anderen Stelle die Garantie übernommen wird. Ohne Unterstützung des Landes und Bundes wird keine Finanzgruppe einen so großen Betrag ausgeben. Die Bahn Au-Seewiesen—Mariazell hat auch den einen Vorteil, daß sie nicht so viel kosten würde, als der Bahnbau Mürzzuschlag—Kernhof. Dieser würde 45 Millionen Schilling, das sind 450 Milliarden Kronen, kosten, während der Bahnbau Au-Seewiesen—Mariazell nicht einmal 25 Millionen Schilling kosten würde, also um 250 Milliarden Kronen billiger zu stehen kommt. Wir erschließen mit diesem Bahnbau auch ein wichtiges Gebiet, es ist möglich Hunderte von Festmeter Holz hereinzubekommen und unserer Volkswirtschaft zuzuführen. Wir haben in diesem Gebiete Tausende Festmeter Holz liegen, die gegenwärtig nicht verbraucht werden können, die buchstäblich verfaulen müssen. Ja, in dem Gebiete Gollrad wäre es möglich, Erz zu fördern. Natürlich, wenn man Erz nur fördert und nicht weifer transportieren kann, dann rentiert sich das nicht. Es sind dort schon entsprechende Vorkehrungen getroffen, daß man auch wieder etwas zur Belebung der Volkswirtschaft tun könnte, wenn die Bahn errichtet würde. Ich will nicht davon reden, daß die Bahn zur Förderung

des Fremdenverkehrs viel beitragen könnte; wir haben sehr schöne Täler in Wegscheid und Alsbach, die aber nicht sehr besucht werden, weil es sehr schwierig ist, hinzukommen, auch sind dort eisenhaltige Wasser, wodurch sehr viele Fremde nach Steiermark gezogen werden könnten. Wir wissen, daß auch eine Konzession vor dem Kriege für diese Bahn erwirkt wurde und aus diesem Grunde glauben wir, daß es wirklich gut wäre, wenn sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung sich für diesen Bahnbau entschließen würde. Das sage ich als Vertreter des Bezirkes Bruck, die sozialdemokratische Partei könnte sich natürlich auch noch nicht zur Gänze für eines der drei Projekte entschließen, weil wir auch hier erst ein Fachgutachten hören müssen. Wir haben auch unsere Wähler im Bezirk Mürzzuschlag und in den anderen Bezirken und werden uns selbstverständlich erst dann für ein Projekt entschließen können, wenn man alle Vor- und Nachteile in objektiver Weise prüfen kann. Wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre, wäre der Bahnbau Au-Seewiesen—Mariazell schon längst vollendet worden, weil alle Vorarbeiten schon so weit gediehen waren und weil die Sache so ist, glaube ich, wird man sich für diesen Bahnbau entsprechend einsetzen. Das wollte ich zu dieser Angelegenheit sagen. Ich kann mich mit der Antwort des Herrn Landeshauptmannes absolut nicht zufrieden geben, daß er nur so ausweichend antwortet und sagt, wir werden ein Fachgutachten einholen. Wir sind einverstanden, daß ein solches eingeholt wird. Es soll aber mit entsprechender Schnelligkeit geschehen. Man muß diesen Fachleuten den Auftrag erteilen, daß sie in aller kürzester Zeit ein solches Gutachten abgeben, daß man eine solche Entscheidung fällen kann, die die gesamte Bevölkerung zur Ruhe kommen läßt. Wenn man wissen wird, daß sich alles für ein Projekt festgelegt hat, dann wird man sich keine Hoffnungen machen und nicht Tausende von Schilling hinauswerfen. Wir wissen, daß die Gastwirtetagung vorige Woche in Bruck stattgefunden hat, wo Vertreter aus allen Gebieten Steiermarks erschienen sind. Dort hat man sich einstimmig für den Bahnbau Au-Seewiesen—Gufwerk—Mariazell ausgesprochen. Das sind Dinge, die uns nicht zur Ruhe kommen lassen. Aus diesem Grunde würden wir Wert darauf legen, daß diese Angelegenheit in kürzester Zeit eine Erledigung finde, und die Bevölkerung auch in dieser Angelegenheit zur Ruhe kommen kann.

Satz: Hoher Landtag! Die Bahnverbindung nach Mariazell stellt ein lange gehegtes Verlangen nicht nur der Mariazeller, sondern auch sonstiger Kreise Steiermarks dar. Mariazell gehört zu den wichtigsten Fremdenverkehrsorten des ganzen Bundesgebietes. Es zählt weit über 40.000, zuzeiten auch 50.000 Fremde, die sich wochenlang dort aufhalten. Es läßt sich erklären, daß ein großer Verbrauch dort herrscht. An der Bahn sind nicht nur die Mariazeller, sondern, ich möchte sagen, der Grazer Markt am allermeisten interessiert. Die erste Verbindung mit Mariazell ist hergestellt worden unter Bürgermeister L u e g e r, der die elektrische Bahnverbindung von St. Pölten nach Mariazell errichtete. Dadurch wurde der ganze Ge-

richtsbezirk praktisch an das niederösterreichische Wirtschaftsgebiet angeschlossen. Wie sich das ausgewirkt hat, geht aus der Tatsache hervor, daß alle steirischen Wirtschaftskreise unwidersprochen die Behauptung aufstellen, daß sie nach Mariazell überhaupt nichts liefern können. Die Mariazeller wieder sagen, daß sie während der Kriegszeit überhaupt verhungert wären, wenn sie die Bahnverbindung von St. Pölten nicht gehabt hätten. Zu dieser Annahme sind sie dadurch gelangt, daß hundert Jahre vorher zur Zeit des Napoleonischen Krieges in diesem Gebiete die größte Hungersnot geherrscht hat, weil eine Zufuhr von Lebensmitteln nicht stattfinden konnte. Das stimmt für den Bezirk Mariazell, der von Haus aus nicht in der Lage ist, die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände im eigenen Gebiete zu erzeugen. Es wäre daher um so notwendiger, daß die übrige Steiermark dieses alten Versäumnisses sich erinnere und nachtrage, was sie schon lang vor dem Kriege herstellen hätte sollen.

Wir müssen sagen, jedes dieser Projekte, sei es über Kernhof oder Mürzzuschlag oder Au-Seewiesen, hat seine besonderen Vorteile. Jedes wäre wünschenswert. Man braucht nur einen Blick in die Schweiz zu tun, dann sieht man, daß durch jede Gegend und jedes Tal ein Schienenstrang führt, weil sie dort längst zur Überzeugung gekommen sind, daß Verbindungswege, Straßen oder Eisenbahnen belebend wirken auf die ganze Volkswirtschaft und neue Verdienstmöglichkeiten ins Land bringen. Wir müssen daher sagen, sowohl das Veitscher Projekt als auch das Projekt Mariazell—Au-Seewiesen als auch das Projekt über Kernhof Niederösterreich haben etwas für sich. Man kann nicht leugnen, daß zum Beispiel die Umgehung des Semmerings eine bedeutende Abkürzung der Wegstrecke bedeuten würde. Ich muß aber gestehen, daß die Bahnverbindung Graz, Kapfenberg, Au-Seewiesen, Gufwerk, Mariazell für den Grazer Markt wahrscheinlich die allerbeste Verbindung darstellt, die kürzeste Strecke; weniger Kilometer und daher die billigere Fracht. Die Strecke ist rund 60 km kürzer als die Strecke über St. Pölten. Da läßt es sich leicht ausrechnen, daß jeder Geschäftsmann in Mariazell lieber in Graz als in St. Pölten einkaufen wird. Von den vielen Artikeln, die in Mariazell gebraucht werden, will ich nur aufzählen, Fleisch, Fett, Eier, Obst, Gemüse, Wein. Mich wundert es, daß die großen steirischen Brauereien sich nicht schon längst mit allen Mitteln dafür eingesetzt haben, einen solchen Schienenweg herzustellen, weil sie weit konkurrenzfähiger wären gegenüber den niederösterreichischen Brauereien, aber es scheint in Steiermark schon so zu sein, daß die Überlegung sehr lange braucht und zum Entschlusse dauert es gewöhnlich noch länger.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß in diesem Gebiete ungeheure Mengen von Holz vorrätig sind und wertvolle Erze vorkommen. Es wurde vom Herrn Landeshauptmann erwähnt, daß dieses Gebiet zu den entzückendsten Gebieten unseres Heimatlandes gehört, daß ungeheure Mengen Holz lagern, die man ohne Bahnverbindung überhaupt nicht zu Markt bringen kann. Freilich werden unsere Eisenbahner und Tech-

niker sagen, die Bahnen sind nicht rentabel in den Zeiten des Automobilverkehrs. Vielleicht denkt mancher an den Flugzeugverkehr. Aber gewisse Verfrachtungen lassen sich nur durch eine Eisenbahn bewältigen. Es wäre für unsere Bahnen weitaus günstiger, auch für die Bundesbahnen, wenn sie vernünftige Frachttarife erstellen würden, dann würde ihnen von den Automobilen nicht so große Konkurrenz gemacht werden.

Ich muß namens meiner Partei sagen, daß wir uns für alle Bahnprojekte nach Mariazell auf das wärmste einsetzen werden und es den Technikern entscheiden lassen werden, welche Bahn als günstig und derzeit durchführbar bezeichnet wird. (Beifall bei der Einheitspartei.)

Oberzaucher: Hohes Haus! Die Herren Vorredner haben die Projekte der Verbindung des Mürztales mit Mariazell von verschiedenen Gesichtspunkten, hauptsächlich von Gesichtspunkten volkswirtschaftlicher Natur, beleuchtet. Ich möchte nun dazu auch noch sagen, daß diese Projekte, die sicherlich jedes einzelne für sich volkswirtschaftlich sehr wichtig sind, schließlich auch vom Standpunkte der Technik aus betrachtet werden müssen, aber auch vom Standpunkte der internationalen Eisenbahnverbindungen. Es hat sich der Verkehrsausschuß der Landesregierung mit dieser Frage schon einmal oder zweimal beschäftigt. Wir haben hiebei schon die ungeheuren Schwierigkeiten bemerken müssen, die der Verwirklichung aller drei Projekte gegenüberstehen. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß diese Projekte nicht nur von dem Gesichtspunkte aus betrachtet werden dürfen, wie schaffen wir eine Verbindung mit Mariazell, wie schließen wir das Gebiet von Mariazell an die übrigen Gebiete unserer Steiermark an, sondern wir müssen diese Projekte auch von dem Gesichtspunkte aus betrachten, wie verbinden wir Steiermark kürzer mit der Donau. Es ist trotz aller Hinweise, die wir heute gehört haben, wonach das Mariazeller Gebiet, wenn es aufgeschlossen wird, eine reiche Möglichkeit von Personen- und Frachtransport bieten wird, nicht zu leugnen, daß der ganze Transport aller dieser Frachten schließlich die eventuell neu zu errichtende Bahn nicht rentabel gestalten wird. Es ist sicher notwendig, daß an eine weitere Verbindung über Mariazell hinaus gedacht werden muß, um jene Verbindung mit der Donau herzustellen, die über den Semmering jedenfalls nicht als die kürzeste bezeichnet werden kann. Diese Verbindung zur Donau führt über Kernhof, St. Pölten zum Donauhafen Krems, der, wenn er ausgebaut wird, jedenfalls ganz ungeheure Möglichkeiten der Steigerung des Transitverkehrs geben könnte.

Wenn wir die drei Projekte, von welchen heute hier gesprochen wurde, untersuchen, so ergibt sich folgendes: Das erste Projekt, das die bereits bestehende Schmalspurbahn Kapfenberg—Au-Seewiesen benützen sollte, muß als ziemlich ungünstig bezeichnet werden vom technischen Standpunkte, weil diese Schmalspurbahn von Kapfenberg bis Au-Seewiesen unbedingt in eine Vollbahn umgebaut werden müßte, wenn diese neugeschaffene Strecke als Transitbahn in

Betracht kommen soll. Diese Route würde es notwendig machen, daß der Hochgreith durch einen Tunnel durchstoßen, die Verbindung mit Gußwerk—Mariazell hergestellt und dann von Mariazell eine Vollbahn nach Kernhof gebaut wird, die dann den Anschluß mit St. Pölten und Krems ermöglicht. Die Strecke von Au-Seewiesen durch den Hochgreith nach Gußwerk allein beträgt 34 Kilometer. Die gesamte Strecke und das Gebiet, das durch die neue Bahn erschlossen würde, ist jedenfalls für die Volkswirtschaft von allergrößter Bedeutung; die Gründe, welche für dieses Projekt sprechen und gegen ein anderes, lassen sich jedenfalls nicht in einer kurzen Rede dardum, sondern das müßte wohl in einem eigenen Komitee von Fachleuten, auf das ich zum Schlusse noch zu sprechen kommen werde, in jeder Beziehung gründlich überlegt werden.

Die zweite Strecke, das ist der Ausbau der Bahn von Mitterdorf über Veitsch nach Gußwerk, dann ebenfalls Mariazell—Kernhof, würde verhältnismäßig die geringste Schwierigkeit bieten. Da wäre eine neue Vollbahn von Mitterdorf über Veitsch nach Gußwerk zu bauen, wobei wieder die Hohe Veitsch, der Gebirgszug der Hohen Veitsch, im Sattel durchstoßen werden müßte, jedenfalls ein ziemlich kostspieliger Tunnelbau. Diese Verbindung ist jedenfalls kürzer und billiger als der Ausbau der schmalspurigen Bahn bis Au-Seewiesen und die Weiterführung bis Gußwerk.

Die dritte Route, das ist die Route von Mürzzuschlag über Neuberg nach Kernhof, mit einer Flügelbahn durch das Halltal nach Mariazell zurück und weiter nach St. Pölten—Krems, wäre volkswirtschaftlich und in Bezug auf die Kürze der Strecke und auf das zu durchfahrende Gebiet jedenfalls die empfehlenswerteste Strecke. Ich sage aber ausdrücklich, das ist nur meine persönliche Meinung. Es müßte das wirklich gründlich überdacht werden, weil eine Menge von Gründen für und gegen dieses Projekt im Verhältnis zu den anderen Projekten sprechen. Eines muß dabei allerdings gesagt werden: Nach den bisherigen Generalprojekten, die erstellt wurden, wird diese dritte Route sicherlich die teuerste und technisch schwierigste werden, weil bei der Trassierung dieser Linie festgestellt wurde, daß man nicht weniger als 12 Tunnel und 11 Viadukte bis Kernhof bauen muß. Der größte Tunnel in einer beiläufigen Länge von über 4 Kilometer und der höchste Viadukt in einer Höhe von zirka 40 Meter, also eine Reihe von Kunstbauten, die die Bauherstellung sicherlich doppelt so teuer machen, wie die Bahn, die von Mitterdorf über Veitsch mit Durchstoßung des Veitscher Gebirgszuges nach Gußwerk geführt werden müßte. Wir sehen also, daß der Preis der Bahn nach dem einen Generalprojekt auf rund 120 Millionen Schilling geschätzt wird, während für die Bahn Mitterdorf über Veitsch nur zirka 60 Millionen Schilling veranschlagt wurden. Selbstverständlich wird die Bahn von Kernhof weg noch weiter ausgebaut werden müssen, besonders die Strecke von St. Pölten zum Donauhafen Krems bedarf der Verbesserung, so daß mit einer weiteren, ganz bedeutenden Summe gerechnet werden muß.

Wenn man sich die Frage vorlegt, wie ist es möglich, den Bau dieser Bahn, der sicherlich im eminenten Interesse des Landes liegt, durchzuführen, so müssen wir sagen, daß es nur dann zu einer Verwirklichung dieser Pläne kommen kann, wenn auch die Bundesregierung für dieses Projekt interessiert wird, weil nur dann, wenn für diesen Bahnbau eine Bundesgarantie beigebracht wird, es möglich sein wird, dieses Projekt durchzuführen. Die Schaffung einer direkten Verbindung von Krems über St. Pölten—Kernhof—Mariazell zur Südbahnstrecke wäre von sehr großem wirtschaftlichen Interesse auch für den Bund; wenn energische Schritte unternommen werden, ist meiner Meinung nach eine bestimmte Aussicht gegeben, daß dieses Projekt der Verwirklichung zugeführt wird. Auch das Landesinteresse, es wurde dies schon von mehreren Rednern hier kurz skizziert, ist ein sehr bedeutendes. Wie immer man sich zu den einzelnen Projekten stellt, immer wieder drängt sich der Gedanke auf, daß unser Mutterland, die Steiermark, noch reiche Gebiete hat, die erschlossen werden müßten, Gebiete, die reich sind an Erzvorkommen, an Holz usw. Teilweise werden auch bewohnte Gebiete mit den übrigen Städten und Bahnlinien in Verbindung gebracht. Besonders das Gebiet von Mariazell, das vorläufig von Steiermark verkehrstechnisch gänzlich abgeschlossen ist und nur durch Autolinien verbunden ist, würde eine Förderung erfahren, die ja, soweit es den Fremdenverkehr zum Wallfahrtsorte anbelangt, bereits von Kollegen O a z kurz geschildert wurde.

Ich glaube, daß wir bei der Überlegung, welche Schritte unternommen werden sollen, um dieses Projekt der Verwirklichung zuzuführen, vor allem daran denken müssen, mit dem Bund Fühlung zu suchen, aber auch mit dem Nachbarlande Niederösterreich in Verhandlungen zu treten, weil nur dann die Verwirklichung der Projekte in die Nähe gerückt erscheint, wenn das Land Niederösterreich für diesen Bau einer direkten Verbindung mit Steiermark interessiert wird. Die Landesregierung von Niederösterreich hat sich, soweit ich informiert bin, schon mehrmals an uns, auch an den Bund gewendet, um eine Anschlußbahn von Kernhof nach Mariazell zu erlangen. Und ich bin überzeugt, daß die Schritte, die wir von der steiermärkischen Landesregierung aus unternehmen, um eine Verbindung mit Niederösterreich, mit der niederösterreichischen Landesregierung zu erlangen, dort sicher sehr begrüßt werden. Bisher wurde über diese Projekte immer nur gesprochen, es wurde von allen Personen, von allen Körperschaften, die sich mit diesen Bahnprojekten befassen, besonders die Wichtigkeit und Notwendigkeit zugegeben. Es wurde immer wieder erklärt, ja, das muß man machen, aber schließlich und endlich ist es beim Wünschen und bei der Feststellung der Notwendigkeit geblieben. Man ist nicht weiter gegangen, man hat nicht jene Schritte unternommen, die eben gemacht werden müssen, um diese Sache endlich in Fluß zu bringen. Und das ist die wirkliche Verbindung mit dem Bundeslande Niederösterreich zur gemeinsamen Aktion beim Bunde, wegen Stellung einer Bundesgarantie. Dazu ist notwendig, daß ein Komitee gebildet wird, ein Sachverständigenkomitee, bestehend

aus Sachverständigen aus dem Lande Niederösterreich und aus unserem Lande. Ein Komitee, das von wirklichen Eisenbahnsachverständigen besetzt wird, aber auch von Sachverständigen der Volkswirtschaft und von Politikern, die von allen Gesichtspunkten aus die Wichtigkeit dieser Projekte erörtern und beraten und die ein Gutachten abgeben, an Hand dessen man weiter bei der Bundesregierung vorstellig werden und so lange arbeiten und lästig fallen muß, bis endlich die Bundesregierung die bisher vernachlässigte Steiermark ebenfalls mit ihrer Hilfe auf dem Gebiete des Bahnbaues bedenkt.

Die Schwierigkeiten, die auf dem Gebiete der Technik zu überwinden sind, ich habe sie Ihnen schon kurz geschildert, werden diesem Komitee natürlich eine sehr große und schwere Aufgabe stellen. Aber ich bin überzeugt, nachdem bereits eine Reihe von Generalprojekten besteht, eine ganze Reihe von Körperschaften die Probetrassierungen vorgenommen hat, wird es sicherlich in nicht allzu langer Zeit möglich sein, das technische Gutachten, das beweisen soll, welches Projekt technisch am leichtesten durchzuführen ist, vorzulegen.

Die Frage ist auch vom tarifarischen Gesichtspunkte aus zu betrachten. Denn es ist festgestellt worden auf Grund von Vorerhebungen und durch bisherige Vermessungen, daß die Strecke Donaueben Krems—St. Pölten—Südbahnlinie um eine beträchtliche Anzahl von Kilometern, rund 100 km, näher ist, als die Strecke über Wien. Ich bitte zu bedenken, was das bei der Beurteilung der Frachtsätze ausmacht, welchen Aufschwung der Transitverkehr nehmen wird, wenn es gelingt, diese Durchzugsbahn als Vollbahn zu schaffen. Also auch von diesem Gesichtspunkte aus wird dieses Komitee die Sache beleuchten und studieren müssen.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus wird das Komitee genau überprüfen müssen, welche Gebiete für uns, hinsichtlich des Aufschlusses wichtiger sind, ob die Bahnlinie über Mürzschlag—Neuberg oder Mitterdorf—Veitsch oder durch den Hochgreil über Au-See-wiesen durch die für die Volkswirtschaft Steiermarks wichtigsten Gebiete führt. Es ist also gründlich zu überlegen, was von größerem Vorteile für Niederösterreich und Steiermark ist. Welche Gebiete immer durchfahren werden, es liegt der Bahnbau stets im Interesse der Hebung der ganzen Volkswirtschaft.

Auch staatspolitische Gründe werden maßgebend sein. Auch damit werden sich die Politiker beschäftigen müssen, um zu erheben, welches Projekt von diesem Gesichtspunkte aus das wichtigere für Steiermark und für den Bund ist.

Ich glaube mit diesen Ausführungen dargefan zu haben, daß es unbedingt notwendig ist, die Konstituierung eines Sachverständigenkomitees aus Vertretern der beiden genannten Bundesländer anzustreben. Es genügt nicht, nur zu versprechen, „man wird die Forderung im Auge behalten,“ sondern es wird auch praktisch sein, die niederösterreichische Landesregierung einzuladen, in dieses Komitee Personen zu entsenden. Das Komitee wäre durch die Landesregierung zu beauftragen, ein wirklich haltbares Gutachten abzugeben,

damit die Bundesregierung ernstlich zu dieser Frage Stellung nehmen kann. Nur dann wird es gelingen, dieses wirklich wichtige Projekt in verhältnismäßig kurzer Zeit der Verwirklichung näherzubringen.

Riegler: Hohes Haus! Im Februar 1914 hat der steiermärkische Landtag einhellig beschlossen, den Ausbau der Schmalspurbahn von Au-Seewiesen, beziehungsweise Turnau nach Gufzwerk ins Werk zu setzen. Ich war dabei und ich habe mich unbedingt dafür ausgesprochen.

Nun ist etwas dazugekommen, was heute schon erwähnt wurde, daß dieses Programm nicht ausgeführt werden konnte. Ich für meine Person erkläre nach wie vor, daß mir als Steierer diese Linie als die wichtigste erscheint. Die Bahn, die nach Mariazell gebaut werden wird, wird in erster Linie eine Touristenbahn, eine Personenverkehrseinrichtung sein und das sagt uns heute schon die Statistik, wo wir wissen, daß Mariazell hinsichtlich des Fremdenverkehrs in Österreich heute an dritter Stelle rangiert. Deswegen sage ich nach wie vor, daß es sich hier handelt, dafür einzutreten in erster Linie, daß wir einen Anschluß bekommen nach Mariazell, einen Anschluß, der ins Land hereinführt, ins Land und nicht hinaus.

Die sozialdemokratische Partei hat in diesem Belange heute eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. Diese Anfrage hat der Herr Landeshauptmann beantwortet und unter anderem ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Landesregierung sich mit der Sache schon intensiv beschäftigt hat, um zur Klärstellung der ganzen Angelegenheit ein Komitee zu bestellen, welches uns in erster Linie die zweckmäßigste Richtung vielleicht irgendwie aufdecken kann. Mich wundert nur eines, daß die anfragestellende Fraktion in ihren Anschauungen scheinbar nicht übereinstimmt. Wir haben gehört, genau so wie ich sage, wir sollen uns dafür einsetzen, daß wir eine Verbindung bekommen, die wirklich ins Land führt und wenn wir davon reden und sprechen, Turnau, Gufzwerk, so hätte die Sache eine Begründung und das ist, daß wir nicht an eine Schmalspur anschließen. Das wäre sicher ein Durchzugsverkehr für Touristen, der kaum etwas zu wünschen übrig lassen würde. Und wenn wir den Frachtverkehr bei dieser Strecke in Betracht ziehen? Es muß uns auf einer anderen Schmalspurbahn, zum Beispiel auf der Murtalbahn, möglich sein, mit Erfolg Produkte zu befördern und auch an Ort und Stelle zu bringen. Auf der Murtalbahn unterliegt es keiner Schwierigkeit, 100.000 Festmeter Holz im Jahre nach Unzmarkt zu befördern. Daher wird das auch in der Richtung nach Mariazell möglich sein.

Ich möchte noch eine Redewendung des Herrn Kollegen **G a f** dahin richtigstellen, daß wir, die christlichsoziale Partei, unter allen Umständen bei Beurteilung der Eisenbahn nach Mariazell dafür eintreten werden, zu frachten, den Verkehr ins Land zu bekommen.

Wallisch: Hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters **Riegler** zwingen mich, neuerdings das Wort zu ergreifen. Ich begreife zwar, daß den Herren von der christlichsozialen

Partei eine Auseinandersetzung über eine so wichtige Angelegenheit nicht angenehm ist. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter **Riegler** hat meine Ausführungen nicht angehört, untersteht sich aber, jetzt die Behauptung aufzustellen, daß die sozialdemokratische Partei scheinbar in dieser Frage keine einheitliche Meinung zum Ausdruck bringe. In seinem Schlußworte sagt aber der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter selbst, die christlichsoziale Partei wird sich schon für eine Lösung einsetzen. Wo da die Konsequenz ist, weiß ich nicht. Uns hat gerade die Antwort des Herrn Landeshauptmannes veranlaßt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, weil auch der Herr Landeshauptmann sich noch für keine einzige Bahnlinie zu erklären entschlossen hat. Er hat nur eine nichtsagende Erklärung abgegeben. Er hat erklärt, wir sind der Meinung, daß auf diesem Gebiete irgend etwas geschehen soll, daß untersucht werde und festgestellt werde. Meine Herren, schon im Jahre 1914 hat der steiermärkische Landtag den Beschluß gefaßt, und zwar einstimmig, die Bahn Au-Seewiesen—Mariazell auszubauen. Warum brauchen wir noch ein Fachgutachten? Warum haben wir bis zum Jahre 1927 gewartet und warum sollen wir noch bis zum Jahre 1930 warten, bis die Fachleute sich einigen werden. Wenn also in der Landesregierung noch keine Klarheit besteht, obwohl der einstimmige Landtagsbeschluß besteht, dann, meine Damen und Herren, ist es sehr eigenartig, daß man der sozialdemokratischen Partei einen Vorwurf macht. Das zeigt, mit welchem Ernst dieser Sache entgegengetreten wird. Wir sind keine Eisenbahnbauer, wir sind keine Sachverständigen auf diesem Gebiete, aber wir sind Vertreter des Bezirkes Mürz-zuschlag und des Bezirkes Bruck. Mürzzuschlag schwört, daß der Bahnbau über Mürzzuschlag der wichtigste ist. Andere sind eingestellt auf die Bahn über Au-Seewiesen. Ich habe ja hier einige Gründe angeführt, die für Au-Seewiesen sprechen. Mein Kollege **F o h r i n g e r** hat Gründe angeführt, die für die andere Bahn sprechen. Meine sehr verehrten Herren, nun müßte ein hohes Forum entstehen und es wundert mich, daß der Herr Eisenbahnreferent, der eigentlich in dieser Angelegenheit der zuständige Mann ist, der Herr Landesrat **W i n k l e r**, der die verschiedenen Projekte schon studierte (Ing. **W i n k l e r**: „Die Anfrage ist an den Landeshauptmann gerichtet!“), bisher seine Weisheit im Verborgenen gehalten hat. Das ist, meine Herren, das wichtigste. Wir wollen endlich einmal in dieser Frage zur Ruhe kommen, und dazu werden wir nur dann kommen, wenn sich alle öffentlichen Körperschaften auf ein Projekt festgelegt und geeinigt haben und das kann selbstverständlich nicht vom lokalen Standpunkte aus und nicht vom politischen Standpunkte aus, sondern nur vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus beurteilt werden. Es muß untersucht werden, was kommt am billigsten, was wird den Verkehr am besten fördern können und wo erschließen wir das für die Volkswirtschaft wichtigste Gebiet. Das sind die Gesichtspunkte, bezüglich der die Landesregierung sich wird entscheiden müssen. Der Herr Landesrat **O b e r z a u c h e r** hat Ihnen ja hier deutlich vor Augen geführt und hat aufgezeigt, wie teuer das eine Projekt

zu stehen kommt, er hat aufgezeigt, das auf der anderen Seite die Möglichkeit besteht, mit der Tschechoslowakei viel kürzere Verbindungen zu schaffen. Allerdings gegen diese Lösung bin ich, weil ich glaube, das es nicht möglich sein wird, einen Donauhafen zu schaffen, weil dann auch in Krems ein Donauhafen geschaffen werden müßte; da gibt es sehr viel für und wider.

Das wollte ich so ganz kurz auf die Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Riegler sagen. Ich wollte feststellen haben, das er sich heute in den ganz kurzen Ausführungen in Widersprüche verwickelt hat; zuerst sagt er, er ist unbedingt für den Bahnbau Nu-Seewiesen, dann wirft er uns vor, das wir Sozialdemokraten keine einheitliche Stellung beziehen und zum Schlusse sagt er, die Christlichsozialen werden sich für jenes Projekt einsetzen, welches das beste ist. Welches es ist, das werden wir erst erfahren, wenn ein Sachverständigengutachten vorliegt. Ich bin der Meinung, das in dieser Sache nicht mehr allzuviel geredet werden soll. (Ing. Winkler: „Sehr richtig! Damit endlich einmal diese Komödie hier aufhört, über ein so ernstes Projekt so zu reden!“ — Dr. Serneß: „Das ist die Komödie aus dem Ausschusse, die hier fortgesetzt wurde. Reden Sie sachlich, Sie haben unsachlich gesprochen!“ — Machold: „Reden Sie nichts, weisen Sie einem Redner nach, das er unsachlich gesprochen hat!“ — Zwischenruf: „Das die sozialdemokratische Partei solche Mittel benutzen muß!“ — Regner: „Sie haben im Ausschusse nichts zu suchen!“ — Dr. Serneß: „Ich habe in der Ausschusssitzung zugehört.“ — Regner: „Bleiben Sie draußen, Sie haben in der Ausschusssitzung nichts zu tun!“ — Dr. Serneß: „Ich werde Ihnen die Geschäftsordnung vor die Nase reiben!“ — Zwischenruf: „Scheußliche Komödie!“ — Wolf: „Der Mann ohne Wähler!“ — Zwischenruf: „Mit der großen Pappen!“ — Dr. Serneß: „Und Sie setzen sich für einen Mann ein, der sich die Wähler suchen kann!“ — Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, keine Zwiegespräche zu führen.

(Wolf: „Sie haben hier gar nichts zu suchen! Das ist eine Frechheit, ohne Wähler hier so zu randalieren!“ — Dr. Serneß: „Ich bin genau so Abgeordneter hier, wie Sie es sind!“ — Wolf: „Ihre Wähler sind fortgelaufen!“ — Regner: „Zuerst die letzten Stoten und dann die letzten Udeoten!“)

Wallisch (fortsetzend): Es wundert mich sehr, das der Herr Landesrat Winkler, der der zuständige Referent in dieser Angelegenheit ist, zu dieser Sache kein einziges Wort gesagt hat. Weil wir uns wirklich ernstlich mit der Sache befassen . . . (Ing. Winkler: „Aber heute ist es nicht ernst!“) Für uns ist es keine Komödie . . . (Ing. Winkler: „Aber heute nicht!“) Die sozialdemokratische Partei wird die Sachlichkeit von keiner Partei ausborgen müssen, das können die Herren zur Kenntnis nehmen. Wir haben die Sache heute zur Sprache gebracht, weil auch Ihnen bekannt sein dürfte, das vorige Woche bei der Bundesregierung Deputationen vorgeschrieben haben, das für Sonntag eine Konferenz einberufen werde, die sich mit dieser Frage von Niederösterreich und Steiermark be-

schäftigen soll. Man ist an uns herangetreten, auch für das Gebiet Nu-Seewiesen eine Konferenz einzuberufen. Ich sage, wir sind so gewissenhaft, das wir nicht sagen, wir werden die Menschen zusammen berufen, das kostet Geld. Wenn man sagen wird, ich bitte, ich bin für diese Linie und die gleiche Konferenz findet in Mürzzuschlag statt und dort wird jemand auftreten und sagen, ich bin für diese Linie und für diese Linie. Sehen Sie, das ist eine Komödie und dagegen wenden wir uns und deshalb verlangen wir, das die Sache mit vollem Nachdruck betrieben werden soll. Ich bitte, in Zukunft etwas vorsichtiger zu sein. Es wäre klüger gewesen, wenn Landesrat Winkler sich auch an dieser Diskussion beteiligt und mitgeteilt hätte, wie er als Fachreferent zur Sache steht. Vom sachlichen Standpunkte aus . . . (Wolf: „Hat Dr. Serneß schon geredet?“) Es ist vielleicht richtig, das Abg. Dr. Serneß jetzt Anschluss sucht. (Wolf: „Die „Tagespost“ wartet auf Ihren diesbezüglichen Leitartikel.“ — Dr. Serneß: „Der „Arbeiterwille“ hätte keine Freude mit mir!“ — Wolf: „Sie haben die „Tagespost“ schon einmal hineingelegt!“ — Doktor Serneß: „Was regen die Herren sich so auf?“ — Wolf: „Sie wachsen sich schon zur komischen Figur aus!“) Es wäre sehr interessant gewesen, wenn wir vom zuständigen Fachreferenten gehört hätten, welche Stellung er persönlich bezieht. Ich bin vollständig im klaren darüber, das Landesrat Winkler im Namen der Landesregierung heute nicht hätte erklären können, das die Sache so oder so ist, aber eine persönliche Meinung kann man in dieser Angelegenheit doch beziehen. Die habe ich bezogen, mein Vorredner Fohringer auch und mein Vorredner Riegler auch. Wir hoffen, das durch den Umstand, das wir uns auch mit dieser Frage etwas intensiver beschäftigt haben, es erreicht wird, das wir nicht das Jahr 1945 erleben werden, ohne das die Bahn wirklich ausgebaut wird. Ich bitte alle jene, die berufen sind, in der Angelegenheit etwas zu tun, an die Arbeit zu gehen, das in der Frage bald etwas Wirkames geschieht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ein Antrag liegt mir nicht vor. Hiemit ist dieser Punkt erledigt.

Es wurde mir nachträglich mitgeteilt, das übersehen wurde, die Wahl der Ersatzmänner für den Sonderauschuß zur Untersuchung der Verhältnisse bei der Graz-Köflacher zu wählen. Ich schreite nunmehr zu dieser Wahl.

Es werden vorgeschlagen von Seite der Einheitsliste: Abg. Millwisch, Dötting, Waleji, Doktor Illig, Gafz;

von Seite des Landbundes: Ferner und Gartner;

von Seite der sozialdemokratischen Partei: Gföller, Tausk und Köstler;

als Ersatzleute in diesen Sonderauschuß.

((Der Wahlvorschlag wird angenommen.))

Ich möchte zugleich diesen Sonderauschuß ersuchen, womöglich am Schlusse der heutigen Sitzung die Konstituierung vorzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist der **mündliche Bericht des Gemeinde- und Verfassungs-**

ausschusses über den Antrag der Abg. Dr. Hübler, Hornik und Genossen, E.-Zl. 64; betreffend die Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der Republik.

Berichterstatter ist der Herr Abg. Hornik.

Berichterstatter Hornik: Hohes Haus! Die Ereignisse im Juli dieses Jahres haben den weitesten Schichten der Bevölkerung dargelegt, daß die Republik durch die bestehenden Gesetze nicht genügend geschützt ist in Zeiten, die aus verschiedenen Gründen zu Ereignissen führen, welche den Stand der Republik gefährden können. Mögen diese Gründe nun politischer oder wirtschaftlicher Natur sein, so ist es doch ein Unterschied, ob aus dem einen oder anderen Grunde zu Mitteln gegriffen wird, um ein Ziel zu erreichen, welches nicht im Interesse des Bestandes dieser Republik liegt. Diesmal waren es nicht wirtschaftliche Gründe, welche dazu führten, daß der Verkehrsstreik ausgerufen wurde, welcher zur Lahmlegung der Verkehrsmittel, Post, Telegraph und Telephon geführt hat, sondern es waren politische, ja parteipolitische Gründe, welche diesen Streik in den lebenswichtigsten Betrieben unseres Bundesstaates ausgelöst haben. Man kann darüber denken, wie man will, ob aus wirtschaftlichen Gründen ein Streik in lebenswichtigen Betrieben zulässig sei. Sicher aber ist eines, daß es für den Bestand dieses Staates von größter Bedeutung ist, daß aus politischen Gründen zu derartigen Mitteln, zu einer abermaligen Lahmlegung unserer wichtigsten Verkehrsmittel und der lebenswichtigen Betriebe nicht mehr gegriffen werden darf.

Ich erlaube mir daher, namens des Gemeinde- und Verfassungsausschusses dem hohen Hause folgenden Antrag zu unterbreiten (liest):

„Der Landtag gibt seiner Willensmeinung Ausdruck und fordert die Bundesregierung auf, ein Gesetz zum Schutze der Republik einzubringen, durch welches der politische Streik in den lebenswichtigen Betrieben des Staates unter schwerste Ahndung gestellt wird und der Bundesregierung alle jene Machtbefugnisse erteilt werden, um Anschläge auf die Sicherheit und Ordnung des Staates, in welcher Form sie auch auftreten, erfolgreich abzuwehren.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Regner: Hohes Haus! Der Antrag, der uns vorliegt, stammt aus der Periode nach dem 15. Juli. Es wurde damals am 25. Juli im hohen Hause ein Antrag eingebracht, gefertigt von den Herren der deutschen nationalen Gruppe Dr. Marinik, Vallesi, Doktor Hübler und Hornik. Dieser Antrag beinhaltet zum großen Teile die Wiener Revolte im Zusammenhange mit dem gleichzeitigen Generalstreik und daß der Bestand unserer Republik dadurch gefährdet erscheint. Der Verfassungsausschuß hat sich bereits am 26. Juni mit diesem Antrage beschäftigt und hat jenes als Produkt hervorgebracht, welches uns heute vom Herrn Berichterstatter vorgelesen wurde. Dieser uns vorliegende Antrag hat sich schon wesentlich in seinem Inhalte geändert gegenüber den damaligen ersten Einwirkungen nach dem 15. Juli. Nach dem 15. Juli wurde im allgemeinen von einem Antiterrorgesetz und im allgemeinen von einem Gesetze des Streikverbotes gesprochen, was sich auch im damaligen Antrage nach-

lesen läßt. Der heutige Antrag spricht nur mehr von einem Streik, der zu politischen Zwecken oder aus politischen Anlässen geführt wird, daß eine solche Streikmöglichkeit untersagt sein soll, bemäntelt mit der Idee, daß dies notwendig sei zur Sicherung und zum Bestande der Republik. Wenn man so dem Berichterstatter zugehört hat, wenn man sich die Berichterstattung so vor Augen geführt hat, mußte es einen sonderbar an, wenn man so kurz nach dem 12. November die Herren von dem Schutze der Republik reden hört von der Gruppe, die hier das Referat zu führen gehabt hat, die sich am 12. November sicherlich sehr wenig darum gekümmert hat, daß das der Geburtstag der Republik ist (Rufe: „Sehr richtig!“), die sich wahrscheinlich nicht sehr sonderlich den Kopf darüber zerbrochen hat, daß dieser Geburtstag ein Staatsfeiertag ist, an welchem die Republikaner die Schaffung dieses Staatsgebildes feiern sollen. Es muß einen eigentümlich berühren, daß sich gewisse Leute nur dann der Republik erinnern, wenn sie meinen, diese Republik zum Deckmantel irgendeiner Aktion gegen die Arbeiterchaft ausnützen zu können. Diese Republikaner sind ja nur Republikaner auf Kündigung. In dem Momente, wo sie die Verdeckung ihrer wirklich reaktionären Ideen nicht mehr notwendig haben, wo sie sich dann wieder zu ihrer wirklichen seelischen Empfindung aufschwingen können, in dem Momente legen sie diesen Deckmantel wieder ab. Schauen Sie, der 15. Juli wurde hier in dieser ersten Eingabe als ein Tag der Revolte in Wien bezeichnet und aus dieser Revolte in Wien ist eine antimarxistische Bewegung entstanden, die plötzlich entdeckt hat, daß eigentlich der Streik, der Generalstreik, der durchgeführt wurde, eine Gefährdung der Republik ist, weil an diesem Tage das Wichtigste unterbunden war, was der Staat besitzt, die Verkehrsader, die nach den Ausführungen der damaligen Zeitungen abgeschnitten gewesen ist. Ich möchte nicht, zumindestens heute nicht, bei diesem Tagesordnungspunkte auf die Erschütterungen des 15. Juli eingehen, auf die Ursachen und auf die Auswirkungen. Ich möchte mich beziehen auf die Ausführungen über das Streikverbot und möchte auch die Lächerlichkeiten dieses Streikverbotes hinstellen, indem man auf der einen Seite von der Gewährung des Koalitionsrechtes spricht, welches man den Beamten und Angestellten überläßt, während man ihnen auf der anderen Seite das Streikrecht, das Fundament des Koalitionsrechtes, nehmen will. Ein Koalitionsrecht ohne Streikrecht ist kein Koalitionsrecht, sondern das ist eine Überlassung auf Gnade oder eine Überlassung auf Gefälligkeit, um sich irgendwie eines unliebsamen Dinges zu erwehren. Wenn der Herr Berichterstatter gesprochen hat von wirtschaftlichen Erschütterungen, so möchte ich mir vorbehalten, in späterer Stunde darauf noch zu sprechen zu kommen. Momentan möchte ich mich mit seinen Ausführungen über den politischen Streik unterhalten.

Der Herr Berichterstatter hat so gesprochen, als ob er vom Streik überhaupt erst am 15. Juli etwas gehört hätte oder daß ihm am 15. Juli überhaupt der Streik erst als eine Bewegung erschienen sei, die letzten Endes Erschütterungen oder Abschnürungen

im Verhältnisse zum Verkehr oder im Verhältnis zur Volkswirtschaft hervorgerufen hat. Es ist sehr interessant zu beleuchten, was der Streik als solcher eigentlich ist: Ich möchte nicht vom wirtschaftlichen Streik reden, weil der Berichterstatter den abgelehnt hat, sondern vom politischen Streik. Der politische Streik ist eigentlich sehr alt und nicht erst in der Zeit des 15. Juli entstanden. Er hat auch eine Grundbedingung, und zwar eine Grundbedingung, die absolut nicht allein in der Wirtschaftsbeziehung, sondern auch in den Staatsgebilden liegt. Der Begriff des politischen Streiks ist grundsätzlich in der Theorie einen Druck auszuüben auf gewisse übergeordnete Instanzen, einen Druck auszuüben auf die Verwaltung, sei es im Staate oder sei es im Lande, einen Druck auszuüben auf gesetzgebende Körperschaften, um durch diese Generalarbeitsniederlegung oder Generalverweigerung von Dienstleistungen eine bestimmte Kompensation auf Wünsche und Forderungen erreichen zu können. Es ist ein Abwehr- und ein Angriffsmittel zugleich. Der politische Streik gilt aber auch zu gleicher Zeit als eine Aktion zur Erweiterung des politischen Rechtes auf einer Seite, andererseits zur Schaffung oder Verteidigung bereits erworbener politischer Rechte. Es ist darum nicht richtig, wenn man den politischen Streik grundsätzlich verneint, und zwar deswegen, weil man die politische Aktion in dem Momente hinstellt zur Erwerbung der politischen Macht, welche ausgebaut eine sofortige Mitdiktatur derjenigen bedeutet, die den Streik inszenieren. Das ist eben die falsche Voraussetzung. Es möge sich das hohe Haus doch endlich einmal darüber belehren lassen, daß die Ausübung, beziehungsweise Erringung der politischen Macht nicht immer die Voraussetzung der Ausübung der Diktatur der Partei ist, welche die politische Macht erobert hat, und es wäre falsch, diese Voraussetzung grundsätzlich zu haben, weil auch wir letzten Endes als Minderheit zur Überzeugung kommen müßten, daß alle ihre Handlungsweisen uns gegenüber diktiert sind von dem Gedankengang der Ausübung der Diktatur gegenüber der Minderheit. Es wäre eigentlich die grundsätzliche Voraussetzung, daß, wenn jede Mehrheitsaktion als Ausübung von Diktatur bezeichnet wird und Sie der Auffassung sind, die Ausübung der Diktatur sei schon bei der Eroberung der politischen Macht, die die Sozialdemokraten anstreben, mitinbegriffen, wir mit der Eroberung der politischen Macht gleichzeitig auch die Diktatur des Proletariates ausüben wollen. Die Eroberung der politischen Macht von seiten der Arbeiterschaft bedeutet immer die Voraussetzung der Demokratie. (Dr. Illig: „Zum Lachen!“) Es gefällt mir sehr, Herr Doktor, daß Sie lachen, weil Sie dadurch Ihre Unkenntnis anzeigen, Sie, der Sie sich in dieser Beziehung von mir belehren lassen müssen, weil jeder, der so lacht wie Sie, die Unkenntnis mit Lachen verdeckt. (Dr. Illig: „Da muß man ja lachen, das haben wir ja in Bruck gesehen!“) Schauen Sie, wenn Sie sagen, das haben Sie in Bruck gesehen, dann wäre es recht, aber Sie waren nicht in Bruck (Doktor Illig: „Gott sei Dank!“) Dann reden Sie nicht, sondern reden Sie über das, was Sie wissen und nicht über das, was Sie sich einblafen lassen. Das ist der

Grundgedanke und das ist es auch, was unsere von Ihrer Auffassung so wesentlich unterscheidet, daß wir nur glauben, was wir sehen und nicht glauben, was nach Ihrer Meinung die Wissenschaft nicht mehr erfassen kann. So ist es auch hier. Sie glauben das, was Sie nicht sehen. Das ist eben Ihre falsche Voraussetzung. Aber wie gesagt, die Eroberung der politischen Macht, die Diktatur des Proletariats aufzurichten bedeutet auch für uns Demokratie, weil wir mit 43 Prozent der abgegebenen Stimmen in der Minderheit sind und in Hinkunft mit 51 oder 53 Prozent der abgegebenen Stimmenzahl noch keine solche Mehrheit haben, daß wir rücksichtslos gegenüber ihren 46 oder 47prozentigen Minderheit regieren könnten, so wenig, wie es heute der Mehrheit gelingt, mit ihren 53 Prozent gegenüber der starken Minderheit der Sozialdemokraten dauernd regieren zu können. Es kann im politischen Leben oder auch in politischen Erschütterungen Momente geben, wo eine über ihre Ziele und Wege sich nicht klare Minderheit sich auf einen Weg begibt, indem sie glaubt, wenn sie vorübergehend ihren Mehrheitsstandpunkt in brutaler Aktion zum Ausdruck bringt, diesen Standpunkt auch dauernd rechtfertigen zu können. Es ist aber nichts so launenhaft, als das politische Leben und es ist nichts so nachwirkend, als wie übersehen zu haben Momente, in denen das politische Zusammenleben zwischen zwei starken Parteien unzertrennbar erscheint. Die Meinung ist, daß in Stunden der Verstimmung die Minderheit mit brutaler Aktion der Mehrheit gedrosselt werden soll, ohne dabei zu vergessen, daß diese Stunden, ich möchte beinahe sagen der Verstimmung, eine Ernüchterung zur Folge haben müssen, daß dann die Gemeinsamkeit, wenn sie auch verneint wurde, gesucht wird und diese gesuchte Gemeinsamkeit vielleicht unter bestimmten Voraussetzungen leichter abgelehnt wird, als momentan die Zusammenführung von verschiedenen Auffassungen möglich gewesen ist. Ich möchte das dick unterstrichen wissen, weil ich damit sagen will, daß es ein gefährliches Spiel, ein va-banque-Spiel ist, wenn man glaubt, Politik mit Stimmungen betreiben zu können, welche mehr oder weniger nicht in klugen Erwägungen des Mandates, sondern mit Stimmungen, die aufgebaut sind außer dem Hause, die künstlich erzeugt werden durch Pressestrolche, die dazu angetan sind, Stimmung im Volke zu schaffen und selbst jene Mandatssträger, die vernünftig sind, nicht zur Vernunft kommen lassen. Herr Doktor, Sie nicken zustimmend! Aber das gilt nicht nur für den 15. Juli, sondern das gilt auch für den 17. November. Auch der 17. November wird und soll für Sie eine Ernüchterung bringen, über die Sie genau so erstaunt sein werden, als wie Sie uns das Erstaunen nach dem 15. Juli vordemonstrieren.

Wenn ich nun kurz die Geschichte des politischen Streikes behandeln möchte, um auf den Berichterstatter zurückzukommen, so scheinen Sie gerade die Geschichte in der Beziehung nicht genau studiert zu haben. Ein politischer Streik im größten Ausmaße, das das Altertum gekannt hat, waren die politischen Streiks in der Zeit 400—100 vor Christi Geburt; die größte politische Erschütterung, die damals gewesen ist, das waren die

politischen Streiks in jener Zeit. Das waren Streiks aus dem Tiefstand der sozialen Verhältnisse heraus, ohne Organisation, unorganisierte Streiks. Es waren Gefühlsstreiks, die geführt worden sind, aber von vehementer Kraft und kolossalen Erschütterungen, die die damalige Volkswirtschaft durch Streiks geschaffen haben. Es hat damals keine Sozialdemokraten gegeben, die den Streik organisierten, aber es hat auch damals schon soziales Elend gegeben. Wenn die Geschichte nicht trügt, so liegen die ersten Auswirkungen zu einer Umwandlung der sozialen Gesetzgebung in diesen fast 400 Jahre langen, furchtbaren wirtschaftlichen Erschütterungen bis hinauf zu dem Jahre 1 unserer heutigen Zeitrechnung. Denn es mußte vorausgehen ein sozialer Tiefstand, aus welchem geschöpft werden konnten die sozialen Errungenschaften in den damaligen untersten Schichten der Bevölkerung, um aus demselben eine Lösung zu finden, wie denselben geholfen werden konnte. Darum, wie die glorreiche Geschichte aufzeigt, verjagt die Schwächer, die Geldwechsler, verjagt alle jene falschen Schriftgelehrten und Pharisäer, verjagt sie, die dieses furchtbare Elend verursacht haben. Und wenn man die Geschichte zurückblättert, war es genau so wie zu der Zeit, in der man heute vielleicht manchmal auch zu stehen glaubt, wenn man nach Radkersburg hinunterfährt und die Heimwehr anhört. Verjagt die Geldwechsler; unser Kampf geht gegen das Großkapital, gegen Großbanken. Wir sind nicht jene, die die Arbeiter schädigen wollen, sondern sind diejenigen, die das Kapital in seiner furchtbaren Auswirkung nicht dulden werden. Glaube, wer es glauben kann, nur fehlt die Überzeugung der Wirkung, wie die Geschichte zeigen wird. Es hat aber auch nach der Zeitrechnung nach Christus auch schwere Erschütterungen gegeben. Die großen Sklavenaufstände im römischen Reiche unter Spartakus, ein politischer Aufstand, auch ausgelöst durch das furchtbare Elend, in welchem diese Sklaven gelebt haben, und durch das sorglose Unverständnis, in welchem die Herrscherklasse gelebt hat. Kein Gefühl für diese Menschen, bis sie sich selbst aus Verzweiflung zu einer Aktion aufgerafft haben, unbekümmert um die Wirkung, die sie auslösen mußten, sondern nur Erlösung zu suchen, Befreiung aus dem für sie unerträglichen Zustand. Diese Aufstände, die damals gewesen sind, von dem ersten Begriffe des Sklaven bis zur teilweisen Befreiung der Sklaven, auch die haben furchtbare Erschütterungen nach sich gezogen. Es war unabweisbar, daß solche Erschütterungen eintraten, denn sie mußten eintreten, denn eine so starke Streikbewegung, welche in die Wurzel getroffen hat, welche den Profit aus dem Produktionsprozesse in so furchtbarer Weise erschüttert und in eine andere Norm und Gesetz zwingt, mußte natürlicher Weise eine Umstellung der gesamten Wirtschaftsordnung zur Folge haben. Das war die Wirkung einer Erschütterung, die das Land mitzumachen hatte. Auch in neuerer Zeit gab es große Streiks, z. B. den großen Streik in England von 1839 bis 1842, eine gewaltige Volksbewegung, die damals ausgebrochen ist, aber nicht willkürlich und übermütig von einer großen Partei vom Zaune gebrochen. Der kolossale wirtschaftliche Tiefstand der damaligen

Arbeiterschaft, jene furchtbare Aushungerung des Proletariats und Aushungerung der Menschen, die im großen England in den verschiedenen Berufsgruppen arbeiten mußten, diese Leute mußten sich zu irgend einer Bewegung aufrufen, um eine bessere, wirtschaftliche Lage zu erkämpfen, letzten Endes ist aber dieser wirtschaftliche Kampf sofort ausgebaut worden in eine Bewegung, welche für England bei Schaffung nur Eroberung des Proletariats und teilweise des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes bedeutet. Es wurde aus diesem wirtschaftlichen Kampf ein Wahlrechtskampf, der wohl nicht ganz das gebracht hat, was sie gewünscht haben, aber zum mindesten die Erweiterung des demokratischen Rechtes der Arbeiterklasse erreichte. (Präsident Thoma übernimmt den Vorsitz.) Belgien hat große wirtschaftliche Kämpfe und mit denselben auch politische Kämpfe durchzuführen gehabt, die Kohlenstreiks in Belgien im Jahre 1893, die sicherlich noch in Erinnerung sind, haben eine kolossale Erschütterung des Wahlrechtskampfes bedeutet, sie haben aber auch politisch einen Fortschritt des Proletariats bedeutet, die Einengung der Vorherrschaft, die damals in Belgien gegenüber der Arbeiterschaft geherrscht hat. Jeder politische Streik ist aufgebaut auf die Einengung der Vorrechte gewisser Gruppen, die letzten Endes, um diese ihre Vorrechte zu mindern, diese in einem Prozentfasse abgeben müssen an jene, denen diese Vorrechte von anderen vorenthalten werden. Wir haben eine große politische Bewegung im Jahre 1905 in Rußland gehabt, nach dem japanischen Krieg, wo ein Priester Gabon einen großen politischen Streik inszenierte. Damals wurden hunderttausende Menschen in Petersburg vor den Zaren geführt, die in ihrem Vertrauen, er werde Abhilfe schaffen, bitter enttäuscht worden sind. Statt, daß sie eine Erhöhung gefunden hätten, wurden sie zu Hunderten niedergeschossen und niedergedrückt. Ihr Vertrauen, eine Erhöhung zu finden, wurde durch die brutale Macht, die der Zar in Anspruch genommen hat, zur Aufrechterhaltung seiner Vorherrschaft, bitter getäuscht. Diese große politische Bewegung, so blutig sie auch niedergeworfen wurde, hat trotzdem ihre Wirkungen nicht verfehlt, wenn sie auch niedergeworfen wurde und die Leute bitten gekommen sind unter Vorantragung von Heiligenbildern und Zarenbildern. Trotzdem haben sie eine bittere Enttäuschung erlebt, weil sie der Meinung gewesen sind, man hätte sie restlos niedergeschlagen und hätte sie in Ketten gezwungen. Aber dieser Dezember 1905 war trotzdem eine gewaltige Erschütterung für die spätere Zeit, er hat Rußland den Parlamentarismus gebracht, das freie Wort, die freie Bühne für das Proletariat.

Man spricht immer davon, daß der politische Streik ein Unglück sei, daß er verpönt werden soll und ich glaube, daß gerade die Herren, die bei uns hier den politischen Streik als ein Unglück für die Republik bezeichnen, darauf vergessen, daß wir einen Teil unseres deutschen Volkes am Rheinland und Ruhrgebiet haben, daß nur der politische Streik, in welchem zwei Millionen Menschen im Streik gestanden sind, die Einwirkung durch französische Ingenieure und die Betriebsführung auf der einen Seite junichte gemacht

haben und ich erinnere mich daran, daß der Industrielle Thießen den politischen Streik organisiert hatte und diesen dazu verwendete, um den Franzosen die Unterwerfung des deutschen Volkes im Rheinlande unmöglich zu machen. Sie verlangten die Verhinderung des Streiks, weil er ihnen unangenehm gewesen ist, weil Poincaré sich eingebildet hat, die Republik zu zerstören, die nicht ihre Republik war, weil sie glaubten, es könne eine Erschütterung kommen, die die Vorrechte, die sie heute noch besitzen, einschränkt, ohne zu bedenken, daß dieser politische Streik Millionen deutscher Freunde und Brüder im Ruhrgebiet vom unglaublichsten, von der Abtrennung vom deutschen Volksstamme bewahrt und sich in diesem Momente der Gefahr ernst und energisch zur Wehre gesetzt hat. Gerade dieser politische Streik hat es im Ruhrlande verhindert, daß die Absicht Poincarés verwirklicht worden ist, die westlichen Randgebiete vom deutschen Mutterlande abzutrennen und dieser ganze politische Streik, der nur in der Arbeitsführung, im Produktionsprozeß zum Ausdruck gekommen ist, hat es verhindert, daß der Gedanke Poincarés zur Tatsache geworden ist, es würde die Unterwerfung der deutschen Bevölkerung in diesem Ruhrgebiete möglich gewesen sein, während es jetzt damit vorbei ist. Mögen sich auch auf diesem Gebiete die parteipolitischen Meinungen gegenüberstehen, es kann ja nicht sein, daß alle Parteien gleicher Meinung sind, politische Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben, aber in diesem Grundsätze waren sich die Deutschen einig, um ihre Existenz zu wahren, daß das Recht nicht unterbunden wird durch ein Gesetz und durch eine Bestimmung, weil es momentan unangenehm ist, ohne zu bedenken, daß sich das Streikrecht auch durch ein Gesetz nicht verhindern läßt. Das ist ein uraltes Gesetz und ein Recht, welches die emanzipierte Menschheit immer wieder ausnützen wird. Es gibt kein Gesetz, durch welches das Recht der Arbeitsverweigerung unterbunden werden könnte und es gibt kein Gesetz, welches den Menschen, die die Freiheit sich erobert haben und selbst nun ein Vierteljahrhundert genossen haben, welches diesen Menschen die Freiheit so restlos nehmen könnte von Leuten, die, wie sie glauben, die Freiheit gepachtet zu haben, um sie den anderen vorzuenthalten.

Der politische Streik, der eigentlich auch eine enge Verbindung mit dem wirtschaftlichen Streik hat, soll nun verneint werden, beziehungsweise es wird von der Regierung verlangt, daß er verneint werden soll. Wir betrachten dies als eine Lächerlichkeit, wenn der Landtag hier den Wunsch zum Ausdruck bringt, die Regierung aufzufordern, sie möge ein Streikgesetz schaffen. Die Regierung in Österreich würde schon ein solches Streikrecht machen, wenn sie es könnte, sie bedarf nicht des Aufrufes vom steirischen Landtag und insbesondere von der großdeutschen Partei, die auf der einen Seite Regierungspartei sein will und auf der anderen Seite auf ihren Konferenzen beschließt, sie wünsche das und jenes und sie wird den Minister stürzen, wenn nicht ihre Wünsche erfüllt werden. Eine Partei, die solche Beschlüsse faßt, die den Verkalktein zugehört, die sich zu einem solchen Antrag aufrafft, bei der ist es zu entschuldigen, denn bei alten Leuten sagt

man, daß sie eigensinnig werden, bei einer Partei, die nichts mehr hat, als einen verkalkten Körper, da ist es nicht mehr Eigensinn, sondern da ist schon der Begriff politischer Marasmus richtig, der hier zum Ausdruck kommt. Und dann noch das Empfinden, wir können nichts verlieren, wir können eine solche Dummheit machen, was kann uns geschehen, wir 4-Männerpartei (Zwischenruf: „3 Männer!“) oder 3-Männerpartei, was kann uns geschehen, wir können nur gewinnen, wir gehen wieder einmal in eine Einheitsliste und haben unsere Kandidaten von vorneherein sicher, mögen die anderen sie hernehmen, wo sie wollen, es geht ja nicht aus unserem Fleisch, es ist ja der Körper des anderen, der uns nichts angeht. Wenn wir dies bekräfteln, so ist es, um aufzuzeigen, wie hier der Marasmus zersessend auf den politischen Körper gewirkt hat, wie man auf der einen Seite in Leoben so tut, als ob man der Drachentöter von Obersteiermark wäre und in die Zeitungen schreibt „Ein ernstes Wort aus Obersteiermark“, das hinausgeht ins Ministerium und in welchem gesagt wird, wir haben es beschlossen, Ihr müßt das machen, wenn Ihr es macht, dann stimmen wir mit Euch. Der politische, gewerkschaftliche Streik ist ein Streik der Organisationen, das heißt der gewerkschaftliche Streik stützt sich auf die Organisationen und kann nur mit den Organisationen gemacht werden, der politische Streik kann organisiert werden, ohne daß alle Organisationen an dem Streik mittun, wenn sie nicht der gleichen politischen Auffassung sind. Ich möchte hier auf eine Streikbewegung verweisen, die eine fundamentale Erschütterung ausgelöst hat, das war beim Kapp-Putsch in Deutschland, der war sofort erledigt in dem Momente, als die Gewerkschaften und politischen Organisationen drohten, wir stellen den Verkehr ein, unterbinden die gewerbliche Tätigkeit, sich gemeinsam erklärt haben und der Kapp-Putsch war sofort erledigt und mußte erledigt sein, weil ihm der Nerv unterbunden war. Vielleicht haben die Herren bei der Antragstellung an den Kapp-Putsch gedacht, vielleicht daran gedacht, wenn die Sozialdemokraten die Macht haben, um den Verkehr jederzeit und zu jeder Stunde zu unterbinden und wenn wir einmal den Hauptmarsch nach Wien machen wollen, dann ist es vielleicht wieder der Verkehrsstreik, der uns die Möglichkeit dazu unterbindet, dann sind es vielleicht wieder gerade die Organisationen der Arbeiterklasse, die es mit sich bringen, die so sehnlichst erwünschte Niederwerfung der sozialdemokratischen Verwaltung in Wien unmöglich zu machen, weil man auf Hundsn nicht nach Wien reiten kann, wenn die Eisenbahn nicht geht. Vielleicht war das der Gedanke, daß die Herren so einig sind, diese Republik in eine Republik der Reaktion zu verwandeln, ein Gedanke des Heimatschutzes, den Bischofstuhl restlos regieren zu lassen. Und in diesem einigen Ziel, um die Streikmöglichkeiten zu verhindern, verbieten wir den Streik durch ein Gesetz, dann können sie fahren, dann hört es sich auf, dann wird sich niemand mehr erlauben zu streiken. Meine Herren, wie falsch Sie kalkulieren, das möchte ich Ihnen heute gleich sagen. Die Verbindung, die die gewerkschaftliche Organisation besitzt und es ist ihr gutes Recht, daß sie auch das Koalitions-

recht ausübt, und die Kraft, die sie ausübt, liegt in der Einigkeit des Geistes und des Willens und in dem bewußten Ziele, das sie anstrebt. Sie sind sich klar darüber, die Klarheit und die Einigkeit, die in der Arbeiterklasse steckt, das ist ja die Gefahr, die Sie vermuten und daß die Arbeiterklasse nur gegen Sie organisiert, um Sie politisch unmöglich zu machen. Daß Sie zu der Auffassung kamen, das ist lediglich nur deshalb, weil Sie als politische Partei sich mit einer Kapitalistenorganisation des Bundes immer und immer identifizieren. Würden Sie, als sozialdenkende Partei, von den kapitalistischen Einrichtungen, welche wohl im großen ganzen nach Auffassung so verschiedener Theoretiker, nicht nur sozialdemokratischer, sondern auch bürgerlicher, zu einem Unheil für die Menschheit ausgebaut wurden, würden Sie nicht dieser Auffassung sein, Sie müßten sich mit derselben decken, Sie würden auch vielleicht die Arbeiterklasse und deren Ziel und Streben mit ganz anderen Augen betrachten, wie Sie es gewohnt sind. Es hat zuvor schon der Kollege Pörtl die Bemerkung gemacht, daß wenn man irgendwie oder wo zum Bauernstande redet oder mit den Bauern redet, daß man dann von den Herren aus dem Bauernstande, zumindestens von jenen, die hier im Landtage sitzen, höhnisches Lächeln und beleidigende Zurufe hört, beziehungsweise Spott dafür bekommt. Ich glaube, daß vielleicht gerade Sie vom Bauernstande es ganz übersehen und Ihren Spott und Hohn zu weit treiben und gar nicht daran denken, daß Sie wirtschaftlich mit uns so eng verbunden sind, viel mehr verbunden sind, als mit jenen, von denen Sie glauben, daß Sie sie retten werden. Gerade mit uns sind Sie wirtschaftlich verbunden und es ist manchmal sehr unsinnig, wenn Sie versuchen, uns den Vorwurf zu machen, daß wir Schuld sind, daß die Produkte des Landwirtes nicht abgesetzt werden können. Ist das nicht der größte Unsinn? Würde der Arbeiter nicht lieber das doppelte Quantum von Milch und Käse kaufen, wo er hungert? Man muß die Milch in irgendein Produkt umwandeln, das die Arbeiterschaft auch nicht kaufen kann, weil sie den Verdienst nicht hat. Die Arbeiterschaft würde sehr gern den Käse essen, wenn Sie das Produkt kaufen könnte, würde den Kindern gerne die doppelte Menge Milch geben, wenn sie in der Lage wäre, sie kaufen zu können. Es ist nicht Bosheit, sondern Unvermögen, weil sie nicht die Mittel besitzt, diese Produkte einzukaufen zu können. Sie verstehen und begreifen, daß die Arbeiterschaft diese Produkte selbst braucht und man die Butter nicht nach Deutschland und Frankreich liefern und den Käse nicht weiß Gott wohin verkaufen müßte, weil die Absatzmöglichkeit in Osterreich nicht vorhanden ist, zumindestens nicht dort, wo diese Produkte angetragen werden, oder nur für jene Qualitäten von Käse, die Spezialitäten sind, die nicht in Osterreich produziert werden, die jedoch ein großes Moment in der Ausgabe unserer Handelsbilanz sind. Dieser Käse wird bei uns nicht produziert und könnte ihn die Arbeiterschaft auch nicht kaufen, sondern nur jene Leute, die von dem Ertrag der Arbeiterschaft viel besser leben und die Möglichkeit haben, Spezialkäse zu teurem Preis zu kaufen und unsere inländischen einfachen Schweizer- und Steirerkäse nicht essen wollen,

weil sie ihrem Gaumen nicht munden und sie sich mit ihrem Vermögen auch Spezialitäten leisten können, während wir selbst unseren Inlandkäse nicht an den Mann bringen können. Sie sind deshalb auf uns verstimmt und verschnupft und unfreundlich gesinnt, weil Sie der Meinung sind, daß wir gegen Sie wären. Sie stehen mit uns in außerordentlich enger Verbindung und ich könnte eine Reihe von Herren aus Ihren Kreisen nennen, die sehr glücklich sind, daß sie mit uns in Geschäftsverbindung stehen und die ihre Organisation nur aufbauen können, wenn wir sagen, ja, wir tun mit, weil sonst die Existenz ihrer Organisation von Haus aus unmöglich wäre und nur möglich ist, wenn wir ihnen dafür die Konsumenten zuführen. Sie haben einen Herren von der Gruppe der Landbündler draußen als Bundeskanzler sitzen, einen eingefleischten Genossenschaftler. Derselbe, wenn er hier sitzen würde, könnte nichts anderes sagen, als die landwirtschaftliche Produktion und Organisation ist unmöglich, wenn wir nicht die Konsumenten haben, die mit uns diese Organisation aufbauen. Und wenn wir an die Bauernschaft die Frage richten: „Was wollen Sie von uns, warum hassen Sie uns? Sind wir nicht diejenigen, die mit Ihnen gemeinsam das Fundament des Staates darstellen?“, da findet man dann, daß man dafür Hohn bekommt aus Furcht davor, daß vielleicht Worte der Vernunft den Bauern zur Meinung und Auffassung bringen, daß es tatsächlich nur diese zwei Gruppen im Staate gibt, die sich am nächsten stehen, aus Furcht davor, daß vielleicht diese biederen Männer da draußen zu dieser Überzeugung kommen und sagen: „Recht haben sie, wir stehen uns nahe, wir produzieren, sie konsumieren und wenn sie durch ihr Bestreben, eine bessere Lohnsumme zu erzielen, einen höheren Lohn zu erreichen, in die Lage versetzt werden, uns eine größere Quantität an Produkten abzunehmen, dann kann es auch uns besser gehen.“ Es würden da die unverantwortlichen Führer Ihrer Gruppe in die größte Verlegenheit kommen, wenn sie solche Vernunftsgründe beim Volke aufkommen ließen, weil sie dann nicht die Möglichkeit hätten, gegen die Sozialdemokraten zu heßen und nicht die Möglichkeit hätten, das Landvolk aufzupeitschen und draußen am Lande zu rüsten unter dem Deckmantel, wir rüsten für die Erhaltung unserer demokratischen Republik. In Wirklichkeit geht es um die Organisation der Arbeiterklasse, die zerschlagen werden soll, weil sie die Ursache ist, daß der Widerstand der Arbeiterschaft den Kapitalisten in seiner Fabrikation und Produktion den Ertrag des Mehrwertes einschränken und das Renteneinkommen vermindern will, um es für die Existenz der Arbeiterklasse zu verwenden. Da ist zu befürchten, daß die Arbeiterklasse unter diesen Voraussetzungen sich vielleicht einmal energisch ermannen könnte und die Wucht und die Kraft, die in ihrer Organisation liegt zur Rente machen und umwandeln könnte in Lohnkrone und Gehaltsschilling und dieses sich wieder auswirken könnte auf den Umsatz, der die ganze Volkswirtschaft belebt. Es ist einmal so im Wirtschaftsleben, daß man ohne Geld nicht leben kann und es ist darum Unsinn, wenn man der Meinung ist, daß der ganze Haß sich ausleben müsse, wenn man sich politisch in gegensätzlicher Form

gegenübersteht. Mögen wir unsere politische Anschauung haben und mögen wir unserer Wege gehen, aber eines mögen Sie zur Kenntnis nehmen, mit Maschinengewehren kann man eine geistige Überzeugung oder eine Partei von der Größe der Sozialdemokraten nicht vernichten. Mögen Sie zur Kenntnis nehmen, daß mit dem Verbrennen von wissenschaftlichen Büchern über den Sozialismus der Geist des Sozialismus nicht verbrannt werden kann. Der steckt viel zu tief in allen Schichten der Bevölkerung, nicht nur im Proletariat, sondern auch in weit höheren Schichten, die automatisch durch das Kapital proletarisiert werden. Es gibt heute viele Proletarier, die noch gar nicht wissen, daß sie Proletarier sind. Es gibt viele Menschen, die um Lohn- und Gehaltschilling ihren Dienst verrichten müssen und noch immer der Meinung sind, sie gehören zu einer anderen Bevölkerungsschicht und Gruppe und dann werfen Sie uns vor, wir schaffen Klassenhaß und Klassenkampf.

Ihr Antrag sagt aber, Sie fürchten um die Klassenherrschaft, die Sie ausgerichtet haben. Sie fürchten um das Klassenvorrecht. Uns werfen Sie vor, wir schaffen Klassenhaß. Der braucht nicht geschaffen werden, sondern die Klassenherrschaft ist da und der Gegensatz ist kein Klassenhaß, sondern ist ein Drängen, ein Verlangen, diese Unterschiedlichkeiten wegzumachen und auszugleichen. Und Sie meinen damit, wenn die Unterschiede gleichgemacht sind, dann müßte die Welt zusammenbrechen, die Welt, von der Sie meinen, sie sei Ihre Welt und diese Welt habe keinen Bestand. Sie müssen die Zeit begreifen und verstehen, mögen Sie auch meinen, daß nach dem 15. Juli für Sie die Zeit gekommen sei, ein sogenanntes Antiterrorgesetz oder Antistreikgesetz zu schaffen, oder mögen Sie sich der Meinung hingeben, es ist jetzt eine Zeit gekommen, um der sozialdemokratischen Partei oder deren Vertretern rückhaltslos zeigen zu können, daß Sie die Macht haben. Meine Herren, ich habe schon einmal gesagt, es ist die Zeit vielleicht für Sie momentan wie ein politischer Traum, in dem Sie sich in der Meinung fühlen, es bleibe immer so. Es bleibt nicht immer so, wenn Sie uns auch heute kränken, Sie werden morgen zu uns kommen müssen, weil Sie wieder etwas brauchen, Sie sind auf uns genau so angewiesen. . . . (Zu einem Abgeordneten der Einheitsliste gewendet) Ich sehe Ihr Lachen nicht und will es nicht sehen, denn ich will Sie nicht sehen in einer Situation, wo Ihnen das Lachen vergangen ist; ich will Sie nicht sehen, um nicht den Eindruck des Lachens auf mich wirken zu lassen, wenn Sie einmal in schwächerer Situation sind, denn der Unterschied zwischen beiden Parteien ist nicht so stark, daß Sie der Meinung sein könnten, Sie haben die Kraft für sich gepachtet. Und darum sage ich, es ist sehr schlecht und politisch sehr unklug, wenn Sie eine Zeit oder Stunde, wo Sie meinen, sie sei günstig für Sie, in brutaler und rücksichtsloser Weise ausnützen. Sie können dieses Gesetz beschließen und die Regierung auffordern, Gesetz wird es nie und wenn es Gesetz wird, so werden wir dieses Gesetz nicht halten, weil wir dieses Gesetz nicht respektieren, weil es uralte Rechte der Arbeiterschaft aus der Welt schafft, weil wir dieses Gesetz mißachten müssen, weil es ein brutales

Gesetz ist. Darum, meine Verehrten, möchte ich sagen, verzichten Sie darauf, das Recht den Angestellten zu rauben, das soll in Österreich Methode werden, daß man sogar eine lumpige Gehaltserhöhung für die Beamten davon abhängig macht, daß sie auf ihr bestes Recht, ihre einzige Waffe, die sie besitzen, auf das Streikrecht verzichten sollen. Es ist fraurig bestellt um eine Organisation in einem solchen Bunde, um eine Regierung, die zu dem Mittel greifen muß, von den Angestellten zu verlangen, daß sie auf ihr Koalitionsrecht verzichten sollen.

Ich habe schon ausgeführt, daß der Generalfreik den Kapp-Putsch unmöglich machte. Sie werfen uns den 15. Juli vor und sagen, man hätte in unverantwortlicher Weise das Leben unterbunden, den Verkehrstreik diktiert. Sie übersehen, daß wir den Verkehrstreik nicht diktiert haben, unsere Macht zu zeigen, sondern um Größeres, Traurigeres, als was bereits am 15. und 16. Juli geschehen ist, zu verhindern. Würde der Generalfreik nicht ausgebrochen, von Partei und Gewerkschaften nicht verhängt worden sein, wir wüßten nicht, welches Unheil in Österreich noch entstanden wäre. (Krenn: „Tomšik hat festgestellt, von unverantwortlichen Elementen inszeniert!“) Unverantwortliche Elemente sind es, die verlangen, daß diese Verhinderung des Verkehrs hätte nicht durchgeführt werden sollen, daß man einigen verrückten Menschen die Bahn hätte zur Verfügung stellen sollen, um die von ihnen gekauften Söldnerscharen zum Blutvergießen zu bringen. Sind wir froh, daß die Leute bei Grünhübel stehengeblieben sind, nicht wegen ihrer Zahl, sondern wegen des Unglückes, das angerichtet worden wäre. Es wäre die größte Blamage gewesen für die Heimwehrleute in Grünhübel; wenn dieselben die Bahn auch freibekommen hätten, wären sie keine 3 Schritte gegangen, weil sie einfach nicht mehr gehen hätten können. Wenn ich zum Ausdruck bringe, daß dieser Streik sehr notwendig gewesen war, um größeres Unglück zu verhindern, lassen Sie sich bei Ihren Zwischenrufen wieder nur von der Umdüsterung des Geistes des Klassenkampfes, der Diktatur, leiten und kommen nicht zum Weitblick der Geschichte, die sich immer wiederholt hat und auch jetzt; die Geschichte wird nie neu, ist immer alt, jedoch nur in den verschiedenen Auflagen, der Zeit angepaßt, erscheint sie in neuer Form, aber nicht in neuem inneren Kern, so wie es beim Kapp-Putsch und Jahrhunderte früher war. Jetzt ist es doch nur die Verhinderung eines großen Unglückes gewesen, daß man die Verkehrsmittel unterbunden hat. (Gafz: „Da müssen wir Ihnen eigentlich sehr dankbar sein!“) Schauen Sie, Sie sind so alt als wie ich und es würde Sie sicherlich sehr kränken, wenn Sie irgendeine Tatsache sagen und ein anderer würde zu Ihnen sagen: „Sie lügen“. (Gafz: „Ich habe nicht gesagt, daß Sie lügen. Ich habe nur gesagt, wir müssen Ihnen dankbar sein!“) Wenn Sie das gesagt haben, dann haben Sie vielleicht aus Ihrem Innen herausgesprochen, aber Sie gefrauen sich nicht, es an richtiger Stelle zu sagen. Es würde mich sicherlich grämen, wenn ein Mann im gleichen Alter mir zur Antwort gibt, „Das glauben Sie selber nicht“. Wir haben keine Ursache und es ist auch nicht notwendig, daß wir uns gegenseitig belügen. Wenn man

einmal mit dem anfangt, dann hört sich jeder Verkehr untereinander auf, dann schaut man jeden als Lügenschüppel an und kann jeden betrügen, wie man will.

Wenn Sie hier diesen Antrag einbringen, diesen Antrag, der als eine Unterbindung des Koalitionsrechtes der Arbeiterklasse betrachtet wird, so ist das nichts anderes als wie eine der faszistischen Methoden, mit denen man beginnt, das Recht der Arbeiter und Angestellten zu unterbinden.

Sie haben einen Zwischenruf gemacht — Herr Pfarrer *Zenz* war es — in dem Sie auf die Arbeiterklasse verwiesen haben: „Auch unsere christlichsozialen Arbeiter müssen Sie anerkennen“. (*Zenz*: „Dann haben Sie falsch verstanden. Ich habe gesagt: Derselbe Terror, über den Sie sich hier beklagen, ist in Deutschlandsberg in der Papierfabrik ausgeübt worden, dort sind christlichsoziale Arbeiter einfach aus der Fabrik hinausgejagt worden von Ihren Leuten!“) Soviel haben Sie nicht gesagt. (*Wallisch*: „Das wird immer so dargestellt!“) Ich habe nur einen Satz gehört, wie Sie gesagt haben: „Dann müssen Sie auch den Christlichsozialen Rechte geben!“. Schauen Sie, Sie haben in Deutschland den großen Streik der Bergarbeiter wahrgenommen, den Streik, der sich auf viele Hunderttausende von Arbeitern ausgedehnt hat oder zumindestens mit deren Familien waren es so viele Leute. Dort befinden sich sozialdemokratische und christlichsoziale Arbeiter in enger Front. (*Riemer*: „Aber zwischen deutschen und österreichischen Sozialdemokraten ist auch ein großer Unterschied!“ — *Leichin*: „Das verstehen Sie!“) Das war sehr gut, Herr Kollege *Riemer*, daß Sie mir diesen Zwischenruf gemacht haben. Es hat vor ungefähr 7 Monaten in Wien ein christlichsozialer Abgeordneter aus Deutschland einen Vortrag gehalten in einer Organisation christlichsozialer Arbeiter. Wissen Sie, was der Abgeordnete in diesem Vortrag gesagt hat? Ein solches System der Verwaltung, wie es hier in Österreich von Seite der christlichsozialen Partei . . . (*Gaß*: „Hat er den *Breitner* gemeint?“) Er hat nicht von Wien gesprochen . . . aufgerichtet worden ist, hat er gesagt, würde in Deutschland draußen von den Christlichsozialen, den Mitgliedern des Zentrums, nicht möglich sein. Wenn er das nicht gesagt hat, verehrter Herr Doktor, bin ich bereit, morgen in der Früh mich Ihnen zustellen und mich von Ihnen als Lügner bezeichnen zu lassen. (Zwischenruf *Krenn*.) Wir haben ja nur mehr 1½ Stunden bis morgen. Ich stehe dann zur Verfügung. Dieses Referat wurde in Wien gehalten und in diesem Referate das System des *Seipel* und der *Seipel*methoden sehr ernstlich kritisiert. (Zwischenrufe.) Der *Seipel* war damals auch schon, weil es erst vor 6 oder 7 Monaten war. Aber ich glaube, Sie lesen das nicht, das hat Pfarrer *Zenz* in den „Sonntagsboten“ nicht hineingeschrieben. (Zwischenruf: „Aber im „Arbeiterwille“ steht es!“) Der hat es geschrieben, aber den lesen Sie ja nicht. Ich sage, das sind faszistische Methoden . . . (*Zenz*: „Herr Bürgermeister, erzählen Sie auch das, was deutsche Sozialdemokraten über österreichische sagen!“) Die deutschen Sozialdemokraten sprechen natürlich auch über die österreichischen Sozialdemokraten (*Zenz*: „Aber wenig Gutes!“) in der Form . . . (*Zenz*:

„Und schütteln den Kopf!“) und schütteln den Kopf und sagen, sie können es nicht verstehen, daß bei einer solchen Leistungsfähigkeit die Wiener christlichsoziale Regierung auf dem Standpunkte des Kapitalismus steht. Sie können es nicht begreifen, das sagen die Sozialdemokraten, weil draußen die Sozialdemokraten sich nicht so stark entwickelt haben als wie wir das in Österreich unleugbar zuwegegebracht haben. Ich sage, daß diese Einrichtung, die Sie mit diesem Gesetze schaffen wollen, eine faszistische Methode ist. Es war vielleicht möglich, einen solchen Antrag zu stellen knapp nach der Zeit des 15. Juli, wo Sie vielleicht in einer uneingeschränkten Wut über ihre Ohnmacht anlässlich der Vorfälle vom 15. Juli geurteilt haben. Daß Sie aber den Antrag auch noch nach dem 12. November in Beratung ziehen, halte ich für politisch unklug und ungeschickt und wäre der Meinung, wenn jemand einmal einem im ersten Sturm eine Ohrfeige gibt, kann er sich entschuldigen und kann sagen, das war in der Aufregung, wenn er einem aber nach 6 Monaten eine Ohrfeige gibt, dann ist das ein beabsichtigte brutale Handlung, die nicht durch Aufregung zu entschuldigen ist und dieselbe wird anders gewertet und muß anders gewertet werden, weil sie eben unter anderen Voraussetzungen durchgeführt worden ist.

Da die großdeutsche Partei, die sich am meisten aufgeregt hat darüber, der unbedingte Antragsteller dieses heute zur Verhandlung stehenden Pamphletes ist, möchte ich bemerken, daß gerade diese Partei sich bemüht und anstrengt, das Koalitionsrecht nicht nur den Angestellten im Staate zu nehmen, sondern sich auch bemüht, das Recht, insbesondere das Koalitionsrecht, den Eisenbahnern zu nehmen. Nun ist das nicht so einfach möglich, daß man den Eisenbahnern dieses Koalitionsrecht nimmt, weil diese in einer ganz anderen Verwaltungsform zum Staate stehen, weil diese ein eigener Körper sind und nicht unter der Hoheitsverwaltung stehen und um diese unter die Hoheitsverwaltung zurückzubringen, um diese Eisenbahner wieder unter diese Hoheitsverwaltung zu zwingen, beginnt zur Unterstützung dieses Gesetzes die von höheren Gnaden geduldete Gewerkschaft der deutschnationalen Eisenbahner Petitionen an die Bundesregierung zu richten, daß diese Generaldirektion wieder aufgelöst und diese Eisenbahner wieder unter die Hoheitsverwaltung gestellt werden. Da gibt es mehrere solcher Organisationen, die sich nicht scheuen haben, bei der Bundesregierung dieses Ansuchen zu stellen. Sie sind der Meinung, daß unter der Hoheitsverwaltung es möglich sein wird, das System auf den Eisenbahnen mit den Betriebsräten umzubringen. Wie es, wie von meinem Kollegen *Pförfner* geschildert wurde, die steirische Bauleitung bei der Ennstalverbauung macht, genau so glaubt man, es machen zu können bei den Bundesbahnen; man glaubt, die Wirkung der Organisationen bei den Bahnen, die Vertrauensmänner, Personalvertretung usw. beeinflussen zu können durch die Wirkung der Hoheitsverwaltung und durch deren Wirkung die Organisationen ausschalten zu können. Man beabsichtigt von den Großdeutschen diese Spaltung in diesen Eisenbahnerorganisationen dadurch zustandezubringen, daß man versucht,

die Hoheitsverwaltung wieder zu erreichen, um durch diese den Eisenbahnern das Streikrecht nehmen zu können.

Wenn man bei einer Konferenz sitzt in Leoben und bei dieser der Eiseisenbahnernationalrat einen Vortrag hält, so ist aus diesen Ausführungen zu entnehmen, wie es ihn ärgert und wie er verdrossen ist, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsorganisation bei den Eisenbahnen es unmöglich machte, seine Aspirationen so durchzuführen, wie er es wollte, wie er verbittert darüber ist, daß gerade die Organisation der Eisenbahner ihm den Weg verrammelt hat. Wenn man sein Referat von Leoben gelesen hat, so muß man verblüfft sein, daß der Mann ein Eisenbahner ist und sich dazu bereit erklärt, und Wege zeigt, wie man diese Eisenbahner wieder in das alte Joch des Dienstnehmers zurückstoßen kann, um durch die Hoheitsverwaltung nicht die Form des Rechtes, sondern die Form der Einschränkung dieser Organisation zu erreichen. Ist das kein Terror? Sie sagen, Sie wollen ein Antiterrorgesetz schaffen und selbst bauen Sie auf ein Gesetz von Terror und sprechen von uns, daß wir Terror üben. Kein Terror ist es, was Sie machen, und kein Terror, wenn Sie die Organisation der Arbeiterschaft zerschlagen und umwandeln wollen in eine faszistische Truppe. Kein Terror ist es, wenn Sie irgend welche Organisation der bewaffneten Massen durchführen und diese zum Bürgerkriege gegen die Arbeitermassen organisieren. Das ist kein Terror, wenn Sie die Leute, die in der Gendarmarie eingestellt sind und die Uniform der Staatsangestellten tragen, aufheben und unter die Menge Waffen und Munition verteilen. Das ist kein Terror, den Sie ausführen, wenn Sie bei jeder Versammlung vom Zerschlagen der Arbeiterklassen sprechen und wenn Sie das jeden Sonntag, sei es da oder dort, zu Gehör bringen. Es ist kein Terror, wenn man der Arbeiterschaft das Recht auf ihre Organisation nimmt. Wenn die Arbeiterschaft sich wehrt gegen brutale Unternehmer, um ein größeres Stück Brot oder Lohn, dann heißt es Klassenkampf, der beseitigt werden muß. Der Klassenkampf ist es, der zum Streik führt. Der muß verboten werden. Solange sie streiken, ist keine Ruhe, so lange besteht der Gegensatz der Klassen. Es ist kein Terror, wenn man die Organisation in ununterbrochener Haßerfüllung durchführt, und alle Gruppen, die miteinander leben müssen, von einander zu scheiden sucht, lediglich aufgebaut auf dem Gedankengange, wir können und dürfen dem Proletariat kein Recht einräumen. Jeder Fortschritt auf dem Wege des Rechtes bedeutet für uns einen Weg des Unterganges. Die Klasse des Proletariates ist so groß und breit und so hoch hinaufgestiegen in der Säule des Kapitalismus, daß der Kapitalismus eigentlich nur mehr oben wie die Spitze beim Zuckerhut steht. Das Proletariat ist viel größer als Sie annehmen. Sie glauben, das Proletariat ist nur der Arbeiter, der in der Fabrik steht und gegen Lohn arbeitet. Wir müssen fragen, wie soll es so weitergehen. Sie erklären, ja, er hat einmal anders gesprochen, wie jetzt. Wir waren immer Menschen der Wirtschaft. Unsere wirtschaftliche Organisation ist so alt, als ich politisch tätig bin. So

lange ich tätig bin, war ich auf dem Gebiete der Wirtschaft tätig. Wir haben versucht, die Gruppen der Konsumierenden und Produzierenden zusammenzubringen. Im Geschäfte sind wir uns einig. Da müssen wir miteinander verhandeln können. Da gibt es keine politische Meinung. Wenn diese aber zur Siedehitze gebracht wird und der persönliche Verkehr nicht mehr möglich ist, dann ist auch das Geschäft unterbunden, und diese Störung wird nicht aus der Welt geschafft, auch wenn Sie an allen Ecken und Enden anschlagen „Kauft österreichische Waren“.

Ich erkläre daher nochmals, wir lehnen dieses Gesetz ab, weil es unsinnig ist, weil wir aus demselben ersehen, daß es nur irgend ein paar nicht vollständig politisch klarsehenden Menschen eingefallen ist, ein Antiterrorgesetz zu schaffen. Wir werden heute Nacht noch Möglichkeiten haben, über die Ursache, die die Antragsteller veranlaßt hat, diesen Antrag einzubringen, über die Auffassung Terror und Nichtterror ausführlich zu reden. Ich bin der Überzeugung, daß wir dann die Möglichkeit haben, noch mehr sagen zu können, als das, was einzelnen Herren als Antragstellern lieb ist, vielleicht mehr sagen, als sie glauben, daß andere von ihren Manipulationen wissen. Es wird uns gar nichts behindern. Wer den Bogen spannt, muß gefaßt sein, daß er letzten Endes reißen kann, und es kann einigen der Herren von den Antragstellern passieren, daß sie persönlich mehr in die Debatte gerissen und ihre Manipulation mehr in der Öffentlichkeit aufgezeigt werden wird, als was ihnen lieb ist. Ich möchte Sie bitten, nach den Ausführungen über die Zwecklosigkeit des Gesetzes, wie Sie es eingebracht haben, den Antrag abzulehnen und zumindest die Lächerlichkeit von unserem Landtage zu nehmen, daß wir uns mit Dingen beschäftigen, die weder den Bund noch sonst jemanden draußen irritieren, daß uns die Aufgabe zugeschanzt wird, im Protokolle nach Jahren zu finden, daß wir im Landtage eine Unsinnigkeit beschlossen haben, um die sich kein Mensch gekümmert hat und die nur die Parteien gegeneinander aufgezeigt hat, wie sie versuchen, unsere Rechte, die Rechte der Angestellten, zu schmälern. Es wird und soll nicht gelingen, auch wenn Sie es beschließen. Aber um die Schande vom steirischen Landtage abzuwehren, würde ich Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Leichin: Hohes Haus! Es liegt ein Antrag zur Willensäußerung des Landtages vor. Ich möchte fast sagen, daß wir diese Willensäußerung in einer sehr günstigen Stunde abgeben sollen. Wenn ich sage, in günstiger Stunde, so denke ich vor allem daran, daß wir erst vor wenigen Tagen den Tag der Republik feierten. Da drängt sich mir ein Vergleich mit den hohen Festtagen vor der Republik auf. Ich denke da an die Zeit, wo wir Kaisers Geburtstag feierten, wo wir Bismarcks Geburtstag festlich gedachten, denke an jenen Tag, an dem wir auch in diesem Jahre die Hindenburg Siege feierten, an denen Hindenburg keinen Anteil hatte.

(Präsident K ö l b l übernimmt den Vorsitz.)

An jenen Tagen, wo wir Kaisers Geburtstag feierten, hatte das Bürgertum seine Häuser besflaggt und Feste zu Ehren des Monarchen, zu Ehren des

Herrscherhauses abgehalten. Nun hatten wir schon das neuntemal den Staatsfeiertag, aber wir haben vergeblich in unserer Stadt und den Orten draußen nach irgend einer fechtlichen Besflagung gesucht. Nirgends haben wir gefunden, daß das Bürgertum irgend welches Interesse für diesen Staatsfeiertag bekundete. Wir haben auch nicht gefunden, daß das Bürgertum irgend ein Fest zu Ehren dieses Tages gegeben hat. Jedem, der bei uns in Österreich lebt und mit offenen Augen die politischen Ereignisse betrachtet, dem muß sich der Gedanke gewaltsam aufdrängen, daß bei uns in Österreich außer der Arbeiterklasse kein Mensch eine Freude an dieser Republik hat. Wie ich den Antrag gelesen habe, da habe ich mich gefragt, wie so die kleinste Partei des hohen Hauses dazu kommt, einen solchen Antrag zu stellen, während eigentlich nur unsere Partei auf Grund der Ereignisse berechtigt wäre, einen solchen Antrag zu stellen, um die Republik zu schützen. Schauen Sie einmal, wer sich an diesem Staatsfeiertage öffentlich zeigt und öffentlich bekundet, daß er mit dieser Republik eine Freude hat, daß er die Schaffung dieser Republik begrüßt? Gegen den brauchen wir die Republik nicht zu schützen, der wird sie nicht in Gefahr bringen. Wer ist es, der mit dieser Republik eine Freude hat und offen bekundet, daß er zu dieser Republik steht und bereit ist, diese Republik mit allen seinen Kräften zu verteidigen? Das ist die Arbeiterklasse, das sind die Angestellten, die sozialdemokratisch organisierten Massen. Diese Massen sind in ganz überwältigender Anzahl am 12. November in Graz, in Wien und allen größeren Industrieorten aufmarschiert. Ich muß sagen, daß es eine Kühnheit ist, wenn vier Tage nach diesem Feiertage eine kleine Partei, die mir ihre Freude an der Republik bekundete, kommt und den Antrag auf Schutz der Republik stellt, während dieselbe ausschließlich nur von ihr und ihren Koalitionsgenossen bedroht wird. Wenn Sie diese Republik nicht bedrohen würden, an ihrem Bestande Freude hätten, alle Kraft aufbieten würden, um sie gegen die Feinde zu schützen, dann würden Sie Freude an dem Festtage der Republik bekunden, wie Sie das bei den Hindenburgsiegeseiern oder Kaisers Geburtstag getan haben. Für eine Freude zu dieser Republik haben Sie nichts übrig. Es ist bezeichnend, daß in Deutschland, wo in der Weimarer Verfassung die Staatsgrundgesetze für die deutsche Republik niedergelegt sind, auch die christlichsoziale Partei, das Zentrum, sich offen und jederzeit zur Republik bekannte und im Windhorstbund der christlichsozialen studierenden Jugend eine beachtenswerten Beschützer findet. Es ist schon möglich, daß es für einige Herren unbekannt ist, daß es gerade der Windhorstbund ist, der mit aller Energie offen die Republik gegen ihre Feinde zu verteidigen sucht, daß es in Deutschland nicht nur der Windhorstbund ist, sondern es in Deutschland auch eine große Anzahl von Christlichsozialen, das heißt von Mitgliedern des Zentrums, gibt, die dem deutschen Schutzbund — dem Banner Schwarz-rot-gold — angehören, um mit Hilfe dieses die Republik gegen ihre Feinde zu verteidigen. Während sich in Deutschland die Vertreter des Zentrums offen zur Republik bekennen, haben wir in

Österreich noch nie gelesen, daß sich der Chef dieses Staates, Bundeskanzler Dr. Seipel, auch nur einmal offen zur Republik bekannt hätte. Wir haben wiederholt wahrnehmen müssen, daß er in allen seinen Reden mit aller Vorsicht das Wort Republik vermied (Dr. Enge: „Lesen Sie seine Rede vom 16. Juli!“), daß er das Wort „Republik“ nirgends aussprach, daß er bei keiner Feier zu Ehren der Republik beiwohnte, selbst die Feier beim Bundespräsidenten Hainisch mied, um nicht bekunden zu müssen, daß er auf Seite der Republik steht und als Staatskanzler gewillt ist, die Republik zu verteidigen. Wenn man diese Dinge kennt und weiß, daß diese Republik gerade von den Feinden der Republik beherrscht wird, dann wundert man sich, wenn dieselben den Mut finden, einen Antrag zu stellen, nach welchem der Bund aufgefordert werden soll, ein Gesetz zum Schutze der Republik zu schaffen. (Gatz: „Man soll's nicht glauben!“) Bei Ihnen möchte man manches nicht glauben.

Was war eigentlich die Ursache, daß diese Vorlage oder dieser Antrag uns heute vorliegt. Es ist sicher in der ersten Stunde der Übereilung geschehen. Ist doch dieser Antrag am 26. Juli, also 10 Tage nach den für uns so traurigen Ereignissen in Wien, in der Erbitterung über die Ereignisse in Wien, eingebracht worden. Ich glaube, wenn darüber mehr Zeit verstrichen wäre, so wären gewiß auch die Antragsteller zur Überzeugung gekommen, daß man wegen dieser für uns alle betrübenden Ereignisse nicht einen solchen Antrag stellen kann. Unmöglich kann man das Recht, das jeder Staatsbürger hat, seine Arbeitskraft zu verweigern, wenn er es für einen Zweck für notwendig hält, beschneiden oder nehmen. Was war aber die Ursache dieser Ereignisse? (Dr. Enge: „Gehen Sie nach Rußland!“) Ich lasse mich mit Ihnen nicht in eine Debatte über Rußland ein, weil Sie mir nicht beweisen können, daß Sie die notwendigen Kenntnisse haben, um über Rußland diskutieren zu können. (Dr. Enge: „Es kann nicht gehen wie Sie großzügig sein!“) Sie haben vielleicht Kenntnisse über Weiz, aber nicht über Rußland. Da müssen wir uns fragen, was ist die Ursache, daß dieser Antrag eingebracht wurde. Es waren die Ereignisse des 15. und 16. Juli. Über diese Ereignisse werden in den bürgerlichen Zeitungen und draußen auf dem Lande die unglaublichsten Dinge erzählt. (Dr. Enge: „Sie waren jedenfalls am 15. Juli in Wien!“) Die Dinge, wie sie sich in Wien ereignet haben, waren hervorgerufen durch den Schattendorfer Prozeß, besser des Freispruches der Mörder im Schattendorfer Prozeß. Und jeder, der diese Dinge gekannt hat, muß selbst eingestehen, daß dieser Urteilspruch nicht gutgeheißen werden kann. Selbst die „Neue freie Presse“ hat den Urteilspruch als aufreizend bezeichnet. Nur die „Reichspost“ nannte den Spruch „ein klares Urteil“. Es war aber gerade das „Grazzer Volksblatt“, das zur Auffassung gekommen ist, daß dieser Urteilspruch ein Fehlspruch ist. Sie müssen verstehen, wenn kühlendenkende Redakteure zu dieser Auffassung kommen, daß natürlich die Arbeiter, die die Opfer dieser Ereignisse gewesen sind, darüber empört waren. Das war in Wien der Fall. Der Urteilspruch führte zu einer impulsiven Handlung der Ar-

beiter in Wien. (G a ß: „Aber wenn die Bürgerlichen impulsiv werden, ist es ein Verbrechen!“) Wenn die Bürgerlichen impulsiv werden, dann reden sie einen solchen Unsinn wie in St. Peter, dann reden sie von Dingen, die sie nicht verstehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Was waren die Ursachen der Wiener Vorgänge? Es wird in den Zeitungen darüber ganz Ungeheuerliches berichtet. Ich habe hier einen Ausschnitt des „Grazer Tagblattes“. Es veröffentlichte die Rede des Herrn Dr. P f r i m e r, die dieser am 16. Oktober in St. Johann bei Voitsberg gehalten hat. Ich lese Ihnen diesen Artikel nur deshalb vor, weil mir gegenwärtig kein anderes Material zur Verfügung steht. Ich verweise nur darauf, daß einen ähnlichen Unsinn auch der Sekretär des Stahlwerksverbandes in Bruck, Doktor W e i ß e r, in seiner wissenschaftlichen Broschüre geschrieben hat. Es ist auch möglich, daß Dr. P f r i m e r seine Kenntnisse aus dieser Broschüre oder einer christlichsozialen Zeitung geholt hat. Dort heißt es (liest): „Am 15. Juli standen wir knapp vor der Räterepublik. Es ist nachgewiesen, daß vollkommene Pläne hiefür ausgearbeitet waren.“ Jeder weiß, wenn er eine Versammlung einberuft, daß auch die Einberufung der kleinsten Versammlung eine Summe von Arbeit erfordert; er muß die Vertrauensmänner verständigen, Flugblätter austeilen oder plakatieren lassen usw. Es muß hiebei eine ganze Menge von Arbeit geleistet werden. Wenn wir eine Räterepublik ausrufen wollten, so hätten wir diesen gewaltigen Akt irgendwie vorbereiten müssen. (G a ß: „Bei der Behörde anmelden!“) Bei Ihnen, Herr Kollege G a ß, werden wir es anmelden. Wir werden es genau so machen, Herr Kollege G a ß, wie Sie es in St. Peter ihren Zuhörern empfohlen haben: „Laßt die Leute nur weiterwerkeln!“

Also, wenn wir hätten eine Räterepublik ausrufen wollen, so hätten wir gewiß große Vorbereitungen treffen müssen, um den Umbau oder Umsturz des Staates herbeizuführen. Auch der Umsturz dieses Staates erfordert gewaltige Vorbereitungen, mehr Vorbereitungen, als die Rede des Abg. G a ß in Sankt Peter . . . (G a ß: „Mehr Geist hat jedenfalls dazu gehört, als zum Anzünden des Justizpalastes, dort war kein Geist zu finden!“), wengleich mitgeteilt wurde, daß es lichtvolle Ausführungen waren.

Der Umsturz und Neuaufbau eines Staates erfordert sicher ganz gewaltige Vorbereitungen. Von diesen mußten schließlich, weil wir nicht in Wien allein die Räterepublik ausrufen könnten, auch alle unsere Vertrauensleute unterrichtet gewesen sein, um in der Provinz alles zu tun, dieses Werk sicher zustande zu bringen. Davon mußte aber kein Vertrauensmann in der Provinz etwas. Wir hätten schon einmal, im Jahre 1919, als in Ungarn und in Bayern die Räterepublik bestand, die beste Gelegenheit gehabt, die Räterepublik mit Leichtigkeit auch in Österreich ausrufen. Stürmisch wurde das von einem sehr großen Teil der Arbeiter verlangt. Wir haben damals diesem Verlangen den hartnäckigsten Widerstand entgegengesetzt. Wir haben es abgelehnt, nachzumachen, was leider in Ungarn und in Bayern gemacht wurde, weil wir auf

dem Standpunkt der Demokratie stehen, und weil wir die Demokratie als die geeignetste Grundlage für die politische Entwicklung der Gesellschaft ansehen. Wenn wir wirklich die Absicht gehabt hätten, die Räterepublik ausrufen, dann hätten wir es schon viel früher gemacht und nicht bis zum Jahre 1927 gewartet. Es war kein Geringerer als der Großindustrielle M e i n l, der in einer Versammlung des Großindustriellenverbandes in Wien erklärt, er bedauere es, daß wir in Österreich nicht 14 Tage Räterepublik hatten. Und nun rufen Sie uns zu, daß wir, die wir diesen Auspruch kennen, die wir wissen, wie sich in den anderen Staaten die politischen Verhältnisse entwickelt haben, so dumm sein sollten, die Räterepublik ausrufen und uns dazu gerade den 15. und 16. Juli ausgewählt haben. Das wissen Sie doch alle, wenn sie offen und ehrlich sein wollen, daß gerade wir in Österreich es waren, die alle Kräfte aufboten, um gegen den kommunistischen Ansturm anzukämpfen. Sie wissen auch, daß gerade in dieser Zeit kein Bürger irgendwo zu sehen gewesen ist, daß sie uns in dieser schweren Zeit die Verteidigung der Republik ganz allein überlassen haben, genau so, wie Sie auch heute noch die ernsthafte Verteidigung dieser Republik uns allein überlassen.

Der Antrag, den sie hier vorgelegt haben, ist eine Farce. Wenn es hier im Antrage heißt, daß der politische Streik in den lebenswichtigen Betrieben des Staates unter schwere Ahndung gestellt und verboten werden soll, müßte sich vor allem die Partei, die diesen Antrag gestellt hat, fragen, ob sie klug handelt, ob sie nicht in ihrer Vergangenheit in weit schwierigeren Situationen gewesen ist, wiederholt Kampfmittel angewendet hat, die dem damaligen Staate oder der damals herrschenden Gesellschaft sehr unangenehm gewesen sind. Wenn die Großdeutschen über ihren Antrag etwas gründlicher nachgedacht hätten, so würden sie sicher zu der Überzeugung gekommen sein, daß es beschämend ist, wenn gerade sie diesen Antrag stellen. Der politische Streik ist ein gewaltiges Kampfmittel. Der politische Streik ist ein Kampfmittel, wie es das heutige industrielle Wirtschaftsleben bedingt. Der politische Streik konnte nicht zu einer Zeit angewendet werden, wo es noch kein solches Verkehrswesen gab wie in der Gegenwart. Gerade die Großdeutschen sollen sich ihrer Parteigeschichten erinnern, sollen der Zeit nach dem Jahre 1813 gedenken, jenem Jahre, in dem Friedrich Wilhelm III. seine Völker aufrief, den Korsen aus Deutschland zu vertreiben, ihnen dafür politische Freiheiten versprach. Damals loderte wirklich eine nationale Bewegung im politischen Leben auf. Es waren die J a h n, A r n d t usw., die sich als Erste für die Idee eines großdeutschen Vaterlandes einsetzten. Diese Männer waren es damals, die gegen ihren Fürsten die versprochenen Freiheiten zu erkämpfen suchten. Es war die Zeit, in der das schöne Lied entstanden ist, das die wackeren Deutschen jetzt noch hinter ihren Biergläsern singen: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“; es war die Zeit des wirklichen deutschen Heldentums, in der J a h n und A r n d t die goldene Jugend, die Studenten, im Kampf gegen das absolute Fürstentum anführten und dafür

in das Gefängnis geworfen wurden. Diese Männer wollten keine Fürstenknechte sein. Ihre großdeutschen Nachfolger seufzen heute und sehnen den Tag herbei, wo sie wieder Fürstenknechte werden und den Kürassierstiefel eines Bismarcks küssen könnten. Es war das auch die Zeit, in der die studierende Jugend — und ich denke da an das große Wartburgfest — für die Freiheit gegen das Fürstentum, aber auch gegen das damals aufkeimende Kapital, gekämpft hat, während heute die deutsche Jugend rüstet, Heimwehren gründet, um im Interesse des Kapitals die errungenen Freiheiten zu bekämpfen, die Arbeiter zu knebeln und zu unterdrücken. An diese Zeit hätten sie sich eigentlich erinnern müssen, ehe Sie Ihren Antrag stellten. Es war das die Heroenzeit, wo ihre politischen Vorfahren wirklich ungeheure Opfer gebracht haben. Sie waren die einzigen Streiter in den damaligen politischen Kämpfen, obwohl es damals keine politische Organisation gegeben hat. Die einzigen politischen Organisationen waren die deutschen Turn- und Gesangsvereine. Sie waren die Urzelle der späteren deutschnationalen politischen Organisationen. Aber auch viel später sehen wir, daß gerade die Großdeutschen auf Grund ihrer eigenen Vergangenheit diesen Antrag nicht stellen hätten dürfen. Ich denke an die Zeit der Achtziger- und Neunzigerjahre, an jene Zeit, in der die großdeutsche Idee in den politischen Kämpfen der Deutschnationalen starken Ausdruck fand, wo die großdeutsche Idee vor allen Dingen von Schönener vertreten wurde. Gerade Schönener ist es gewesen, der mit allen Mitteln des politischen Kampfes, die ihm damals zur Verfügung standen, diese Idee des Großdeutstums vertreten hat. Wenn in der damaligen Zeit, nach der Niederlage Napoleons bei Leipzig, in der Zeit vor dem Wiener Frieden, Jahn, Arndt usw. eine industrielle Arbeiterklasse hinter sich gehabt hätten, wenn es damals eine Industrie und ein großes Verkehrswesen gegeben hätte, ich bin überzeugt, diese Männer hätten um ihre Ideen im Kampfe gegen das Fürstentum durchzusetzen, ganz sicher auch den politischen Streik in irgend einer Form angewendet. Aber es gab damals weder eine Industrie, noch eine Eisenbahn. Deshalb konnten sie dieses gewaltige Kampfmittel nicht in ihren Dienst stellen, um zu ihrem politischen Ziel zu gelangen. Schönener, der ein begeisterter Vorkämpfer der großdeutschen Idee gewesen ist, hätte, wenn er die Arbeiterklasse für seine Idee hätte begeistern können, ohne Zweifel dieses Kampfmittel des politischen Streikes angewendet, um zu seinem politischen Ziel zu gelangen. Und nun sehen wir die Nachfolger dieser heroischen Bewegung, die zu Fröscheln heruntergekommenen Männer des Deutstums der Gegenwart, die in Verbitterung leben und gerne größer erscheinen möchten, die zeigen möchten, daß sie überhaupt noch Taten vollbringen können, wie sie dem Arbeiter und Angestellten jetzt die Rechte zum politischen Kampfe rauben möchten. Sie sind es, die den Antrag stellen, womit dieser politische Kampf unmöglich gemacht werden soll.

Aber auch die christlichsoziale Partei, wenn sie sich die Sache etwas überlegt, ihre eigene Geschichte

etwas durchblättern würde (Dr. Enge: „Da müssen wir wohl zu Ihnen in die Lehre geben!“), könnte dem Antrage nicht zustimmen. Wir brauchen uns nur an die Geschichte des Zentrums in Deutschland erinnern, uns erinnern an die Zeit, als Lueger das erste Mal zum Bürgermeister gewählt und nicht befristet wurde, an den harten Kampf, den er gegen Seine Majestät führte, um endlich das Recht zu erzwingen, das ihm auf Grund seiner Wahl zustand. In der Zeit der großen Kulturkämpfe in Deutschland hatte die Zentrumspartei einen sehr harten Kampf gegen die damals herrschenden Liberalen auszufechten. Und wir sind der Überzeugung, wenn die deutsche Zentrumspartei damals die deutschen Arbeiter nur in dem Maße hinter sich gehabt hätte, wie sie es heute noch im Rhein- und Ruhrgebiet hat, daß es ganz sicher das wichtigste Industriegebiet Deutschlands, das Rhein- und Ruhrgebiet, mit Hilfe ihrer Anhänger stillgelegt hätte (Dr. Enge: „Vielleicht den Justizpalast angezündet!“), um den Kulturkampf rascher abzuschließen. (Dr. Enge: „Ist ja so geschehen!“) Wenn es geschehen ist, so ist es geschehen aus anderen Gründen. (Riemer: „Aus edleren Gründen!“) Und deshalb wundere ich mich, daß eine Partei mit einer solchen Vergangenheit diesen Antrag unterstützt, ohne daran zu denken, ob sie vielleicht nicht morgen oder übermorgen selbst in dieselbe schwierige Situation kommen kann. Schon aus Ihrer geschichtlichen Vergangenheit heraus müßten Sie zur Erkenntnis kommen, daß Sie hier einen Fehlgriff gemacht haben und daß es nicht angezeigt ist, wegen eines Ereignisses, das wir alle bedauern, ein Recht den Arbeitern und Angestellten zu nehmen. Denn der politische Streik ist ein Kampfmittel der Arbeiterklasse, das sie sich auch gar nicht nehmen lassen wird. (Krenn: „Gilt das auch für die Grazer Gemeindearbeiter?“) Über die Grazer Gemeindearbeiter können wir schon sprechen. Dann werden Sie nicht gerade gut abschneiden, denn da müssen wir sagen, die vergönnen wir Ihnen. Und wenn Sie stolz auf die Ereignisse bei den Grazer Gemeindearbeitern sind, dann müssen Sie auch stolz auf gewisse Dinge sein, die sich innerhalb der Gemeindearbeiter ereigneten. Wenn Sie sich über diese Dinge freuen, haben Sie dann kein Recht, in Ihren Zeitungen darüber zu schreiben, wenn irgend ein Betriebsrat mit den Betriebsratsgeldern durchgegangen ist. (Krenn: „Wenn zwei das gleiche tun, ist es nicht das gleiche!“) Vielleicht wäre es ganz gut, wenn man mit Ihnen anbandeln würde. Ihr Artikel im „Sonntagsboten“, den Sie wegen der Gesetzgebung der Altersversicherung geschrieben haben, beweist ... (Krenn: „Hat er Ihnen nicht gepaßt?“) Ich habe ihn in allen Versammlungen vorgelesen, weil gerade das, was Sie geschrieben haben, für uns das beste Agitationsmaterial ist. (Krenn: „Was wollen Sie denn mehr?“) Sie haben überall erklärt, daß die alten Arbeiter als Altersrente die ganze Arbeitslosenunterstützung bekommen, Sie haben überall erzählt und in den Zeitungen geschrieben, daß die Sozialdemokraten bloß das Gesetz verhindern wollen. Jetzt müssen Sie selbst zugeben, daß die Arbeiter nur einen Teil als Altersrente von der

Arbeitslosenunterstützung bekommen. Sehen Sie, Herr Kollege **Krenn**, weil Sie sich dafür so interessieren, so werde ich es Ihnen noch einmal erklären, worüber Sie als Arbeitervertreter stolz sind. Gerade aus diesem Umfande müßten Sie für die Ereignisse vom 15. Juli ein Verständnis haben. Da schreiben Sie, in der X. Lohnklasse, in welcher wohl die meisten Arbeiter versichert sind, beträgt die Altersfürsorgerente, wenn der Rentner im Familienverbande lebt, im Monat 40 S. Ich frage Sie, die heute den Antrag stellten, um die Republik zu schützen, wer vermag es zu beantworten, daß der alte Mann, der 40 und über 40 Jahre für die Kapitalisten gearbeitet hat, mit 40 S im Monat abgespeist wird, davon leben soll. Jeder vernünftige, anständige Mensch wird sagen, von diesem Gelde können sie nur langsam verhungern. Dann heißt es weiter in den Artikeln, wenn er einen eigenen Haushalt führt, auch wenn er allein ist, 50 S. Also, wenn er eine Frau hat, wird diese nach Ihrem sozialpolitischen Erkenntnis mit 10 S im Monat bewertet. Jeder Frau von Ihnen müßte die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn sie weiß, daß über Einfluß des Schwarzenbergplatzes für die Frau die Altersfürsorgerente mit 10 S pro Monat bemessen würde. (**Krenn**: „Über Demagogie steht nichts auf!“) Dann heißt es weiter, mit einem Kind bekommt er 54 S. Das Kind wird also von Ihnen mit 4 S eingeschätzt, mit 4 S soll das Kind leben. Das ist Ihr Deutschtum, Ihr Christentum. Wenn man ein Karnikel zu Hause hat, muß man mehr Geld ausgeben, um es einen Monat zu ernähren. Sie als Christen, und an Ihrer Spitze **Seipel** als Vertreter der Industrie, haben nur 4 S im Monat für das Kind übrig; mit 4 S soll ein Kind ein Monat ernährt und gekleidet werden. Das ist Ihr Christentum und das Christentum, das die Herren am Schwarzenbergplatz Ihnen diktieren. (**Riegler**: „Davon soll man noch den Gewerkschaftsbeitrag abziehen!“ — **Wallisch**: „Sie zahlen ihn ja nicht!“) Ihr Christentum und Ihre soziale Erkenntnis wird Ihnen vorgeschrieben von den Großkapitalisten am Schwarzenbergplatz. Ich muß offen gestehen, Herr Kollege **Krenn**, unter diesen Umständen würde ich mich schämen, mich hier im Hause als Vertreter der Arbeiter zu zeigen (**Krenn**: „Ich bin stolz darauf!“), in Wirklichkeit sind Sie ein Vertreter des Großkapitals, stehen Sie im Dienste des Großkapitals. Wenn die Arbeiter wissen, wie man gegenüber dem **Szandor Weiß** vorgegangen ist, den Sie als Christlichsoziale geschützt haben, der in Wien in der Redaktion der „Wiener Neuesten Nachrichten“, der großdeutschen Zeitung, als Jude seinen Sitz bekommen hat, in einer Zeitung, die täglich ein paar Juden fressen möchte, wenn man weiß, daß dieser **Szandor Weiß** wiederholt Strafausschub bekommen hat, obwohl er zu neun Monaten schwerem Kerker verurteilt wurde, dann wird man verstehen, daß die Arbeiter nach dem Freispruch im Schattendorfer Prozeß erregt gewesen sind und Dinge getan haben, die keiner von uns gutheißen kann. Wenn Sie die weiteren Vorgänge ruhig überdenken, dann werden Sie verstehen, daß man, um Ruhe zu schaffen, nur ein Mittel hatte (Rufe von Seite der Einheitsliste: „Militär!“ — **Wallisch**: „Blauwe Bohnen!“), und das war die Ausrufung des

Generalstreikes. Damit haben wir viel größeres Unglück verhütet, und wenn Sie das nicht erkennen, dann tut es mir leid. (Zwischenrufe.) Ich habe keine Ursache, etwa die Gendarmerie oder die Wachleute von Wien anzuklagen. Ich weiß, daß bei solchen Dingen jeder Mensch an sich selbst denkt, sich selbst verteidigt, und daß es bei solchen Dingen auch zu Ereignissen kommt, die jeder bedauert, die niemand gutheißen kann. Ich verstehe, wenn diese Erbitterung bei den Wachleuten erzeugt wurde. Was hat man aber diesen erzählt! Man hat ihnen erzählt, die Arbeiter stechen den Toten die Augen aus, haben eure Kollegen entmannt. Auf diese Weise wurden die Leute aufgehetzt und haben dann in unverantwortlicher Weise auf die Leute geschossen. Die Mehrheit der Menschen ist nicht beim Justizpalast oder dem Parlamente erschossen worden, sondern in der Mariabilderstraße, im 10. Bezirk, in Ottakring, wo sich die Ereignisse nicht abgespielt haben. Es wurde festgestellt, daß ein Knabe von 6 Jahren erschossen wurde. Der Polizeioffizier, als er darauf aufmerksam gemacht wurde, sagte: Es ist nicht schade! Es wurde weiter festgestellt, daß dem Rathaus gegenüber eine größere Anzahl Wachleute aufgestellt wurde, die durch das geschlossene Gifttor in den Rathaushof auf die Sanität und die Verwundeten schossen. Das sind Dinge, die auch Sie nicht gutheißen können. (**Zingl**: „Der Seiß hat die Schuld!“) Ich glaube, daß niemand da ist, der das verteidigen wird. Denn jeder ehrlich Fühlende würde über eine solche tierische Auffassung aufschreien. Aber nicht nur in Wien wurden diese Dinge erzählt, sondern auch in den den Ereignissen folgenden Nummern des „Sonntagsboten“. Da wurden Schauer geschichten den Bauern erzählt. Das ist eine Zeitung, die ein Geistlicher schreibt. Nach diesen furchtbaren Ereignissen wurden der Landbevölkerung, die von diesen Dingen keine Ahnung hat, mit Absicht Dinge erzählt, die diese Schichten gegen die städtische Bevölkerung, vor allem aber gegen die Arbeiter, nur mit tiefem Haß erfüllen muß. So wird erzählt, daß in Wien die Arbeiter den Wachleuten nachgegangen sind und haben ihnen vergiftetes Wasser und Würstel angeboten. Unter einer solchen bewußten Verhetzung der Bevölkerung ist es zu verstehen, wenn heute bei einem Teile der Landbevölkerung eine Verbitterung über die Arbeiter herrscht, die ihr nicht feindlich gegenüberstehen. Sie allerdings sind nur deshalb verbittert, weil sich die sozialdemokratische Partei ein Agrarprogramm geschaffen hat, weil sie hinausgeht und den Bauern sagt: Blickt in eure Vergangenheit, bisher hat man euch nicht geholfen. Seit wann gehen die bürgerlichen Parteien hinaus, um den Bauern zu versprechen, ihnen zu helfen? Bis 1907 hat sich um die Bauern kein Teufel gekümmert. Wir waren die einzigen... (**Dr. Engé**: „Da waren Sie nicht in Graz!“) Sie lachen, damit dokumentieren Sie, daß Sie nichts wissen. In Ihren Zeitungen steht nur (**Dr. Engé**: „Ich war als Student auf der Galerie zu der Zeit, wo **Schacherl**, **Jodlbauer** und **Resel** von Ihrer Partei hier gefressen sind!“), was **Bebel**, was **Lassalle** und andere über die Bauern geschrieben haben. Es wird in Ihren Zeitungen nicht gesagt, welche Stellung wir

schon in den Fünfziger- und Sechzigerjahren auf dem Genfer und Baseler Kongress in der Bauernfrage eingenommen haben. Alle diese Aussprüche benützen Sie heute, weil Ihnen andere geistige Mittel nicht zur Verfügung stehen. Aber Sie haben keine Möglichkeit, nachzuweisen, daß es eine bürgerliche Partei, eine christlichsoziale Partei gegeben hat, die sich um die Bauern gekümmert hätte. (Dr. Enge: „Was waren die Bauernvertreter damals? Dort, wo Sie jetzt sitzen, sind die feudalen Leute gefessen!“) 1898 ist die erste Auflage des Buches von Karl K a u f k y „Die Agrarfrage“ erschienen. Erst das Erscheinen dieses Buches hat Anlaß gegeben zum Studium der Agrarfrage. Erst seit dieser Zeit gibt es eine Statistik über die Landwirtschaft. Erst seit dieser Zeit wird aufgezeigt, ob die Bauernwirtschaften zugenommen haben, ob sie zugrundegegangen sind, ob der Bauer an Zahl zunimmt oder abnimmt, ob sein Besitz größer geworden ist, ob der Kleinbesitz sich im Kampf gegen den Großbesitz halten kann oder durch den Großbesitz verdrängt wurde. Bis dahin war man allgemein auf Grund des Wirtschaftslebens in England und auf Grund der Dinge, die man bei der Entwicklung der Industrie kennen gelernt hat, der Auffassung, daß genau so wie in der Industrie das Gewerbe, das Handwerk von der Großindustrie verdrängt wird, in der Landwirtschaft auch der Kleinbauer von den Großagrariern verdrängt wird. Auf dieser Auffassung fußte auch M a r x, der in England die Wirtschaft studierte und sah, wie der Kleinbesitz zurückging und der Großbesitz wuchs. Das war die Grundlage der ersten Studien über die Entwicklung der Agrarwirtschaft. Sie wurde erst eine andere, nachdem Karl K a u f k y sein Buch über die Agrarfrage geschrieben hat. Seit dieser Zeit gibt es erst eine bäuerliche Agrarfrage, weshalb es unrichtig ist, wenn gesagt wird, daß die Feudalen hier die Bauern vertreten haben. Die hatten kein Interesse, die Bauern zu vertreten, die Feudalen, die auf Grund des Privilegienwahlrechtes von ihren Standesgenossen gewählt wurden. Erst seit 1907, nachdem das allgemeine gleiche Wahlrecht geschaffen wurde, wobei man sich der Bauern da draußen am Lande erinnerte, um den Bauern als Wähler zu gewinnen. (Dr. Enge: „Wenn Dr. Schacherl oder der alte Resel da wären, oder der Jodlbauer aus Amerika, die würden es besser wissen als Sie!“) Sie müssen verstehen, daß nach solchen wüsten Verbeizungen des „Sonntagsboten“, die in bewußt böser Absicht dem Bauern erzählt werden, die Arbeiter haben den Wachleuten in Wien vergiftetes Wasser und vergiftete Würstel nachgefragt, um sie zu vergiften, nur unabsehbares Unheil unter der Bevölkerung gestiftet wird. Eine solche verbrecherische Idee kann nur dem Gehirn eines Redakteurs des christlichsozialen „Sonntagsboten“ entspringen. Sie mögen sich freuen, wenn einige unwissende Menschen durch eine niederträchtige Heze aufgepeitscht über die Arbeiter herfallen. Wenn Sie meinen, daß man das unter dem Schutze der Republik versteht, daß man diese Leute, die solche Artikel schreiben, einfach einsperrt, dann würden wir der Vorlage zustimmen. Denn diese Leute sind nicht mehr wert, als daß sie eingesperrt werden. (G a f: „Wo ist

die Pressfreiheit?“) Wir sind für die Pressfreiheit, aber nicht für das System Sandor Weiß. (G a f: „Austerlich, Ihr habt die Oberjuden in Wien!“) Ich habe schon gesagt, daß der politische Streik am 15. und 16. Juli für uns der einzige Ausweg war, um überhaupt ein größeres Unglück zu verhüten. Sie müssen verstehen, daß in einer Stadt, wo die Bevölkerung zu Zweidrittel sozialdemokratisch wählt, wenn in einer solchen Stadt einige Hundert schwer verletzt und über 80 totgeschossen werden, diese Bevölkerung einen solchen Zustand für unerträglich hält und daß diese Bevölkerung selbstverständlich verlangt, daß ihr die Möglichkeit der Selbstverteidigung gegeben wird. Weil wir wußten, daß kein Mensch das verantworten kann, wenn die Bevölkerung zur Selbstverteidigung greift, es zu einem ungeheuren Unglück führen muß, deshalb erblickten wir in der Ausrufung des Generalstreiks das einzige Mittel, um die Arbeiter zu beruhigen. Nur aus diesem Grunde haben wir zum Generalstreik gegriffen, und jeder, der die Dinge mit Vernunft sieht, wird sagen, daß das der einzige Ausweg gewesen ist.

Im übrigen will ich sagen, daß der Generalstreik nur ein Naturereignis des jetzigen Wirtschaftslebens ist. Streiks gibt es seit der Zeit, als es überhaupt eine Arbeiterklasse gibt. Immer wieder werden die arbeitenden Menschen in ihrem Kampfe zu Mitteln greifen, die ihnen jeweils zur Verfügung stehen, um sich gegen ihre Unterdrückung und Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie an Ihr niederösterreichisches Parteiblatt, die „Bauernstimmen“, erinnern. Was dieses christlichsoziale bauernbündlerische Blatt schreibt, das muß auch Ihnen zu denken geben. Es gibt auch unter den Schwarzen einmal einen weißen Raben. Da hat sich ein solcher weißer Rabe gefunden, der den Mut gehabt hat, das auszusprechen, was einige vernünftige Männer im Nationalrat, Dr. G ü r t l e r und Dr. D r e g e l, ausgesprochen haben. Es hat sich auch ein Bauernbündler, ein Mann gefunden, der den Mut gehabt hat, zu sagen, wie die Dinge sind, daß nicht die Arbeiter die Schuld an den Ereignissen haben, die Bauern keine Ursache haben, diesen verkommenen Kapitalisten zur Seite zu stehen und sich gegen die Arbeiter zu bewaffnen. Dieser Artikel ist überschrieben mit „Sträfliche Gedankenlosigkeit“, die auch in dem uns vorliegenden Antrage zum Ausdruck kommt, „ein ernstes Wort an die bürgerliche Gesellschaft“. Da heißt es (liest):

„Eine Wiederholung der blutigen Revolutionstage vom 15. und 16. Juli darf es nimmer geben, mit allen Mitteln muß dem vorgebeugt werden“ — so hört und liest man es täglich. Gewiß! Alle Nichtsozialdemokraten haben sich angesichts der schrecklichen Ereignisse in diesem Gedanken gefunden.

Also: „Errichtung von Abwehrformationen, Vermehrung und bessere Ausrüstung der Polizei!“ Recht so! Wir sind dazu gezwungen. Ja, aber bedenken die bürgerlichen Kreise nicht, daß dieser Kriegszustand einen latenten Bürgerkrieg darstellt, der die Wirtschaft hindert, der zur blutigen Austragung führen muß?